



ANNELIES LASCHITZA

Karl Liebknecht

Advokat und Parlamentarier mit Charisma

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
2018

Annelies Laschitza: Karl Liebkecht

ANNELIES LASCHITZA

Karl Liebknecht

Advokat und Parlamentarier mit Charisma

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN LEIPZIG 2018

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE
HEFT 15

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus



Diese Publikation wird mitfinanziert durch Steuermittel auf Grundlage des
von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

Für die Erlaubnis zum Abdruck der 35 Bildtafeln gebührt dem Karl Dietz Verlag Berlin Dank.

ISBN 978-3-947176-06-9

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2018
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
www.sachsen.rosalux.de
info@rosalux-sachsen.de

Redaktion: Jörn Schütrumpf / Manfred Neuhaus
Umschlag: Susann Scholz-Karas unter Verwendung einer Vorlage von Jutta Damm-Fiedler
Satz: Jörn Schütrumpf
Herstellung: Online-Druckerei »Wir machen Druck« GmbH

Inhalt

Einleitung	7
Der gefürchtete Advokat	11
1907 – »Hochverrat«	16
Drei Bücher zum »Hochverrat«	22
1916 – »Landesverrat«	25
Ein zu wenig beachtetes Buch	33
Der rebellische Parlamentarier	39
Stadtverordneter von der Pike auf	40
Parlamentarier im preußischen Abgeordnetenhaus	41
Reichstagesabgeordneter	52
Rüstungsskandale 1913/1914	54
Anfragenfeldzug 1915/1916	69
Nationalversammlungswahlen 1919	76
Personenregister	79
Ausgewählte Literatur zu Leben und Werk von Karl Liebknecht	82
Zur Autorin	96
Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte	97

Einleitung

Karl Liebknecht war eine interessante Persönlichkeit, die in das Geschichtsbild der letzten zwanzig Jahre des Deutschen Kaiserreiches gehört. Neben Rosa Luxemburg, die ihn sehr achtete, aber erst ab 1914 mit ihm zusammen arbeitete, verfocht er linke Positionen in der deutschen Sozialdemokratie und verkörperte während des ersten Weltkrieges die Spitze der Spartakusbewegung. Wenn auch Mathilde Jacob in ihrem Schmerz über den grausamen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in einem Brief vom 25. Januar 1919 an Clara Zetkin schrieb, neben Rosa Luxemburg stehe niemand, auch Karl nicht,¹ gebührt ihm dennoch nicht nur als Märtyrer ein würdiger Platz in den Reihen der sozialistischen Revolutionäre. Ab Beginn des 20. Jahrhunderts hatte er sich in der deutschen Sozialdemokratie zu einem respektablen Rechtsanwalt, exzellenten Parlamentarier und zu einem konsequenten Gegner von Militarismus, Imperialismus und Krieg entwickelt.

Karl Liebknecht hatte Charisma und viele Freunde. In seinen jungen Jahren gehörte zu ihnen der vermögende jüdische Bankier und Kaufmann Louis Paradies, dessen Ehefrau Rosina und deren Kinder. Zu den Fotos von den sonntäglichen Spaziergängen im Grunewald notierte Sophie Liebknecht später: Auf jedem Bild sehe man »den freundlich blickenden Herrn Paradies mit seiner Tochter Julia, einem äußerst anmutigen jungen Mädchen [...] sie war, so hörte ich meinen Mann und meinen Schwager, Cr. Curt Liebknecht, erzählen, die Gespielin und Jugendfreundin der fünf Brüder Liebknecht, und

1 SAPMO-BArch, NY4005/79, Bl. 21 f.

alle waren in sie verliebt«² – der Theodor, der Karl, der Otto, der Wilhelm und der Curt. Die hübsche zierliche Julia mit herrlichem kupferbraunem Haar entschied sich für Karl. Von diesem lebenslustigen Studenten, zielstrebigem Refendar und auf die Promotion zusteuernenden Doktoranden erhoffte sie sich vermutlich ein gutes Leben. Die Hochzeit fand am 8. Mai 1900 in Weimar im Kreise der beiden Familien und im Beisein von August Bebel, Robert Schweiger und Paul Singer statt. Dauerhaft glücklich wurden die beiden miteinander nicht.

Ein Vierteljahr nach ihrer Eheschließung verstarb plötzlich im August 1900 Karls Vater, Wilhelm Liebknecht. Zusammen mit August Bebel hatte Wilhelm Liebknecht die deutsche Sozialdemokratie mitbegründet und gegen Bismarcks Sozialistengesetz enthusiastisch gekämpft. Karl wurde familiär sofort auserkoren, in die großspurigen Fußstapfen des Vaters zu treten. Da er als junger Anwalt außerdem in die gemeinsame Praxis mit seinem Bruder Theodor erst hineinwachsen musste, konnte seine junge Frau nicht immer die übliche Aufmerksamkeit bekommen. 1901 wurde der erste Sohn Wilhelm (Helmi) geboren. Der zweite Sohn Robert (Bobbi) folgte 1903 hinterdrein. Als Julia und Karl im Frühjahr 1906 ihr drittes Kind Vera erwarteten, verliebte sich Karl Liebknecht Silvester 1905/06 in die russische Studentin Sophie (Sonja) Ryss aus Rostow am Don. Von seiner heimlichen Liebe zu dieser klugen und ihn sehr inspirierenden Kunstwissenschaftlerin konnte er beim besten Willen nicht mehr lassen, obwohl seine Ehefrau darunter litt, obwohl ihm seine über alles geliebte Mutter Natalie Liebknecht ständig ins Gewissen redete und obwohl er von seinem Bruder Theodor nicht verstanden wurde.³

Er, der sich den väterlichen Verdiensten für die deutsche Sozialdemokratie verpflichtet fühlte und temperamentvoller als sein Bruder Theodor war, befand sich selbst noch auf der Suche nach einem eigenen politischen Profil. Mit Feuereifer und neuen Ideen verschrieb er sich dem Antimilitarismus, konzentrierte er sich auf die Jugend und unterstützte die internationale proletarische Jugendbewegung. Das wiederum wurde von den alten Freunden seines

2 Siehe Karl und Rosa, Erinnerungen. Zum 100. Geburtstag von Karl und Rosa, hrsg. von Ilse Schiel u. Erna Milz Berlin 1971, S. 139.

3 Siehe Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 97 ff.

Vaters, den unermüdlichen antimilitaristischen Haudegen, vor allem von August Bebel, nicht nur wenig anerkannt, führte zu Ärger und heftigen Debatten in der Partei. Es gibt in den sehr mageren Quellen keine Anhaltspunkte, ob er sich mit seiner Ehefrau Julia über all seine Probleme ausgesprochen hat. Bei Sophie Ryss fand er Verständnis. Ihr offenbarte er sich in vielen erhalten gebliebenen Briefen und während mancher abenteuerlichen Begegnungen. Sie wurde nach dem Tode von Julia 1911 im Jahre 1912 seine zweite Frau.

Seine Kinder, deren Zutrauen Sophie erst gewinnen musste, liebten ihren Vater über alles, auch wenn er wenig Zeit für sie hatte. Als sie klein waren, erhielten sie Postkarten mit lustigen Tierbildern und spitzbübischen Kommentaren. Er erzählte ihnen Tiergeschichten über Hähne, Hunde oder Füchse. Er beschrieb ihnen Klee, Farn und Disteln und lehrte sie, die Pflanzen- und Tierwelt genau zu beobachten. Der Botanische Garten war ein beliebtes Ausflugsziel, an das sich Sophie Liebknecht gern erinnerte. »Die beiden Jungen Helmi und Bobbi durchstreiften mit ihrem Vater den Garten, bückten sich zu den merkwürdigen Sträuchern aus fernen Ländern, studierten die fremdartigen Inschriften – ich saß inzwischen in der Nähe eines Akazienbaumes auf einer Bank und ließ Vera allein oder mit anderen Kindern spielen, bis die raschen Stimmen und Schritte der ›Männer‹ mich von meinen Träumereien und Vera von ihren Sprüngen und Tänzen wachriefen.«⁴

Im Krieg, als Karl Liebknecht 1915 als Arbeitssoldat an die vorderste Front und 1916 bis 1918 wegen seines unerschrockenen Kampfes gegen das imperialistische Verbrechen des Krieges als Strafgefangener ins Zuchthaus Luckau musste, erhielten die Kinder herzensgute Briefe mit sorgenvollen Ratschlägen für Körper und Geist. Nur gelegentlich durfte der Einzelne ihm kurz im Gefängnis begegnen. Auf wenigen Fotos aus den Tagen der Novemberrevolution 1918 ist Helmi, der älteste Sohn, an der Seite Karl Liebknechts zu sehen. Das äußerst gefährliche Zusammensein war beiden in den schwierigen Situationen der Kämpfe offensichtlich wichtig.

Unheimlich entsetzt waren die Kinder, Sophie, alle Verwandten, Freunde und die mutigen Mitstreiter, als sie von der bestialischen Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erfuhren. In ihrer Fassungslosigkeit

4 SAPMO-BArch, NY 4001/58.

waren sie zudem schockiert, welche Lügen die Mörder und die reaktionäre Presse verbreiteten. Die Kinder Karl Liebknechts brauchten und bekamen sofort liebevolle Unterstützung durch Sophie, die ganze Familie Liebknecht und viele Freunde. Es wurde gesichert, dass sie ihre Abiturprüfungen bestehen und sich in ihrem weiteren Leben als Geistes- und Sprachwissenschaftler, als Künstler und als Ärztin bewähren konnten.

Über das gesamte Leben und Wirken Karl Liebknechts bedurfte es umfangreicher Nachforschungen, wie ich sie 1907 in meiner Biographie »Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie« umgesetzt habe. Solche über 500 Seiten zählenden Bücher verlangen Zeit und Geduld. Daher möchte ich in einer kürzeren Form zwei Tätigkeitsfelder hervorheben, auf denen Karl Liebknecht besonders nachhaltig gewirkt hat: als Rechtsanwalt und als Parlamentarier. Die Darstellung seines revolutionären Engagements in diesem Rahmen verspricht, Einblick in seine juristischen und politischen Hauptanliegen sowie Aufschluss über seine Fähigkeiten und Leidenschaften zu geben.

Annelies Laschitza
Berlin, Juni 2018

Der gefürchtete Advokat

Der Werdegang Karl Liebknechts zum promovierten Rechtsanwalt erstreckte sich über ein Jahrzehnt. Er umfasst das Studium der Jurisprudenz von 1890 bis 1893 an den Universitäten in Leipzig und Berlin, die Referendarzeit von 1894 bis 1899 in Arnsberg an der Ruhr und in Paderborn in Westfalen und die Promotion 1897. Nach großer Staatsprüfung zum Gerichtsassessor und Entlassung aus dem Staatsdienst wurde er im Mai 1899 als Advokat vereidigt und in die Liste der Rechtsanwälte in Berlin aufgenommen.

Als Franz Mehring Karl Liebknecht persönlich kennenlernte, war er von ihm sehr angetan: »Er war damals ein Student von kaum 20 Jahren, begabt, fleißig, geistig regsam, keck und ein wenig vorwitzig, so wie ein rechter Junge sein soll. Aber er war weder anmaßend noch eitel und am wenigsten empfindlich, wenn man seine grün sprossende Weisheit nicht gleich für voll nahm. Seine bescheidene Liebenswürdigkeit hat Karl Liebknecht von beiden Eltern geerbt.«⁵ Bewegungs- und Betätigungsfreiheit, ernsthaftes Streben nach einer »vorurteilungsfreien, voraussetzungslosen Wissenschaft« waren nach seinen studentischen Erfahrungen unbedingt nötig, damit Universitäten nicht zu Drillanstalten entarten.⁶

Am 29. Mai 1893 legte er sein Referendarexamen ab, die erste juristische Prüfung. Doch eine Referendarstelle zu finden, erwies sich als sehr schwierig. Die Oberlandesgerichte in Berlin und Kiel lehnten ihn unter allerhand Vorwänden ab. In den kaiserlichen Behördenkreisen Preußens verzieh man ihm

5 Franz Mehring: Karl Liebknecht. In: Gesammelte Schriften, Bd. 15, Berlin 1968, S. 698.

6 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften (GRS), Bd. II, S. 307.

»nun einmal seinen Vater nicht«, schrieb Engels.⁷ Stattdessen musste er ab 1. Oktober 1893 zunächst erst einmal bei den Garde-Pionieren als »Einjährig-Freiwilliger« seinen Wehrdienst ableisten. Gegenüber Natalie Liebknecht fehlte es Friedrich Engels nicht an Witz und Spott: »Und wenn Ihre Söhne nun gar noch, wie mein alter Hauptmann von uns Freiwilligen verlangte, ›das Muster der Kompanie‹ werden, dann kann's nicht fehlen und sie avancieren am Ende doch noch trotz ihres Vaters zum Unteroffizier. Und das wäre ganz in der Ordnung. Wenn Bebel der Sohn eines Unteroffiziers ist, warum sollte Liebknecht nicht der Vater von einem oder mehreren Unteroffizieren sein können?«⁸

Im Herbst 1894 begann Karl Liebknecht seine Referendarzeit in Arnshagen. Bald folgte Paderborn. Dort fand er in der mit dem Vater befreundeten Familie von Dr. med. Max Baruch wohlthuenden Rückhalt. In Westfalen sei Karl eine neue Welt aufgegangen, bemerkte sein Bruder. Er bekam Aufschluss über den Katholizismus, entdeckte den besonderen Menschenschlag der westfälischen Bauern sowie den eigentümlichen Stolz des dortigen Hochadels. Er wollte möglichst viele praktische Erfahrungen sammeln.

Wider die Bedenken des Vaters, er könnte wieder zu Großes und Weites erstreben, war er mit seinen Studien so weit gekommen, dass er Mitte 1897 an der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg mit »Magna cum laude« promovierte. Promotor war der Dekan Prof. Christian Meurer, der katholisches Kirchenrecht, Völkerrecht, Rechtsphilosophie und Rechtszyklopädie lehrte. Thema der Dissertationsschrift war »Compensationsvollzug und Compensationsvorbringen nach gemeinem Rechte«. Die seinen Eltern »in Treue u. Verehrung« gewidmete Arbeit erschien gedruckt 1898 in Berlin. Der frisch gekürte »Dr. jur. et rer. pol.« schloss seine Referendarzeit mit der juristischen Arbeit »Vorbehaltzahlung und Eventualaufrechnung nach heute geltendem und künftigem Reichsrecht« ab. Nachdem sein Bruder Theodor das Assessorexamen Ende 1898 abgelegt hatte, bestand Karl Liebknecht diese große Staatsprüfung am 5. April 1899 mit »Cum laude« und wurde am 11. April 1899 zum Gerichtsassessor ernannt. Am 9. Mai erhielt er die Entlassung aus dem Staatsdienst sowie seine Bestallung als

7 Friedrich Engels an Natalie Liebknecht, 27. 7. 1893. In: MEW, Bd. 39, S. 110.

8 Friedrich Engels an Natalie Liebknecht, 1. 12. 1893. Ebenda, S. 170.

Advokat, am 13. Mai erfolgte die Vereidigung. Mit der nunmehrigen Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte war er an den Landgerichten I und II in Berlin zugelassen. Die Freude der Familie über den erfolgreichen Abschluss des langwierigen beruflichen Werdegangs war riesengroß.

Das Büro der Rechtsanwaltspraxis der Gebrüder Liebknecht befand sich bis 1903 in der Anwaltskanzlei an der Spandauer Brücke 8, nahe dem heutigen S-Bahnhof Hackescher Markt, wo auch Dr. Oskar Cohn, Freund der Familie Liebknecht, praktizierte. Seit 1904 unterhielten Karl und Theodor Liebknecht ein Büro in der Kaiser-Wilhelm-Straße 46. Da sich ihre Praxis weiter ausdehnte, mieteten sie 1908 ein größeres Büro in der Chausseestraße 121, das im Zweiten Weltkrieg durch Bombardement zerstört worden ist. Leider sind dadurch fast sämtliche Advokatenunterlagen Karl Liebknechts und auch persönliche Dokumente verloren gegangen.

Nach Sophie Liebknechts Erinnerung diente das große Berliner Zimmer im Büro der Chausseestraße »als Warteraum. Zahlreiche Klienten aus verschiedenen Bevölkerungsschichten, hauptsächlich den proletarischen, warteten auf einen der Rechtsanwälte. Die Arbeitszimmer waren einförmig: Schreibtisch, Telefon, Stühle, an den Wänden Regale mit Akten.« In Karls Arbeitszimmer habe es immer stark nach Zigarren gerochen. »Das Büro war durch viele Fäden mit den Familien der Rechtsanwälte verbunden. Es war eine Filiale der Wohnungen, oder waren die Wohnungen Filialen des Büros? Die Bürovorsteherin kannte alle Kinder beim Namen, empfing uns freundlich, wenn wir mal in der Gegend waren und zu ihr hinaufgingen, klagte liebevoll über die Unpünktlichkeit meines Mannes. Stenotypistinnen kamen manchmal in unsere Wohnung, Diktat aufzunehmen und dabei etwas zu plaudern. Das Bürotelefon klingelte als erstes Zeichen des erwachten Tages, dem Herrn Doktor die Zeiten der auf ihn in Moabit wartenden Termine mitzuteilen und ihn vor Verspätungen zu warnen.«⁹ Die Praxis in der Chausseestraße baute Theodor Liebknecht mit seinen Partnern Dr. Karl Liebknecht und Dr. James Friedlaender zu einer großen Anwaltskanzlei aus. Dort waren neben assistierenden Referendaren mehrere Schreibkräfte und zeitweilig ein Bürovorsteher beschäftigt. Ab 1914 arbeitete auch der jüngere Bruder Wilhelm in der Kanzlei

9 Karl und Rosa, S. 140.

mit. Nach einem 1902 mit der Promotion abgeschlossenen Studium der Nationalökonomie hatte er ab 1909 noch Jura studiert und 1914 die Assessorprüfung abgelegt. Wilhelm Liebknecht war vorwiegend als Zivilverteidiger tätig und stand dem von ihm eingerichteten Notariat vor. Friedlaender verließ bald danach die Praxis. Theodor Liebknecht war mit Leib und Seele Rechtsanwalt, vor allem Strafverteidiger, und ordnete seinem Beruf alles unter.¹⁰

Im hinteren Teil des Büros gab es eine Zweizimmerwohnung. Dort lebte das Ehepaar Land. Beide sorgten für Ordnung und Sauberkeit und waren für die Familien der Gebrüder Liebknecht unentbehrliche Freunde. Ihre behagliche Wohnküche war für die Kinder von Theodor und Karl ein beliebter Anlaufpunkt.

Es sprach sich rasch herum unter den Armen, Landarbeitern, Dienstboten, Schiffern, Staatsarbeitern, Händlern und Gewerbetreibenden, dass man im Rechtsanwaltsbüro Liebknecht gut beraten wurde. Die meisten Klienten waren aus Not mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Familienväter, die von habgierigen Hausbesitzern wegen Mietschulden bedrängt wurden, Landarbeiter, die gegen die Gesindeordnung aufbegehrt hatten, Dienstmädchen, die von Herrenöhnen verführt und dann davongejagt worden waren, Eltern, die gegen erbärmliche Schulzustände protestiert hatten, oder ein Vater, der den Kommandeur des Regiments beleidigt haben sollte, in dem sein Sohn tödlich verunglückt war.

Karl Liebknecht wurde als Verteidiger in jeder Art von Prozessen »von den Richtern gefürchtet«, erinnerte sich Martha Nothnagel, die ab 15. März 1907 für ihn als Stenotypistin arbeitete, »denn seine Plädoyers waren außerordentlich überzeugend und hatten bei den Zuhörern einen durchschlagenden Erfolg, vielleicht auch manchmal bei den Richtern, die es aber nicht wagten, ihm beizupflichten. Er urteilte niemals nur nach dem Buchstaben und strengen Paragraphen des Gesetzes, sondern beurteilte den ganzen Menschen, seine Entwicklung, seine Umwelt und sah alles im Zusammenhang mit den herrschenden politischen Verhältnissen. Für jeden Gestrauchelten hatte er ein gutes und belehrendes Wort. Die Höhe des Honorars für die Verteidigung war

10 Siehe Annelies Laschitza: Theodor Liebknecht. In: Soziale Demokratie und sozialistische Theorie. Festschrift für Hans-Josef Steinberg zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Inge Marbolek und Till Schelz-Brandenburg, Bremen 1994, S. 318 ff.

nicht das wichtigste, sondern die Sorge um die Menschen, die sich ihm anvertrauten.«¹¹ Die Verhütung der Verbrechen sei in erster Linie eine Sache der Sozialpolitik und auch der Politik im Allgemeinen, war seine Maxime.

Später bekräftigte Karl Liebknecht erneut seine Meinung, das »Verbrechen als soziale Erscheinung« könne nur »im sozialen Gesamtzusammenhang, aus dem es –als der Eiter aus einer schwärenden Wunde der Gesellschaftskonstitution – geflossen ist und dauernd fließt, und nur mit sozialen Mitteln bekämpft werden – durch Beseitigung seiner Ursachen, Verstopfung seiner Quellen, durch Bekämpfung des Elends in allen Gestalten, der Unwissenheit, der Verwahrlosung, durch Vermehrung der Selbständigkeit, der freien Energie und des offenen Selbstgefühls«. Alle »»Erziehung« und psychisch-geistige Einwirkung« könne nur dann »ein ernstes, bleibendes Resultat zeitigen, wenn die sozialen Vorbedingungen dazu geschaffen werden«.¹² In einer Volksversammlung betonte er am 6. April 1902 in seinem Vortrag über »Justiz gegen Proletariat«: »Was dem Proletariat groß und edel gilt, erscheint dem Richter gar oft »gemeingefährlich«; was der Arbeiterschaft gemeingefährlich scheint, gilt dem Richter gar oft als »staatserhaltend«. So kommen jene Urteile zustande, die wir als Ausfluss der Klassenjustiz bezeichnen.« Gesetzesverletzungen, die Vertretern der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung angelastet werden, bestrafe man in Deutschland ungemein schwer. Er verwies auf Urteile gegen Streikende, den China-Prozeß des Vorwärts«, die Landfriedensbruch-Prozesse in Löbtau und Köslin, die Meineidsprozesse in Güstrow und Erpressungsprozesse gegen Arbeiter, die nicht mit Unorganisierten arbeiten wollten. Schließlich stellte er fest, »dass der Grundsatz: Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates, erst mit Beseitigung der Klassen Wahrheit werden könne«.¹³

In der Öffentlichkeit viel diskutierte Prozesse wie der Kaiserinselprozess 1903, der Königsberger Prozess 1904, der Plötzenseeprozess 1905 oder der Dresdener Geheimbundprozess 1909 waren mit Karl Liebknechts Namen verbunden. Häufig verteidigte er sozialdemokratische Redakteure, die der »Majestätsbeleidigung« bezichtigt wurden. Die Achtung vor seinem Können

11 Ebenda, S. 184.

12 GRS, Bd. IX, S. 395 f.

13 Vorwärts, 12. 4. 1902.

wuchs, aber auch die gegnerische Anfeindung. Alle Ehrengerichtsverfahren, die vor 1914 gegen ihn angestrengt wurden, schlugen fehl. Doch im Laufe der Jahre konnte er wegen seiner politischen Aktivitäten nicht mehr sehr intensiv als Rechtsanwalt tätig sein.

1907 – »Hochverrat«

Karl Liebknecht war in den herrschenden Kreisen des Deutschen Kaiserreichs Wilhelms II. verhasst. Im Jahre 1907 sollte ihn ein »Hochverratsprozess« mundtot machen. Das Manuskript der Publikation »Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung«, das von seinen Gegnern zu einem politischen Tendenzprozess ausgenutzt wurde, hatte er im November 1906 abgeschlossen. Den ersten Teil »Militarismus« hatte er in vier Kapitel untergliedert: I. Allgemeines, II. Der kapitalistische Militarismus, III. Mittel und Wirkungen des Militarismus, IV. Besonderes von einigen Hauptsünden des Militarismus. In den sieben Kapiteln des zweiten Teils äußerte er sich zum Antimilitarismus in Geschichte und Gegenwart, d. h. in der alten und neuen Internationale sowie in der deutschen Sozialdemokratie. Dabei brachte er auch seine Standpunkte zur antimilitaristischen Taktik und Propaganda insbesondere unter der Jugend ein, die er auf den letzten Parteitag und auf anderen Veranstaltungen bereits dargelegt hatte. Er machte auf neue Wesenszüge des Militarismus seit Beginn der imperialistischen Weltpolitik der europäischen Großmächte aufmerksam. Mit Vergrößerung von Heer und Marine sei der militaristische Geist immer stärker in die gesamte Gesellschaft eingedrungen. »Der Militarismus muß, um seinen Zweck zu erfüllen, die Armee zu einem handlichen, gefügigen, wirksamen Instrument machen. Er muß sie in militärisch-technischer Beziehung auf eine möglichst hohe Stufe heben und andererseits, da sie aus Menschen, nicht Maschinen, besteht, also eine lebendige Maschinerie ist, mit dem richtigen ›Geist‹ erfüllen.«¹⁴ Damit die Sozialdemokratie eine wirksame antimilitaristische Taktik entfalten könne, müsse man untersuchen, mit welchen Mitteln und Methoden dieser »Geist« geschaffen wird, welche Rolle die offiziellen halb-militarischen Organisationen für die Zivilbevölkerung spielen und wel-

che sonstige militaristische Beeinflussung es gibt. »Der richtige ›Geist‹, den der Militarismus braucht, ist erstens mit Rücksicht auf seine Funktion gegenüber dem äußeren Feind: chauvinistische Verbohrtheit, Engherzigkeit und Selbstüberhebung, zweitens mit Rücksicht auf seine Funktion gegenüber dem inneren Feind: Unverständnis oder selbst Haß gegen jeden Fortschritt, gegen jede die Herrschaft der augenblicklich herrschenden Klasse auch nur im entferntesten bedrohende Unternehmung und Bestrebung.«¹⁵ Im massiven Anprangern von militaristischem Geist und nationaler Demagogie, die sich in den Schulen, den Universitäten, in einer Unmenge von Vereinen und Publikationen ausbreiteten, bestand das Besondere seiner Schrift. Er enthüllte solches Infiltrieren der ganzen Gesellschaft, das Schüren von Kriegsbegeisterung durch Vertrauen auf Gott, Kaiser und Vaterland und die Verherrlichung von Verbrechen an fremden Völkern beim Durchsetzen von imperialistischer Kolonial- und Weltpolitik. Der Militarismus stehe nicht nur dem Proletariat »als ein bis an die Zähne bewaffneter Räuber« gegenüber, der »Geld und Leben« fordere. Als »Moloch des Wirtschaftslebens« und als »Vampir des kulturellen Fortschritts« sei er »eine stets gegenwärtige, stets verwirklichte Gefahr, auch wenn er nicht gerade zuschlägt«.¹⁶ Der preußisch-deutsche Militarismus sei zudem »durch die besonderen halbabsolutistischen, feudal-bürokratischen Verhältnisse Deutschlands zu einer ganz besonderen Blüte gediehen«.¹⁷

Liebknecht hatte erstmals auch alle Tätigkeiten und Erfahrungen der internationalen Jugendgruppen in seine Darstellung einbezogen.

Angesichts der raschen Verbreitung der Schrift und deren positiver Aufnahme unter Sozialisten im In- und Ausland drängte der preußische Kriegsminister Karl v. Einem den Kaiserlichen Oberreichsanwalt Dr. Olshausen in einem Schreiben vom 17. April 1907, sofort einen Hochverratsprozess anzustrengen. Das Kriegsministerium übersende »die anliegende Broschüre des Rechtsanwalts Dr. Liebknecht ›Militarismus und Antimilitarismus‹ mit dem Ersuchen ergebenst, die strafrechtliche Verfolgung des Genannten wegen Verbrechens gegen § 86 des Reichs-Strafgesetzbuches gefälligst veranlassen zu

15 Ebenda, S. 291.

16 Ebenda, S. 440.

17 Ebenda, S. 277 f.

wollen.«¹⁸ Am 23. April 1907 beantragte Oberreichsanwalt Olshausen beim Königlichen Amtsgericht Leipzig die Beschlagnahme der Broschüre. Tags darauf berichtete der »Vorwärts«, dass die Polizei in der Verlagsbuchhandlung der »Leipziger Volkszeitung« nur noch 18 Exemplare konfiszieren konnte. Bei Haussuchungen in anderen Buchhandlungen des Reiches konnten von den 5000 Exemplaren bis November 1907 lediglich 68, nach Polizeiangaben 97, beschlagnahmt werden.

Am 17. Mai 1907 sollte Karl Liebknecht wegen Hochverrats vom Richter verhört werden. Das Verfahren sei nun doch richtig eingeleitet und vielleicht werde er am 17. gleich in »No Sicher« eingesperrt. Aber lebensgefährlich werde die Chose nicht, tröstete er seine geliebte Sophie und die Familie.

Am 16. Juli 1907 hatte Oberreichsanwalt Olshausen die Anklageschrift fertig gestellt. Sie wurde Karl Liebknecht am 24. Juli 1907 zugestellt. Da er verreist war, gab es wegen der Erklärungspflicht, die innerhalb von zwei Wochen erfüllt werden musste, einiges Hin und Her. Am 9. August 1907 beschloss der Strafsenat des Reichsgerichts, das Hauptverfahren gegen Karl Liebknecht zu eröffnen. Diesen Beschluss erhielt er fünf Tage später.

Karl Liebknecht ging sofort an die Öffentlichkeit und stellte am 23. August 1907 in einer Massenversammlung in Stuttgart das Gericht bloß. Man brauche »Gewalt« zum Tatbestand des Hochverrats. »Zunächst behauptete der Oberreichsanwalt. Ich hegte den Plan, Frankreich zu einem Angriff auf Deutschland zu hetzen (Stürmisches Gelächter.), und zwar mit Hilfe der Sozialdemokratie beider Länder. (Erneut stürmisches Gelächter.) Bei dieser günstigen Gelegenheit wolle ich meinerseits unserer Armee den Garaus machen. [...] Natürlich konnte die Anklage diese Position nicht halten«, ging es doch in meiner Schrift darum, Krieg und überhaupt alle Gewalttätigkeiten zu verhindern. »Jetzt entdeckte man etwas anderes: Ich soll die Absicht verfolgen, die Waffenerzeugung in die Hand zu nehmen (Große Heiterkeit.), die Arbeiter mit Waffen zu versorgen (Heiterkeit.) und in ihrem Gebrauch auszubilden, einzuexerzieren, um so mit dieser Proletarierarmee den treu gebliebenen Teil der Armee zuschanden zu schlagen. (Stürmische Heiterkeit.)« Der Eröffnungssenat des Reichsgerichts habe noch eine dritte Methode gefunden,

18 Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht vor dem Reichsgericht, Berlin 1957, S. 213, vgl. BArch, R 3003 C 3/07, Bd. 1 u. 2.

um ihn abzuschlachten. Um jeden Preis müsse bestraft, die antimilitaristische Propaganda unterbunden werden.¹⁹

Vor den vier Toren des Gebäudes hielten am Eröffnungstag des Hochverratsprozesses am 9. Oktober 1907 starke Schutzmannsposten Wache. Auf allen Gängen und Treppen herrschte lebhafte Bewegung. »Eine ungeheuer große Menschenmenge drängt sich zum Sitzungssaal, aber am Eingang des Saales selbst wird strenge Kontrolle geübt«, berichtete der »Vorwärts«. Der zweite Zuschauerraum des Sitzungssaales war bis auf den letzten Platz gefüllt. Dort sah man eine Reihe von Parlamentariern. In den Logen an beiden Schmalseiten des Saales saßen Reichsgerichtsräte und ihre Familien. Ein höherer Offizier des preußischen Kriegsministeriums beobachtete die Verhandlungen aus der Loge über dem Richtertisch. Der Oberreichsanwalt Dr. Olshausen in roter Robe war in seine Akten vertieft. Punkt neun Uhr erschienen die drei Verteidiger des Angeklagten: Dr. Kurt Hezel (Leipzig), Hugo Haase (Königsberg) und Dr. Curt Rosenberg (Berlin) sowie der einzige von der Verteidigung geladene Zeuge, der Reichstagsabgeordnete August Bebel.

Karl Liebknecht bekannte sich zu seiner Schrift. Er wies nach, dass die Begründung der Anklage haltlos und erlogen war, dass sie seine Publikation falsch auslegte und unkorrekt zitierte. Seinem vom Verteidiger Kurt Hezel unterstützten Antrag, die Schrift von 126 Seiten zu verlesen, wurde widerwillig stattgegeben. Das Vortragen dauerte fünf Stunden. Der vollständige Wortlaut der Schrift musste ins Protokoll aufgenommen werden, und die Presse kam nicht umhin, daraus zu zitieren. Karl Liebknecht war über diesen gelungenen Coup zufrieden: »Die Verhandlung war göttlich schön. Ich hatte sie alle im Sack und konnte ihnen mit aller Virtuosität die Wahrheit geigen.« Als erfahrener Jurist enthüllte er den »diametralen Gegensatz zwischen dem, was er gesagt hat, und dem, was ihm angesonnen« wurde. Die Anklage ließe »an Inkorrektheit nichts zu wünschen übrig«.²⁰

Am 2. Verhandlungstag stützten August Bebel und die Verteidiger die Ansichten Liebknechts über Krieg und Gewalt, über das Reichstagswahlrecht, über das Verhältnis von parlamentarischer, juristischer und politischer Macht,

19 Siehe ebenda, S. 37 f.

20 Karl Liebknecht an Sophie, 11. 10. 1907. In: SAPMO-BArch, NY 4001/37, Bl. 92 und GRS, Bd. II, S. 99.

über den Platz außerparlamentarischer Kräfte für jedwede Partei bzw. Macht. Er habe niemals den Gedanken gehabt, erklärte Bebel, dass Liebknecht hochverräterische Absichten hätte oder durch seine Agitation Vorbereitung zum Hochverrat betreiben wollte. Er thematisierte aber auch, dass er den Vorstößen Liebknechts zur Verstärkung und besonderen Hervorhebung der antimilitaristischen Propaganda Einhalt geboten hätte. Er führte jene Argumente an, die er Liebknecht seit 1904 immer wieder an den Kopf geworfen hatte: Die Genossen seien juristisch nicht so geschult wie der Angeschuldigte und könnten daher sehr leicht mit dem Paragraphen 112 des Strafgesetzbuches in Konflikt kommen. Im Deutschen Reiche gäbe es große einflussreiche Kreise, die den Moment erwarteten, »wo sie gegen die Sozialdemokratie eventuell mit einer Verschärfung des Strafgesetzbuches oder einem Ausnahmegesetz einen entscheidenden Schlag ausführen« könnten.²¹

Dr. Olshausen beantragte zwei Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. Die Schrift solle unbrauchbar gemacht und der Angeklagte sofort in Haft genommen werden. Damit kam Olshausen jedoch nicht durch. »Der Reichsanwalt scheint von der Tarantel gestochen«, schrieb Bebel an Karl Kautsky.²²

Die Anklage sei ein Akt der Staatsräson, erklärte Karl Liebknecht am 10. Oktober 1907 in seiner Schlussrede. »Ich will den Frieden, der Oberreichsanwalt aber die Gewalt. Ich verfolge den Zweck, die Entscheidung über Krieg und Frieden aus dem Dunkel der Kabinette und Diplomatschleichwege herauszuholen und an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Das fassen die Herren ganz besonders unwillig auf. Ich will, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Willen des ganzen Volkes unterstellt werde [...] Ich will schließlich, daß unser Heer nicht gegen den inneren Feind, zum Bürgerkrieg, verwendet werde. Und das hat sicher am meisten böses Blut, ja heftigste Empörung gegen mich erregt. Auch hierbei vertrete ich offenbar das Prinzip des Friedens. [...] Was ich von meiner Gesinnung zu halten habe, das weiß ich. Meine Ehre ist mein, und wenn Sie alle fünfzehn [Richter] der Auffassung sind, daß ich eine ehrlose Gesinnung habe, und wenn Sie mich ins Zuchthaus

21 Ebenda, S. 136 f.

22 August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971, S. 189.

schicken und mir die Ehrenrechte absprechen: Ich werde innerlich nicht berührt. Das wird von mir abprallen und wird für meine Ehre sein wie ein Hauch auf einen blanken Spiegel! Aber dem Oberreichsanwalt ganz besonders möchte ich nach dem, was hier zutage getreten ist, jede Legitimation absprechen, von meiner Ehre auch nur zu reden!«²³

Das Urteil des Reichsgerichts vom 12. Oktober 1907 folgte nicht dem Zuchthaus-Antrag des Oberreichsanwalts. Es lautete: »1. Der Angeklagte ist schuldig der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wird mit Festungshaft in der Dauer von *einem Jahre sechs Monaten* bestraft. 2. die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt. 3. Alle im Besitz des Verfassers, Druckers, Herausgebers, Verlegers oder Buchhändlers befindlichen sowie die öffentlich ausgelegten oder öffentlich angebotenen Exemplare der Schrift: »Militarismus und Antimilitarismus« von Dr. Karl Liebknecht, desgleichen die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.«²⁴

Nach Verkündung des Urteils wurde Karl Liebknecht von Tausenden mit Hochrufen begrüßt. Die Massen begleiteten ihn durch die Straßen. »Das ist dem grauköpfigen Oberreichsanwalt in seinem Leben noch nicht passiert«, rief August Bebel auf einer Volksversammlung in Berlin am 16. Oktober 1907, »daß ihn ein Angeklagter so heimgeschickt hat wie unser Freund und Genosse Karl Liebknecht.«²⁵ Tapfer und geschickt habe er das gemacht. Aus aller Welt wurden ihm begeisterte und oft rührende Sympathiekundgebungen und Grußadressen zuteil. Achtung erfuhr er auch aus dem Kreis deutscher Beamter; nicht minder von Geistlichen, die ihn unter Anrufung der Bibel rechtfertigten, sowie von Anwälten.

Am 24. Oktober 1907, 18 Uhr, traf Karl Liebknecht in der Festung Glatz ein. Tags darauf beschrieb er seine »Akropolis«: »Die Festung, auf der ich bin – Glatz hat noch eine 2. – liegt auf einer felsigen Höhe, ca. 150 m über der Neiße, die Du auf der Karte siehst (nur 1/3 so breit wie der Neckar und reines, wildes Gebirgswasser). Ringsum Tal und dann niedrige Hügel, schön

23 Ebenda, S. 161 f.

24 Ebenda, S. 163 f.

25 Vorwärts, 18. 10. 1907.

bewaldet jetzt im bunten Herbstkleide.«²⁶ Der Blick reiche bis zum Riesen- und zum Erzgebirge – ein grandioses Panorama. Die Festung bestand aus »gewaltigen Wällen und Mauern und Gräben, die durch Tore und Zugbrücken verbunden sind – einer die andere überräumend, bis zum Mittelstück, das die ganze Kuppe des Berg's einnimmt, dem Donjon, und einem alten dicken Turm, jetzt als Aussichtsturm gegen 50 Pfennig Entrée Fremden geöffnet. Im Donjon, in dem höchsten Wall (Casematten) ist mein Zimmer. Ein langes – 23 Schritt, ca. 20 m. lang, u. 7 Schritt breites Gewölbe [...] einen großen Kachelofen in der Mitte; schon seit vier Tagen vorsorglich geheizt. [...] Wenn gut gelaunt, singt er ganze Rhapsodien.«²⁷ Lange Zeit war er der einzige Gefangene auf der Festung.

Drei Bücher zum »Hochverrat«

Während Karl Liebknecht vom 24. Oktober 1907 bis 1. Juni 1909 hier verbringen musste und diese Zeit vor allem für heiß ersehnte philosophische und kunstgeschichtliche Studien zu nutzen versuchte, kursierten drei Schriften über den »Hochverratsprozess«.

Erstens handelte es sich um die vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie beschlossene Massenbroschüre »Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht vor dem Reichsgericht«, die von ihm zusammengestellt wurde. Da man, wie er an Karl Kautsky schrieb, »mit Verlaub – Dünnsch... gekriegt« hätte, verärgerte ihn die Feigheit gewisser Leute, die die Broschüre »verhunzen« und »kastrieren« wollten. Nachdem sie vom Parteivorstand endlich für richtig befunden wurde, kam sie im Dezember 1907 in 50 000 Exemplaren in Umlauf.

Zweitens erlebte die durch Gerichtsbeschluss in Deutschland verbotene Schrift Karl Liebknachts »Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung« 1908 in Zürich eine Neuauflage.

Drittens verfasste Karl Liebknecht in Glatz eine 60-seitige Schrift mit dem Titel »Antimilitarismus und Hochverrat. Das Hochverratsurteil gegen Karl Liebknecht nebst einem kritischen Beitrag zur Naturgeschichte der politischen

26 SAPMO-BArch, NY 4001/37, Bl. 98 ff.

27 Ebenda.

Justiz«, die 1908 erschien.²⁸ In kritischen Kommentaren prangerte er mit schneidiger Feder den rechtlichen und kulturellen Tiefstand in Deutschland an. »Ohne Übertreibung: Wer sich in Preußen vor Gericht auf das verfassungsmäßig ›garantierte‹ Recht der ›freien Meinungsäußerung‹ zu berufen erdreistet, wird als sonderbarer Kauz oder gefährlicher Fanatiker betrachtet.«²⁹ Im Resümee seiner »Studie über die Schranken des klassenrichterlichen Erkenntnisvermögens, über die Grenzen der ›reinen Vernunft‹ in der politischen Justiz« stimmte er einem Blockliberalen zu, der »im Kapitalismus den heimlichen Kaiser der Justiz zu entdecken« meinte.³⁰

Der I. Abschnitt der dritten Schrift enthält das Urteil des Reichsgerichts mit Anmerkungen. In 36 polemischen Fußnoten werden die Gründe des Urteils entlarvt und alle unsachlichen und böswilligen Behauptungen und Unterstellungen exakt nachgewiesen.

Der II. Abschnitt ist Kritischen Betrachtungen gewidmet. Er ist untergliedert in:

Der Tatbestand des Urteils

Die Elemente der Tat

Vom Angriffsziel

Die Gewalt

Das »bestimmte« Unternehmen

Die Gedankensünde

Vier Millionen Hochverräter

Die Ehrlosigkeit

Mit ausgeklügelter juristischer Raffinesse komprimierte Karl Liebknecht den politischen und juristischen Ertrag des Prozesses von 1907. Bescheiden nennt er seine Darlegungen Ergänzung zu den Erörterungen der Hauptverhandlung. Dieser Ergänzung bedürfe es jedoch, da erst aus dem schriftlich gefassten Urteil ersichtlich geworden sei, worauf das Gericht hinauswollte. Zweck seiner Untersuchung war, »an einem typischen Beispiel zu demonstrieren, wie in politischen Prozessen die Magnetnadel des logischen und voraussetzungslosen

28 GRS, Bd. II, S. 163 ff.

29 Ebenda, S. 182, Fußnote.

30 Ebenda, S. 219.

Denkens durch die Einseitigkeit des politischen und sozialen Standpunktes unserer gelehrten Richter vom Pole des objektiv Richtigen abgelenkt zu werden pflegt, eine Erscheinung, die neulich selbst einen unentwegten Blockliberalen dazu erleuchtete, im Kapitalismus den heimlichen Kaiser unserer Justiz zu entdecken. [...]

Wir ›stellen fest‹:

Urteil und Anlageschrift können sich um die Palme streiten. Das Urteil ist weder an tatsächlichen Unrichtigkeiten noch an juristischen Unhaltbarkeiten, weder der Zahl noch dem Grade nach nennenswerter ärmer. Während sich aber die Bedenklichkeiten der Anlageschrift vor aller Augen offen ausbreiten, die Aufmerksamkeit fast provokatorisch auf sich lenkend, liegen die Unebenheiten des Urteils unter einem glatten Überzug mehr verborgen. [...] Das Erkenntnis vom 12. Oktober 1907 bedeutet in seinen Konsequenzen eine gemeine Gefahr für die politische Rechtssicherheit innerhalb der schwarz-weißroten Grenzpfähle.

So lautet *unser* Resümee, unser Urteil. Und das ist richtig – wenn auch nicht rechtskräftig.«³¹

Vom 26. bis 30. April 1908 bekam Karl Liebknecht Urlaub, um am 29. April am Ehrengerichtsverfahren gegen ihn in 1. Instanz vor dem Kammergericht in Berlin teilnehmen zu können. Es endete mit Freispruch. Die Verhandlung in 2. Instanz vor dem Ehrengerichtshof in Leipzig am 10. Oktober 1908 bestätigte dieses Urteil. Auch als nach einem halben Jahr Ungewissheit klar war, dass er im Anwaltsstand bleiben konnte, waren die Sorgen um die Anwaltspraxis nicht behoben, die unter seinem langen Ausfall litt und für ihn hohe Gerichts- und Festungshaftkosten aufbringen musste. Auf seinen Bruder Theodor war natürlich einhundertprozentig Verlass, und genügend hilfreiche Mitstreiter gab es auch. Dennoch war die finanzielle Lage der Familie bedrückend. »Während meines Hochverratsprozesses und der Strafverbüßung waren nicht nur meine Ersparnisse völlig draufgegangen. Auch die Ersparnisse meines Bruders, der zudem das Büro 1 3/4 Jahr lang ohne mich führen musste, waren fast bis aufs letzte verbraucht. Wir standen 1909 nicht nur vis à vis de rien [vor dem Nichts] – ich hatte aus der Zeit der russischen Revolution, wo

31 Ebenda, S. 219 f.

ich u. a. für politische Prozesse in Russland auf einmal 6000 M hingab, die ich mir selbst hatte leihen müssen, noch Schulden. Mein Bruder vereinnahmte seit Beginn der Praxis die Erträge des Büros. Er verwaltete auch mein Geld; wir hatten m. W. keine getrennte Konten. Ich war durch meine politische Arbeit, die große Kosten verursacht, so viel vom Büro abgehalten, dass ich dort mehr eine Last als eine Arbeitskraft bildete.«³²

1916 – »Landesverrat«

Im Jahre 1916 brachte ein erneuter Prozess gegen Karl Liebknecht noch einmal nicht nur die Familie in Aufruhr. Nachdem er, wie es seine Gegner gern gesehen hätten, als Arbeitssoldat in den vordersten Schützengräben an der West- und Ostfront nicht verendet war, nachdem er im Reichstag wie im preussischen Abgeordnetenhaus in seiner Aufsehen erregenden Kriegsgegnerschaft nicht mundtot gemacht werden konnte, war sein Erscheinen inmitten der Demonstration von 10000 mutigen Menschen am Abend des 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz der ersehnte Anlass, seiner habhaft zu werden. Als er »Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!« rief, wurde er sofort verhaftet und in die Polizeiwache des Potsdamer Bahnhofs gebracht. »Die höchste Zeit, dass wir den haben«³³, bemerkten Geheimdienstler des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow, die ihm mit Spazierstöcken auf den Kopf schlugen. Die Menschenmassen, aus denen Rufe »Nieder mit dem Krieg!«, »Es lebe der Frieden!« und »Hoch Liebknecht!« erschallten, wurden von der Polizei brutal in die Seitenstraßen gedrängt. Karl Liebknecht musste die Nacht in einer Zelle im Polizeipräsidium verbringen. Am frühen Morgen des 2. Mai durchwühlten Kriminalbeamte sein Arbeitszimmer und beschlagnahmten 1. Mai-Flugblätter.

Liebknechts Fraktionskollege Heinrich Ströbel erklärte Maximilian Harden, dass er selbst zu Liebknechts Tat nicht fähig gewesen wäre. Aber: »Ungewöhnliche Zeiten schaffen ungewöhnliche Menschen. L. ist meiner Überzeugung nach aus dem Stoff, aus dem das Geschick Märtyrer und Heroen bildet. Wo ist die Grenze zwischen beiden? Je nach dem Erfolg wird man Narr oder Gott. Ich halte L. durchaus nicht für einen Narren, sondern für

32 Karl Liebknecht an Simon Katzenstein, 10. 1. 1915. In: GRS, Bd. VIII, S. 187.

33 GRS, Bd. IX, S. 57.

einen sehr scharf denkenden Menschen, der nur mehr Energie und Begeisterungsfähigkeit besitzt, als der Durchschnitt.«³⁴

Die Verhaftung Karl Liebknechts war ein schwerer Schlag für die Spartakusgruppe. Rosa Luxemburg, die Sophie Liebknecht liebevoll beistand, verfasste anklagende und aufrüttelnde Flugblätter. Ungeachtet der Gefahr, selbst wieder verhaftet zu werden, verteidigte sie ihn furchtlos: »Liebknechts ›Landesverrat‹ besteht darin, daß er um den Frieden *kämpfte*. Aber die ganzen weiteren Schicksale des deutschen und internationalen Sozialismus hängen davon ab, ob das Proletariat verstehen wird, den Frieden zu *erkämpfen* und zu diktieren.« Das aber heiße nicht, untertänige Bittschriften an die Regierung zu unterzeichnen oder in polizeilich genehmigten Versammlungen Beifall zu klatschen und für Friedensresolutionen Hände hochzuheben, um am anderen Tag ruhig weiter Munition zu drehen und mit hungerndem Magen die Militärdiktatur geduldig zu ertragen. Nein! »Um Frieden kämpfen heißt alle Machtmittel der Arbeiterklasse rücksichtslos zu gebrauchen.«³⁵

Seit dem 2. Mai 1916 befand sich Karl Liebknecht im Gefängnis Lehrter Straße, um diese Zeit Nördliche Militärarrestanstalt Berlin-Moabit. Er erhielt zwei Haftbefehle, beide am 3. Mai ausgestellt. Laut dem ersten war er in Untersuchungshaft genommen worden, »weil er dringend verdächtig ist, in Berlin am 1. Mai 1916 durch eine fortgesetzte Handlung öffentlich vor einer Menschenmenge und durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen aufgefordert, ferner seinen Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen durch Nichtbefolgung betätigt und dadurch die Gefahr eines erheblichen Nachteils im Felde herbeigeführt und endlich einem Beamten, der zur Vollstreckung von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen war, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet zu haben (§110, 113 RStGB, § 92, 93, 9² MStGB und Allersh. Verordnung vom 31. 7. 14), und weil die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin die Verhaftung erfordert (§ 176, 3 MStGO)«.³⁶

34 Heinrich Ströbel an Maximilian Harden, 14. 5. 1916. In: BA Koblenz, N1062, Nr. 103, Bl. 17 f.

35 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, 6., überarb. Aufl., Berlin 2000, S. 217.

36 GRS, Bd. IX, S. 10.

Dem Polizeipräsidenten v. Jagow genügte es nicht, Liebknecht nur des Ungehorsams zu bezichtigen. Er setzte durch, aus dessen Handlungen Landes- und Hochverrat zu konstruieren. Im zweiten Haftbefehl wurde Karl Liebknecht beschuldigt, »vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub geleistet zu haben«.³⁷

Nach dem Vernehmungsprotokoll vom 2. Mai 1916 gab Karl Liebknecht zu, am Abend des 1. Mai mehrmals »Nieder mit dem Krieg!« »Nieder mit der Regierung!« gerufen zu haben, weil er der Überzeugung sei, dass es Pflicht der Regierung wäre, den Krieg zu beenden und es Aufgabe des Volkes sei, auf die Regierung Druck auszuüben. Er habe sich dadurch nicht strafbar gemacht und fühle sich in Übereinstimmung mit Gesinnungsfreunden in den anderen kriegführenden Ländern.

Die Militärbehörden versuchten die Verhaftung Karl Liebknechts geheim zu halten. Doch die Nachricht verbreitete sich rasch. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sah sich gezwungen, einen Antrag auf Aussetzung des Verfahrens gegen Liebknecht und Aufhebung der Haft für die Dauer der Sitzungsperiode zu stellen. Die Mehrheit der Abgeordneten des Reichstages stimmte gegen den Antrag. Karl Liebknecht verlor seine Immunität. Die Militärrichter hatten freie Hand für ihren Verleumdungs- und Verurteilungsfeldzug.

»Ob L[iebknecht] klug oder unklug gehandelt, kann erst die Geschichte lehren«, meinte Heinrich Ströbel am 12. Mai 1916 gegenüber Harden. Er hoffe auf Festungshaft. »Wäre es dennoch anders, erwarte ich nach dem großen historischen Fazit die Amnestie. Millionen werden sie dann fordern, vernehmlich, unwiderstehlich. Denn Liebknecht ist unter den Arbeitermassen, auch den Feldgrauen, weitaus der populärste Mann. Und der hat diese Popularität durch seine Konsequenz und Tapferkeit ehrlich verdient. [...] Ich halte ihn für einen der wenigen Kultureuropäer, die sich in dieser äußersten Härteprobe bewährt haben. [...] Gewiß äußerliche Absonderlichkeiten L's [...] hatte auch ich erst zu verwinden. Aber bald merkte ich, daß ich es mit einem

37 Ebenda, S. 11.

prächtigen, tiefen Menschen zu tun hatte, einer Persönlichkeit, in der sich Genialität und Kindlichkeit geradezu typisch mischten.«³⁸

Karl Liebknecht gab dem Königlichen Kommandanturgericht zu verstehen, dass er keinen von Amts wegen bestellten Verteidiger brauche. Er werde sich selbst verteidigen, denn er ließ sich von Anfang an nicht in die Rolle des Angeklagten drängen, der sich rechtfertigen müsse. Er wolle die Ankläger anklagen und den »grobmaschigen Tendenzprozess« politisch enthüllen. Karl belaste sich in seiner üblichen Weise bis zum äußersten, berichtete Rosa Luxemburg an Clara Zetkin. Trotzdem hoffe sie noch, »dass die Militärjustiz mehr Sinn für offenkundige Tatsachen haben wird als das Reichstagsgesindel und den von der Polizei und der Regierung gierig erwünschten und plump suggerierten Landesverrat nicht entdecken wird, wo er mit Kerzen nicht zu finden ist.«³⁹ Doch seine Feinde trachteten danach, diesen Kopf der Spartakusgruppe nun vollends isolieren zu können.

Ursprünglich hatte das Gericht beabsichtigt, Karl Liebknecht »vollendeten Landesverrat« und »qualifizierte[n] Kriegsverrat« anzulasten, hielt diese Unterstellung jedoch bald für juristisch anfechtbar und ermittelte nun gegen ihn wegen »einfachen Kriegsverrats« und »versuchten Landesverrats«. Karl Liebknecht protestierte sachkundig, verschmähte aber vorsätzlich jede juristische Erörterung. Er trete »seinen Richtern schlechtweg als revolutionärer Soldat gegenüber« und wisse sehr wohl, dass nach dem Militärstrafgesetz Kriegsverrat (§ 57) mit dem Tode und Landesverrat nach dem Reichsstrafgesetz (§89) mit zehnjähriger Zuchthaus- oder Festungshaft bestraft werden könne.⁴⁰

Am 3. Juni 1916 wurde ihm vor dem Königlichen Kommandanturgericht die Anklageschrift verlesen. Zum Hauptanklagepunkt ließ er seinen Standpunkt noch am gleichen Tag zustellen. Die Anklage auf »Kriegsverrat« entspringe dem engen Horizont der Hauptschuldigen am Kriegsausbruch, konstatierte er. Sie befänden sich »in der guten Gesellschaft der französischen, österreichischen, italienischen, türkischen, russischen und schwedischen Justiz, die meine Gesinnungsgenossen in diesen Ländern als Landesverräter zu

38 BA Koblenz, N 1062, Nr. 103, Bl. 11 ff.

39 SAPMO-BArch, NY 4001/10, Bl. 3.

40 Siehe GRS, Bd. IX, S. 8 u. 20.

verfemen sucht«. ⁴¹ Er habe seine Pflicht getan und denke nicht daran, sich zu verteidigen. «Die wirklichen Landesverräter sitzen heute noch nicht auf der Anklagebank, sondern in den Kontoren der Schwerindustrie, der Rüstungsfirmen, der Großbanken, auf den Rittergütern der agrarischen Junker; sie sitzen an der Moltkebrücke [Generalstab], in der Wilhelmstraße [Auswärtiges Amt], und Unter den Linden, in den Minister- und Prinzenpalais, in den Fürstenschlössern und auf den Thronen. Die wirklichen Landesverräter, das sind in Deutschland die Verantwortlichen und Unverantwortlichen der deutschen Regierung, die Bonapartisten des bösen sozialen Gewissens, jene politischen und kapitalistischen Beutejäger und Vabanquespieler, jene Agioteure und Finanziere aller Art, die um schnöden Vorteils willen den Krieg unter dem Schutz des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie so frevelhaft inszeniert haben, wie nur ein Krieg inszeniert wurde; das sind diejenigen, die die Menschheit in ein Chaos barbarischer Gewalt gestürzt haben, die Europa in Schutt und Wüstenei verwandeln und in eine Atmosphäre der Lüge und Heuchelei hüllen, in der die Wahrheit erblindet und erstickt, und die dieses infernalische Treiben fortsetzen wollen und werden, bis ihnen die blutenden und geknechteten Massen der Völker in die Arme fallen.« ⁴²

Da die Untersuchungen zum Verfahren abgeschlossen waren, beantragte Karl Liebknecht am 6. Juni 1916 die Haftbefehle aufzuheben. Fluchtversuch käme für ihn nicht in Frage. Doch der Antrag wurde vom Gericht abgelehnt. Inzwischen hatte er die Anklageschrift vom 2. Juni 1916 ausgehändigt bekommen. Sie umfasste ca. zwanzig Druckseiten und war vom Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens unterzeichnet.

Für den 28. Juni 1916 war die Gerichtsverhandlung erster Instanz vor dem Kommandanturgericht in Berlin angesetzt. Zwei Tage zuvor erklärte er dem Gericht noch einmal schriftlich das Anliegen seines Antimilitarismus und wies den Vorwurf des Landesverrats von sich.

In Berlin, Bremen, Stuttgart und in anderen Städten gab es Protestaktionen. In Braunschweig wurde am 27. und 28. Juni 1916 ein Generalstreik durchgeführt. Am Potsdamer Platz in Berlin fanden sich am 27. Juni, 20 Uhr, ca. 25 000 Menschen zu einer imposanten Demonstration ein. Auf Initiative von

41 Ebenda, S. 21 f.

42 Ebenda, S. 23 f.

Berliner Metallarbeitern begann am 28. Juni in der Frühe ein Proteststreik von ca. 55 000 Arbeitern.

Tausende Menschen erschienen vor dem Militärgerichtsgebäude, deren Zugänge abgesperrt waren. Für die Verhandlungen waren Karten ausgegeben worden. Der kleine Zuschauerraum war dicht gefüllt, zahlreiche Militärs hatten Platz genommen. Sofort nach Eröffnung der Verhandlung beantragte der Anklagevertreter den Ausschluss der Öffentlichkeit. Dem wurde stattgegeben und erstreckte sich auch auf Karl Liebknechts Bruder Theodor, seine Frau Sophie und Rosa Luxemburg.

Karl Liebknecht wiederholte seine Stellungnahme vom 26. Juni 1916 und übergab sie dem Gericht schriftlich. Er verzichtete auf Zeugen und sonstige Beweismittel. Das Urteil der ersten Instanz am 28. Juni 1916 lautete: zwei Jahre sechs Monate drei Tage Zuchthaus.

Am 1. Juli 1916 legte der stellvertretende Gerichtsherr des Kommandanturgerichts Berufung gegen das Urteil ein. Er forderte eine strengere Bestrafung Liebknechts und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Verhandlung zweiter Instanz fand am 23. August 1916 vor dem Oberkriegsgericht in Berlin, Lehrter Straße 58, statt, wieder unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Es wurde nun auch ein Schweigegebot verhängt, dessen Bruch strafbar war. »Sie und ich«, erklärte Karl Liebknecht, »wir gehören zwei verschiedenen Welten an und sprechen zwei verschiedene Zungen. Ich verwahre mich dagegen, daß Sie, die Sie meine Sprache nicht verstehen, die Sie dem Lager meiner Feinde angehören, meine Worte nach Ihrem Sinne gestalten.« Da er vom Verhandlungsführer, dem ihm seit dem Krupp-Prozess 1913 bekannten Oberkriegsgerichtsrat Glasewald, unterbrochen werden würde, setzte er eiligst hinzu: »›Zuchthaus!‹, ›Verlust der Ehrenrechte!‹ Nun wohl! Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: Kein General trug je eine Uniform mit so viel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. Ich bin hier, um anzuklagen, nicht – um mich zu verteidigen! Nicht Burgfrieden, sondern Bürgerkrieg ist für mich die Losung! – Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!«⁴³

43 GRS, Bd. IX, S. 169 f.

Das Urteil, das gegen Karl Liebknecht »wegen versuchten Kriegsverrats, erschwertem Ungehorsams und Widerstand gegen die Staatsgewalt« in zweiter Instanz vom Oberkriegsgericht des Gouvernements der Residenz Berlin verhängt wurde, lautete auf vier Jahre und einen Monat Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren. Die Flugblätter »Auf zur Maifeier!« und die zur Herstellung benutzten Platten und Formen sollten vernichtet werden. Liebknecht legte am 29. August 1916 Revision ein, die vom Reichsmilitärgericht verworfen wurde.

Am 27. November 1916 wurde das Urteil vom Reichsmilitärgericht in letzter Instanz für rechtsgültig erklärt. Kurz darauf teilte das Landgericht II Karl Liebknecht die Streichung seines Namens in der Liste der Anwälte für alle drei Berliner Gerichte mit. Knapp und verbittert notierte Karl Liebknecht in seinen Handakten: »aus Soldatenstand – aus Parlamenten – aus Advokatur. Punktum«. ⁴⁴

Von September bis November setzte Karl Liebknecht alles daran, über diesen Prozess eine Dokumentation zusammenzustellen. Sie sollte den Titel tragen »Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. Wörtliche Wiedergabe der Prozessakten, Urteile und Eingaben Liebknechts«. Obwohl er sich über den Prozess keine Illusionen gemacht hatte, enttäuschte und verletzte ihn das Urteil. Ihn peinigten seine Sorgen um seine Familie, die nun lange Zeit mit ihm angeprangert wurde und Schimpf und Schande über sich ergehen lassen musste. Das Kalkül der Justiz und der Regierungsbehörden ging auf. In der gesamten Opposition wuchs die Furcht vor neuen Repressalien gegen jene, die sich dem Krieg widersetzten. Sein Projekt »Das Zuchthausurteil« wollte er unbedingt noch vor Antritt der Zuchthausstrafe in der Berliner Gefängnishaft abschließen und es möglichst bald gedruckt sehen. Unaufhörlich traktierte er seine Frau Sophie mit Wünschen und Forderungen. Einige Briefe an sie offenbaren, wie unbeherrscht er in seinem Frust über das Gefangensein werden konnte, wenn etwas nicht so klappte, wie er es verlangt hatte. Sophie fühlte sich bisweilen völlig überfordert.

44 Karl Liebknecht an Sophie Liebknecht, 21. 1. 1917. In: SAPMO-BArch, NY 4001/65.

Die Anstrengungen und Aufregungen um Karl Liebknechts Publikationsvorhaben hatten sich jedoch gelohnt. Sie führten zu ersten Ergebnissen. Seine Schreiben vom 3. und 8. Mai 1916 an das Kommandanturgericht wurden im Spartakusbrief vom 20. September 1916 und die Schlussworte des Anklagevertreters und des Angeklagten vom 23. August 1916 im Spartakusbrief vom Dezember 1916 abgedruckt. Das gesamte Buch zum Prozess erschien erstmalig in russischer Übersetzung 1918 in Petrograd. Wegen des über den Prozess verhängten Schweigegebots hatten seine Kampfgefährten in der Spartakusgruppe befürchtet, es könnte eine neue Verhaftungswelle losgetreten werden. Während der Novemberrevolution 1918 gab es Karl Liebknecht selbst in Druck. Seine deutsche Fassung konnte erst Mitte des Jahres 1919 erscheinen

Am 8. Dezember 1916 wurde Karl Liebknecht ins Zuchthaus Luckau eingeliefert. Der Verzweiflung nahe und total erschöpft hielt Sophie einen Abschiedszettel ihres Karls in den Händen: »Die letzten Küsse und Grüße Dir und den Kindern. Alles, alles Beste. Bald auf Wiedersehen in Luckau, ich bin wohl wie stets, Liebste! ... Sorg für Deine Gesundheit!«⁴⁵ Aus der Festung Wronke schrieb die dort eingekerkerte Rosa Luxemburg an Sophie Liebknecht: »Mein armes Mädchen, die Sie so mutterseelenallein dort [Berlin] sind mit Ihrer Qual, ich möchte Ihnen wenigstens an diesem Tage mit meinem Briefe einige sonnige Stunden bereiten«, und schickte ihr zum bevorstehenden Geburtstag am 18. Januar 1917 Hyazinthen, Tulpen und ein Bild von sich.⁴⁶

Im Lukauer Zuchthaus hatte die Zelle Karl Liebknechts einen Kachelofen, ein großes Fenster, das er selbst öffnen konnte, und war mit einem Tisch und einem Waschbecken ausgestattet. Er wurde der »Schuhfabrik« zugeteilt, arbeitete aber in seiner Zelle. Nach sechs Wochen Lehrzeit musste er volle Leistung bringen. Im Laufe der Haft wechselten die Arbeitsaufträge mehrere Male. Sonntags und in den Pausen an den Werktagen durfte er lesen und schreiben. Um gesund zu bleiben, trainierte er seinen Körper täglich. Nur einmal im Vierteljahr durften Sophie, die Kinder und die Geschwister Karl Liebknecht besuchen und für kurze Zeit sprechen. Briefwechsel war ebenfalls

45 SAPMO-BArch, NY 4001/65, Bl. 84.

46 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, 2. Aufl., Berlin 1987, S. 159 f.

auf einmal im Vierteljahr festgelegt. Ausnahmen mussten beim Gefängnisdirektor beantragt werden.

Bei der Einlieferung wurde ihm eröffnet, »daß er sich nach der Hausordnung genau zu richten habe; [...] allen Befehlen der Beamten unbedingt gehorchen müsse, und daß im Falle der Widersetzlichkeit oder eines Fluchtversuches dieselben von ihren Waffen Gebrauch machen würden«. »Meuterei und Aufruhr« würden strafrechtlich verfolgt und »mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft«. ⁴⁷

Erst am 23. Oktober 1918 öffnete sich für Karl Liebknecht das Zuchthaus. Von der Staatsanwaltschaft II war aus Berlin in Luckau ein Telegramm eingegangen: »lieb knecht sofort entlassen«. ⁴⁸ Um revolutionären Aktionen zur Befreiung politischer Gefangener zuvorzukommen, hatte die seit dem 3. Oktober 1918 amtierende Regierung des Prinzen Max von Baden am 12. Oktober eine Amnestie erlassen. Im neuen Kabinett waren als Staatssekretäre Philipp Scheidemann, neben Friedrich Ebert Vorsitzender der SPD, und Gustav Bauer, 2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Im Unterschied zu Liebknecht, für den zunächst nur an die Umwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängnis oder Festung gedacht worden war, oder zu Wilhelm Dittmann und Kurt Eisner, die wie Liebknecht schließlich freigelassen wurden, erfuhren Rosa Luxemburg und Leo Jogiches nicht die Gnade der Max-von-Baden-Regierung.

Ein zu wenig beachtetes Buch

Karl Liebknechts Buch »Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und Eingaben Liebknechts« wurde im Juni 1919 in Berlin von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) herausgegeben. ⁴⁹ Die in ihm enthaltenen rund 70 Quellen beweisen, wie sich der politische Tendenzprozess gegen ihn konkret zugetragen hat.

Seine Anliegen und Ansichten im Kampf für den Frieden und das Wohl der Völker sind in den vielen Dokumenten enthalten, die von ihm bewusst

47 GRS, Bd. IX, Faksimile nach S. 338.

48 SAPMO-BArch, NY 4001/13.

49 Siehe GRS, Bd. IX, S. 5–262.

mit »Armierungssoldat Liebknecht« unterzeichnet und vorwiegend »An das Kommandanturgericht Berlin« gerichtet waren. Sie erstrecken sich auf die Ursachen und die Urheber des Ersten Weltkrieges, dessen langfristige Vorbereitung und verschleierte Inszenierung, die skrupellosen Kriegsziele der Herrschenden sowohl in Deutschland als auch in den anderen kriegführenden Staaten und deren nationalistische Verbrämung, die verbrecherischen Methoden der Kriegführung, den Belagerungszustand, die Pressezensur, den Missbrauch von Kriegsgefangenen, die notorischen Rechts- und Vertragsbrüche und die widerspruchsvoll verlogenen Einschätzungen der Lage an den Fronten, auf dem Meere und im Lande. Ihn empörten die Grausamkeit und die Scheinheiligkeit der Kriegführenden, aber auch die Unzugänglichkeit des vollständigen Urkundenmaterials über die Geheimniskrämerei der Diplomatie, der Generalität sowie der Rüstungsindustrie. »Nur selten gelingt ein Einblick in die Geheimnisse der kriegspolitischen Schwarzkunst«, heißt es bei Karl Liebknecht am 16. August 1916, »wie mag das noch Verborgene aussehen!

Alles zusammen aber – das ist ›das deutsche Wesen‹, an dem ›die Welt genesen‹ soll!, ist das ›Stahlbad der Kultur‹, ist die ›Erneuerung des Christentums‹, ist die ›Wiedergeburt der Menschheit‹ durch den Weltkrieg, durch Volksbetrug und Knebelung, durch Ausrottung alles Gewissens, durch Irreführung, Fälschung, Bestechung, Wucher, Erpressung, Lüge, Treulosigkeit, Verrat, Hinterlist, Heuchelei, Goldgier, Völkerhaß, Vergewaltigung, durch Blut und Brand, Gift und Dynamit, Mord und Wahnsinn, Sodom und Gomorrha.

In der Tat:

Nieder mit dem Krieg!

Nieder mit der Regierung!«⁵⁰

Die Dokumente enthalten eine Unmenge von Argumenten Karl Liebknechts über den Inhalt des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen und gegen den Krieg. Es sind Zeugnisse seines tief verwurzelten Internationalismus. Sie widerspiegeln sein Wissen um die reale Situation der Lage der Bevölkerung, der

50 Ebenda, bes. S. 133.

Situation der Soldaten an den Fronten und in den Lazaretten sowie der Matrosen auf den Kriegsschiffen. Ungebrochen ist seine unerschütterliche Sehnsucht nach vernünftigen Auswegen aus kriegerischen Konflikten jedweder Art.

Wie Karl Liebknecht das Wesen des kapitalistischen Systems in der Weltkriegskrise durchschaute, markierte er besonders deutlich in seiner Erwiderung vom September 1916 auf das Urteil in zweiter Instanz.⁵¹

»Drei Sätze sind festzuhalten für den Zusammenhang der inneren und äußeren Politik der herrschenden Klassen in bezug auf den Krieg.

Bedrohung der Klassenherrschaft durch innerpolitische und soziale Krisen kann zur Anwendung des bonapartistischen Mittels einer Ablenkung der inneren Unzufriedenheit nach außen, einer Ertränkung der sozialen Verzweiflung in einer Sturmflut des Chauvinismus führen. In solchen Lagen heißt es: *plutôt la guerre que la révolution* – lieber Krieg als Revolution. Kann ein Krieg durch einschneidendere Zugeständnisse an die Demokratie abgewendet werden, so werden sich's die herrschenden Klassen dreimal überlegen und, wenn ihnen direkt das Messer an der Kehle sitzt, antworten: Lieber Krieg als Reform!⁵² [...]

Ist eine erfolgreiche Fortsetzung des Krieges nach den innerpolitisch-sozialen Verhältnissen nur möglich unter demokratischen Zugeständnissen, unter Verschiebung der Machtverhältnisse im eigenen Land zuungunsten der herrschenden Klassen, so taucht für diese die Frage auf, ob eine derartige Fortsetzung nicht schädlicher für ihre Klasseninteressen ist als selbst eine Kapitulation vor dem äußeren Feind. In diesem Sinne ist in den Reaktionären Rußlands wie in den Reaktionären Deutschlands auch während dieses Krieges der Gedanke lebendig: Lieber ein vorzeitiger Abbruch des Kriegs, lieber ein Verzicht auf Entfesselung aller Volkskräfte für seine siegreiche Beendigung als ein Sieg der Demokratie, des Proletariats, als ein Verlust der politischen, der wirtschaftlichen Macht, als eine Preisgabe der Ausbeutungsfreiheit, des Privilegienwahlrechts, der Polizeiwirtschaft, des Militarismus, der Monarchie, ja selbst der Steuerausplünderung und des Zollwuchers.

51 GRS, Bd. IX, S. 16–19.

52 Ebenda, S. 216.

In diesem Sinne ist das wirklich landesverräterische: Lieber Niederlage als Revolution, in dem die Gottesgnadentümler und die Geldsackgnadentümler aller Länder übereinstimmen, das höchste und heiligste Gebot der kapitalistischen wie jeder anderen Klassengesellschaft. Und ihr aufrichtigstes Bekenntnis: Was hülfte mir, daß ich die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an meiner Klassenherrschaft!⁵³ [...]

Doch läßt sich nicht bezweifeln, daß das »Lieber Niederlage als Machtstärkung der Massen« bei der Stumpfheit und Verwirrtheit der Bevölkerung in allen Ländern *vorläufig* noch keine entscheidende Rolle spielt. Ja, im Verhältnis zur Zeit vor dem Kriege sind in allen Ländern, abgesehen vielleicht nur von Rußland, die demokratischen Einflüsse *für die Gegenwart* wenigstens weit zurückgedrängt.⁵⁴

»Und wenn wirklich den imperialistischen Machthabern ein Sieg zufiele«, warnt er, »so wäre dies ein Sieg des Absolutismus, der Geheimdiplomatie, der Säbel-, Polizei- und Junkerherrlichkeit, des ökonomischen Scharfmacher-tums, der Privilegienparlamente, der Ausnahmegesetze, der Hakatisten und der Koalitionsrechtsfeinde; ein Sieg des Zollwuchers und der Steuerausplünderung, des Muckertums und der Schulreaktion, ein Sieg der arbeiterfeindlichen Mächte und Bestrebungen auf allen Gebieten, ein Sieg des Zarismus und – durch die Vergewaltigung anderer Völker – die Vorbereitung eines neuen Weltkriegs und alles in allem ein Verhängnis für das deutsche Volk, eine Heimsuchung für die Menschheit.

Und weil dem so ist, kennt das *klassenbewußte* Proletariat nur ein Verhältnis zu diesem Krieg: unversöhnlichen Konflikt! Und nur eine Antwort darauf: alle Fibern angespannt, nicht für den Sieg, sondern für den Klassenkampf, für die soziale Revolution!⁵⁵

Karl Liebknecht war ungehalten über die Isolierung durch sein Zuchthausdasein, über die Machtlosigkeit der zu geringen Antikriegsopposition und das zu langsame und geringe Aufbegehren der Massen. Wann werden sie begreifen lernen? Sein »Kriegsziel«, das er erstrebte, war, »daß alle imperialistischen Staaten – ihre Regierungen und herrschenden Klassen – besiegt wer-

53 Ebenda, S. 217.

54 Ebenda, S. 219.

55 Ebenda, S. 235.

den, besiegt von der Masse ihres eigenen Volkes. Dieses Ziel bedeutet auch den einzigen dauernden Frieden, den einzigen Frieden, der dem Wohle der großen Volksmassen in allen Ländern dient.⁵⁶ Diese Erklärung hielt er für so wichtig in seiner Anklage gegen das Kriegsregime, dass er sie ins Urteil aufzunehmen forderte.

Als historische Quelle für den Prozess ist Karl Liebknechts Buch schon mehrfach ausgewertet worden. In seiner Aktualität der umfangreichen und wichtigen Äußerungen Karl Liebknechts für heute noch immer brennende Probleme von Krieg und Frieden in der Welt scheint es noch nicht genügend wahrgenommen worden zu sein. Das Buch »Zuchthausurteil« verdient in vielerlei Hinsicht größere Aufmerksamkeit.

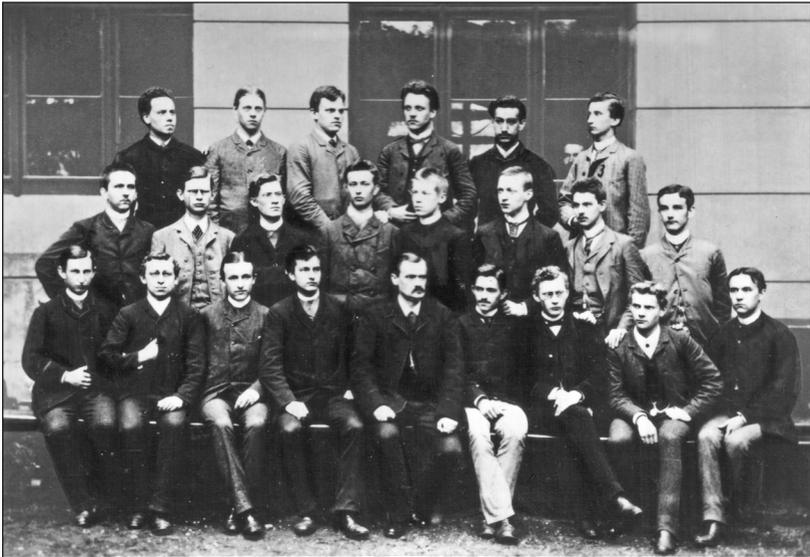
⁵⁶ Ebenda, S. 165.



Geburtshaus in Leipzig.



Familienausflug, hintere Reihe Dritter von links Wilhelm Liebknecht.



Karl Liebknecht (in der obersten Reihe Erster von links) 1888 als Schüler der Nikolaischule in Leipzig.



Karl Liebknecht, hintere Reihe Mitte, 1890 mit seinen Eltern und Geschwistern.



Organ des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands.

Redaktion: Dr. Ludwig Frank, C 2, 4.	Erscheint monatlich — Abonnementspreis: Vierteljährlich 90 Pf. (einf. Porto). Durch die Post bezogen 40 Pf.	Expedition: Bruno Wagner, Q 5, 1.
Nr. 7	Mannheim, den 22. September 1906.	1. Jahrg.

Rekrutenabschied

von Karl Viehnecht.

Die Stunde der Aushebung hat geschlagen. Bald kommt der Befellingsbefehl und das Bette, was an jugendlicher Mämmertkraft im deutschen Volke gewachsen ist, muß sein Bündel Sämannen und Eltern, Geschwister, Kollegen und Freunde, oft selbst Frau und Kind verlassen. Muß! Da gibts kein Sterren und Sträuben; Gefängnismauern — drohen dem Widerstrebenden. „Das Vaterland ruft! Erbärmlich, wer sich seinem Dienst nicht freudig weih!“ So heißt es in den Schulen, so ruft es von den Kamelein, so stehts in allen woblantständigen und „angesehnen“ Wädhern und Zeitungen.

Bisher wart ihr freie Männer, ihr jungen Proletarier, joweit kapitalistische Inflation Proletarierfreiheit kennt. Die Jungarbeitsche aber ist ein Symbol der Freiheit, im Vergleich mit dem Druck, mit der Sklaverei, unter die euch der blutig-eiserne Militarismus zwingen wird. Sklaverei! Und nicht nur immer Einem, sondern jedem Offizier, jedem Unteroffizier der deutschen Armee werdet ihr auf Gnade und Ungnade ausgeliefert; jedem Wink eurer Vorgesetzten habt ihr schweigend und ohne Widerrede mit Aufnahmepromptheit Tag und Nacht zu gehorchen, mag euch auch das Unmögliche und Unmoralischste, selbst Strafbares befohlen werden. Aber: „Ohne schärfste Disziplin ist keine Armee möglich. Ist auch der Dienst fürs Vaterland schwer, erbärmlich, wer sich ihm nicht freudig weih.“ So heißt es überall, wo man auf Nationalismus hält.

Bisher dürftet ihr euch Wohnis- und Wohnung wählen; das hört nun auf — ihr werdet meist aus der Heimat weggerissen, müßt wie Auswanderer hinausziehen, werdet in Katernen eingepfercht und in Stuben geteilt, wie eine Herde in die Ställe.

Bisher dürftet ihr euch außerhalb der Arbeit frei bewegen; der Militarismus wird euch von nun an feinen freien Schritt gestatten; Essen, Trinken, Schlafen, Ausgehen, alles wird diszipliniert, reguliert, kontrolliert.

Bisher dürftet ihr lesen und schreiben, was euch paßt; aber auch damit itts zu Ende. Bisher dürftet ihr Vereinen angehören, oder Versammlungen beizuhaben, die euch poßten. Klänftig werdet ihr nun lesen und schreiben dürfen, was der Vorgesetzte gestattet; schwere Strafe riskiert, wer andere als „staatsverhaltende“ Schriften liest, oder auch nur bei sich hat, wer andere als „staatsverhaltende“ Neben führt, wer andere als „staatsverhaltende“ Gesellschaften betucht.

„Aber,“ so wird man euch lehren, „die Armee ist die hohe Schule des deutschen Volkes; sie soll euch zur Treue gegen den

Monarchen, zur Vaterlandsiebe erziehen, auf daß unter deutsches Reich hart und gefestigt bestehe. Keine Exzession ohne Zwang,“ so heißt es. „Erbärmliche Nörgler, wer sich nicht willig in diesen Zwang schiebt, um des edlen patriotischen Zweckes willen!“

Bisher dürftet ihr um Befestellung eurer Lage kämpfen; von morgen ab werdet ihr euch pro Tag mit wenigen 20 Pfennig Lohn für schweren Dienst begnügen müssen und nur ganz heimlich singen dürfen: „Präsentiert dem König! 22 Pfennig sind lo wenig!“ Essen, Trinken, Verpflegung und Kleidung werden euch ohne eigenes Nachrecht und ohne, daß ihr auch nur eine Kritik wagen dürftet, sugeteilt.

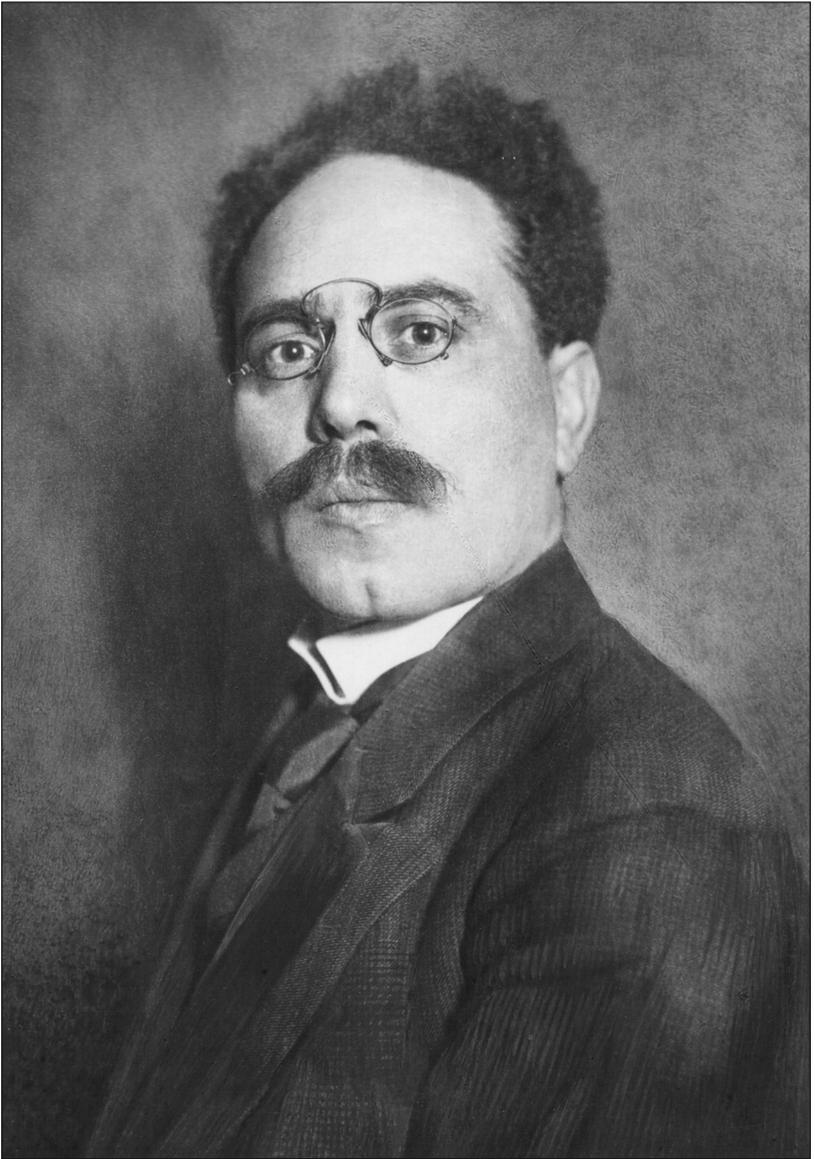
Bisher war das Maß eurer Arbeit, die ihr dem Arbeitgeber zu leisten habt, meist fest begrenzt; von morgen an werdet ihr arbeiten müssen, was immer und wieviel immer euch der Vorgesetzte befehlt, und da gibts bei schwerer Strafe kein Mucken!

Aber: „All das bringt das rauhe Kriegesleben mit sich. Das Vaterland ruft. Erbärmlich, wer sich seinem Dienst nicht freudig weih; in einem Dienst nicht gern jede Sklaverei, jede Anstrengung, jede Entbehrung auf sich nimmt!“

Wer euch beleidigt und schlägt, und sei es selbst euer Arbeitgeber, euer Meister, gibt euch damit ohne viel Federlesens Grund zur sofortigen Arbeitsunterbrechung, und zum Schadenersatz. Ihr dürft freilich Notwehr üben, und könnt selbst freilich bleiben, wenn ihr zur Vergeltung wieder beleidigt, wieder schlägt. Was den Geiz gilt eine Verletzung eurer Ehre und eures Körpers durch den Unternehmer gleich der Ehr- und Körperverletzung des Unternehmers durch den Arbeiter. Als freie und gleiche Staatsbürger stehen sich Arbeiter und Arbeitnehmer, wenigstens nach dem Geiz, gegenüber, ein und dertelbe Paragraf trifft beide.

Das wird nun anders. Die ehrentreue Katernerkoltheit, die gutartige Schmach der Soldatenmishandlungen, die selbst nach den Worten des Kaisers und des Kriegsministers von Einem die Armee befecken, werden ihr gar bald an euch oder euren Kameraden erdulden müssen. Und ihr dürft nicht den Heeresdienst verlassen, mag's euch auch dem Tod oder dem Wahnsinn zutreiben. Ihr habt nicht das Recht der Erwidrung auf der Stelle; und selbst das Recht der Notwehr wird euch bestritten. Den Vorgesetzten hingegen wird in den Kriegeszeiten selbst das Recht des Waffengebrauchs gegen den widerstehlichen Untergebenen ausdrücklich zugeprochen. Die Beleidigung, Demütigung und Mishandlung der Untergebenen, auch die schwersten, werden von den Militärgerichten und den Militärgerichten meist nur als vorchriftswidrige Behandlung, ferner als Körperverletzung, meist nur mit geringen nicht entehrenden Strafen, Stubenarrest und dergleichen von kurzer Dauer, ferner mit verhältnismäßig furchtlosen Gefängnisstrafen belegt.

Anfang des Artikels »Rekrutenabschied« in der »Jungen Garde« vom 22. September 1906.



Karl Liebknecht um 1900.

Militarismus und Antimilitarismus

unter besonderer Berücksichtigung der internationalen
Jugendbewegung

von

Dr. Karl Liebknecht



Leipzig 1907
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Antimilitarismus und Hochverrat :

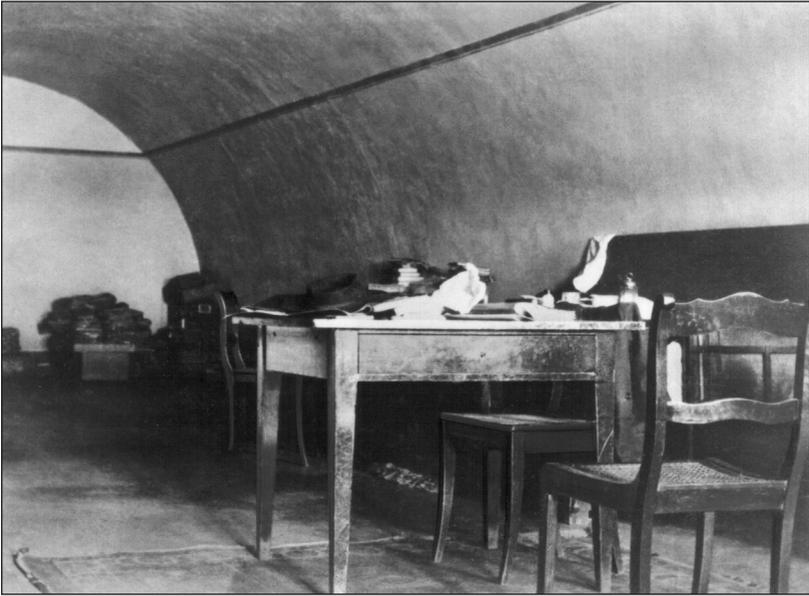
Das Hochverratsurteil
gegen Karl Liebknecht
nebst einem kritischen Beitrag zur
Naturgeschichte der politischen Justiz



Berlin 1908

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

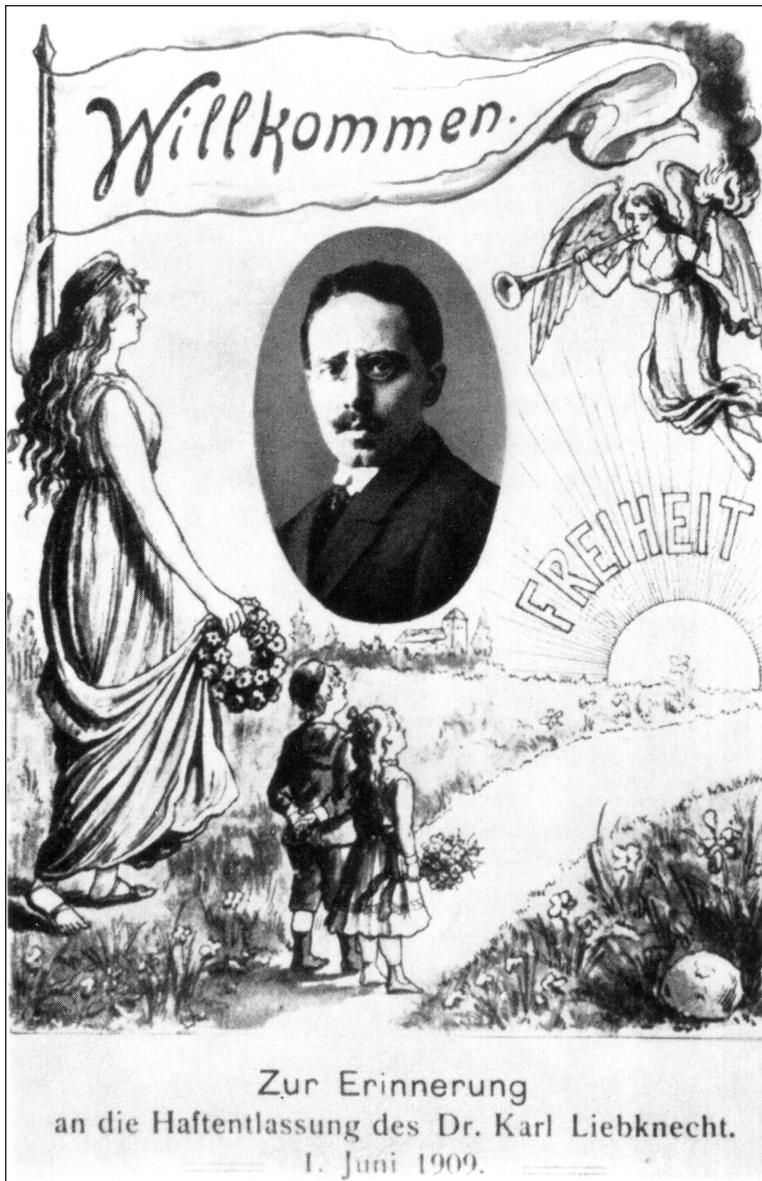
(Hans Weber, Berlin)



Haftzelle Karl Liebnechts in der Festung Glatz 1908.



Karl Liebknecht 1909.



Diese Postkarte wurde in sozialdemokratischen Veranstaltungen vertrieben.



Karl Liebknecht auf einer Massenkundgebung in Berlin-Treptow 1909.



Karl Liebknecht 1910 in Berlin.



Karl Liebknecht 1910.



Karl Liebknecht mit dem englischen Marxisten Harry Quelch in Chemnitz 1912.



Karl Liebknecht nach einer Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses 1912, links hinter ihm Julian Borchardt.



Karl Liebknicht und seine Frau Sophie, geb. Ryss, 1913 in Oberwiesenthal.



Karl Liebknecht 1913.

Zur Kriegssitzung des Reichstages

Genosse Liebknecht hat zur Begründung seiner verneinenden Abstimmung in der Reichstagsitzung vom 2. Dezember 1914 dem Reichstagspräsidenten zur Aufnahme in den stenographischen Bericht gemäß § 59 der Geschäftsordnung folgendes überreicht:

„Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt:

Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Zielungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Weltküstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonaparäistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zerrüttung der anschlupfenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflochtenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole „Gegen den Faschismus“ diente — ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus“ dem Zweck, die ersten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Faschismus, das Muster politischer Rückschändlichkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen, wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Moskandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht linder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Weiber im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtlosigkeit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, 2. Dezember 1914.

gez.: Karl Liebknecht.

Der Präsident hat die Aufnahme dieser Begründung in den stenographischen Bericht abgelehnt, weil in ihr Äußerungen enthalten seien, „die wenn sie im Hause gemacht wären, Ordnungsrufe nach sich gezogen haben würden.“

Illegales Flugblatt mit Karl Liebknechts Erklärung seiner Ablehnung der zweiten Kriegskredite am 2. Dezember 1914



Karl Liebknecht 1914 in seinem Arbeitszimmer.

Office et. - in report.

Office

Office in report - in report -
Office report.

Office report, Office report,
Office report, Office report,

Office report - Office report
Office report - Office report

Office - Office report, Office report
Office report, Office report.

Office report, Office report
Office report - Office report
Office report, Office report
Office report, Office report
Office report, Office report.

Office report, Office report
Office report, Office report
Office report, Office report
Office report, Office report
Office report, Office report.

Aus der Materialsammlung für »Die Internationale der Rüstungsindustrie«.

Einkarten zur *Kommunikation* *Eintritt*.

1. Kriegsbeorderung

gültig bis auf weiteres.

Jahresklasse	<i>144</i>
Ziffer u. Nr.	<i>VII</i>
N. N. N.	<i>34</i>

Yriow. Karl Liebknecht
(H. Liebknecht)
Hordensienstr 14

hat sich nach Veröffentlichung der Mobilmachungs-Bekanntmachung, ohne einen neuen Befehl abzuwarten, ~~am~~ *sofort nach Erhalt der Kriegsbekanntmachung* ~~in Mobilmachungstage bis~~ *11* ~~Uhr~~ *mittags*

in *Eintritt* *bei der Kommunikation* *zur Erfüllung bei der Kommunikation* zu melden
folgt - Krieg - Eintritt

Wer sich dienstuntauglich fühlt, hat sich, falls er sich sofort oder am 1. Mobilmachungsstage zu stellen hat, bereits im Frieden, falls seine Einberufung an einem späteren Mobilmachungsstage erfolgt, einen Tag vor der Bestellung *11 Uhr vormittags* zur ärztlichen Untersuchung auf dem Bezirkskommando zu melden.



Umstehende Bestimmungen sind genau zu beachten.

Bestell!
Der Befehl mit Befehl ist sofort fertig
drücklich zu melden.

Bezirkskommando V Berlin.

Q

2. Ausweis

in Familienunterstützungsangelegenheiten.

Der *Yriow. Karl Liebknecht* (Vor. u. Zuname)
Buchz. *44 VII 34* aus dem Landwehrbezirk V Berlin ist vom ~~Mobilmachungsstage~~
ab zum Heere einberufen und eingestellt.

(Stempel des Truppenteils usw.)



Karl Liebknecht an der Westfront, April 1915.



Karl Liebnecht beim Straßenbau 1915.

Berlin 12. Juni 1915.

Franken

Werter Genosse!

Das anliegende Schreiben - an Partei- und Fraktionsvorstand - ist bisher von den auf der beigefügten Liste verzeichneten 60 Genossen unterschrieben; hinzugekommen sind soeben noch Ernst Däumig und Alfred Wielep vom Vorwärts; zahlreiche weitere werden folgen. Dringendste Eile tut not.

Wir bitten auch Sie, zu unterzeichnen. "Ja" und Unterschrift (Vor-, Zuname, Wohnort, Funktion in Organisation) genügt. Antwort sofort - möglichst per Eilboten oder Telegramm p.A.:

Fräulein Mathilde Jacob, Berlin, Altonaer Str. 11.

Wir bitten ferner dringendst, etwaige Funktionäre von politischen Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstige tüchtige und tätige Genossen, die gleicher Auffassung sind, schleunigst zur Unterschrift zu gewinnen und die Mitteilung davon sofort genau wie oben angegeben an Fräulein Mathilde Jacob gelangen zu lassen.

Die Absendung des Schreibens erfolgt durch uns - sobald Ihr "Ja" da ist. Das anliegende Exemplar können Sie dort behalten.

Also: bitte, schleunigste Erledigung!

Mit Parteigruß

v. a. H. Michels

*Freundliche Grüße!
zu einem Brief ca. 1000 Wörter auf
meiner - also auf dem Offener -
27. 6. 1915*

*Wenn es möglich für gewöhnlich
wären für die folgenden Zwecke (Korrespondenz etc.)
und wenn es nicht für die Zwecke für die
Korrespondenz etc. wäre, in die internationale, der
Korrespondenz etc. wäre, in die internationale, der
Korrespondenz etc. wäre, in die internationale, der*

Brief an Alexander Winckler, 12. Juni 1915.



Karl Liebknecht 1915 auf dem Weg zum Reichstag.

Luckau, den 5. Dezember 1916

Der *Liebknecht* ist nach körperlicher Reizung und Einlieferung mit *Hoff* zu befristigen.

Vorzulegen:

- 1. Dem Amtsarzt zur Untersuchung auf Gesundheit und Arbeitsfähigkeit: *am 27. 9. 16*
- 2. Dem Arbeitsinspektor:
- 3. Dem Polizei- und Ökonomieinspektor: *Justiz*
- 4. Dem Mandanten: *) auch zur weiteren Veranlassung nach den Bestimmungen § 101 Ziffer 4 der Dienstordnung (Verordn. Blatt 1907 Nr. 23).
- 5. Dem Anstaltsgeistlichen:
- 6. Dem Lehrer:
 - Nicht schulpflichtig:
 - Schulpflichtig:
 - Unterricht:
 - Oberstufe:
 - Fortbildungstufe:
 - Abteilung für Jugendliche:

- 7. Dem Sekretär zur Penadrächtigung
 - a) der Staatsanwaltschaft = des Amtsgerichts - *Berlin*
 - b) der Polizeiverwaltung *des Polizeipräsidiums*
 - c) dem ev. Pfarrer:

Luckau, den 5. Dez. 1916

Der Direktor

[Signature]

Dem Strafgefangenen *Kaplan* *Liebknecht*

wurde eröffnet, daß *er* sich nach der Hausordnung genau zu richten habe; Übertretungen derselben würden mit strengen Hausstrafen belegt. Besonders wurde *er* darauf aufmerksam gemacht, daß *er* allen Befehlen der Wärter unbedingt gehorchen müsse, und daß im Falle von Widerleitigkeit oder eines Fluchtversuches dieselben von ihren Waffen Gebrauch machen würden, sowie daß Meuterei und Aufruhr außerdem strafrechtlich verfolgt und nach den Umständen mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft würde. Außerdem wurde *ihm* mitgeteilt, daß *seine* Strafe

vom *1. November* 1916 bis *1. März* 1917

in *10* Minuten notiert sei, worauf *er* ausdrücklich erklärte, daß die Strafberechnung richtig sei und *er* Einwendungen nicht zu machen habe

Schließlich wurde *er* aufgefordert, was *er* jetzt über *seine* persönlichen Verhältnisse gefragt werden würde, bei Vermeidung von Strafe wahrheitsgetreu zu beantworten.

*) Meine Invaliditäts-Versicherungsart habe ich in die Anstalt *mit* eingebracht, sie befindet sich *bei* *der* *Wache*

Eine Rente bemerke ich nicht.

Karl Liebknecht

[Signature]
Strafverwalter

*) In besonderen Fällen können bis zu einer Strafbestrafung von einem Jahr, bei Gefangenen mit lebenslänglicher Strafbestrafung und bei Gefangenen, welche nach ihrem Urteil den nichtversicherungspflichtigen Personen angehören.

Aus den Akten des Zuchthauses Luckau nach der Verurteilung des Reichstagsabgeordneten.



Karl Liebknechts Zelle im Zuchthaus Luckau.



Karl Liebknecht 1918 nach der Entlassung aus dem Zuchthaus auf einer Massenkundgebung im Tiergarten.



Karl Liebknecht am 7. Dezember 1918 mit seinem Sohn Wilhelm (Mitte) im Berliner Tiergarten.



Karl Liebknecht spricht am 21. Dezember 1918 in der Berliner Siegesallee auf der Trauerkundgebung für die am 6. Dezember 1918 in der Chausseestraße von Militärs Ermordeten.

Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.

Rettet es!

Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:

Von der Spartakusgruppe.

Schlagt ihre Führer tot!

Tötet Liebknecht!

Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!

Die Frontsoldaten



Hotel »Eden«. Von hier aus wird der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht organisiert.



Karl Liebknecht, 1912

Der rebellische Parlamentarier

Karl Liebknecht verfocht uneingeschränkt seine Überzeugung, dass grundlegende Veränderungen am kapitalistischen Herrschaftssystem nur durch Revolution zu erzielen wären. Solange aber dafür keine revolutionäre Situation herangereift sei, und zwar objektiv in Gestalt einer akuten ökonomischen und politischen Krise sowie subjektiv in der Entschlossenheit der oppositionellen Volksmassen und ihrer Führungskräfte zu außerparlamentarischen Mitteln, müsste das Parlament mit größter Entschiedenheit in vollen Zügen genutzt werden.

Der parlamentarische Kampf gehöre zur großen historischen Errungenschaft der relativ mächtigen deutschen Sozialdemokratie. Er stelle im Verein mit außerparlamentarischen Kämpfen das wichtigste Potenzial der Arbeiterpartei für weitgreifende Aufklärung und für klare Aufgabenorientierung dar.

Von 1901 bis 1916 engagierte sich Karl Liebknecht als Abgeordneter von der unteren bis zur höchsten Ebene. 1900 richteten sich seine Aktivitäten zunächst auf den 6., den »Riesenwahlkreis« seines verstorbenen Vaters mit der Schönhauser, Rosenthaler, Oranienburger Vorstadt, Wedding, Gesundbrunnen und Moabit. Hier, wo hauptsächlich Industriearbeiter wohnten, erklärte er am 11. Oktober 1900: Die Sozialdemokratie müsse den Koloss Kapitalismus bannen, sie sei antimonarchistisch, republikanisch und international. Das äußerste Ziel sei die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. In diesem Sinne unterstützte er Georg Ledebour bei der Nachwahl, damit der Wahlkreis der Partei erhalten blieb. Mit Ledebour, der sich als glänzender Redner bereits einen Namen gemacht hatte und als Redakteur im »Vorwärts« tätig war, verband ihn seitdem eine wahre Freundschaft.

Stadtverordneter von der Pike auf

Am 6. November 1901 wurde Karl Liebknecht im 32. und 45. Kommunalwahlbezirk zum Abgeordneten in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Im Wahlkampf hatte er erklärt, er werde sich für die Selbstverwaltung der Kommunen, das allgemeine und vor allem geheime kommunale Wahlrecht und die Weltlichkeit der Schule einsetzen. Da er nur einen Bezirk vertreten konnte, entschied er sich für den 45., d. h. die Gegend Perleberger, Rathenower, Stendaler und Wilsnacker Straße in Moabit. Hier hatte er von 2572 abgegebenen Stimmen 1364 erhalten. Die Sozialdemokratische Partei sei die einzige Partei, die für das Wohl der Arbeiter Sorge, erklärte er auf einer öffentlichen Versammlung am 11. November 1901, die unter dem Thema »Die Sünden des Freisinns« stand. Als Ziele des kommunalen Programms nannte er »Einführung einer gleichmäßigen unentgeltlichen Volksschule für Arme und Reiche und freie Lehrmittel, Bestellung von Schulärzten, Lösung der Wohnungsfrage, Einführung des Erbanrechtes, Einführung eines Reichswohnungsgesetzes, Fortfall der Fahrrad- und Kinderwagensteuer, Stellung der Polizei unter die Stadtverordneten [...] Einführung der freien Selbstverwaltung für alles Bestehende.«⁵⁷

Karl Liebknecht war Mitglied des Ausschusses zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen und Kuratoriumsmitglied für die Kommission zur Verteilung der jährlich bewilligten 3600 Mark, die Studenten der Berliner Königlichen Universität aus städtischen Fonds erhielten. Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung waren ein neues Terrain, auf dem er Sachkenntnisse erwerben und wirkungsvolles Agieren lernen musste. Als er in einem Disput fragte, ob dem Oberbürgermeister noch das Prädikat eines Juristen zuerteilt werden könne, erhielt er prompt den Zuruf »Junger Herr!« Beherzt konterte er: »Ob jung oder nicht, es handelt sich darum, ob man recht hat oder nicht.« Die sozialdemokratische Fraktion hatte 28 von insgesamt 144 Abgeordnetensitzen inne. Karl Liebknecht wusste viele kommunalpolitisch erfahrene Parlamentarier wie Adolph Hoffmann, Paul Singer, Arthur Stadt-hagen, Emanuel Wurm und Fritz Zubeil an seiner Seite. Bei seiner Arbeit in den Ausschüssen ließ er sich weitgehend von Singers Grundsatz leiten: »Aber

57 Siehe Annelies Laschitza: Die Liebknechts, S. 74.

alle Forderungen und Entschließungen müssen gehärtet sein in dem Feuer des sozialdemokratischen Prinzips und dürfen nicht abirren von der uns durch das Parteiprogramm gewiesenen Bahn.«⁵⁸

Stadtverordneter blieb er bis 1913. 1911 gehörten der Fraktion 38 sozialdemokratische Abgeordnete an. Er konzentrierte sich weiterhin vor allem auf die Ausschüsse und Deputationen, in denen es vorwiegend um kommunale, soziale und rechtliche Probleme der Menschen und der Stadt ging. Dabei stützte er sich auf die Leitsätze für die Verwaltungsreform des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Preußens 1910.

Parlamentarier im preußischen Abgeordnetenhaus

Seit rund einem halben Jahr saß Karl Liebknecht auf der Festung Glatz. Da überraschten Berliner Sozialdemokraten, indem sie ihn an die Spitze der Kandidatenliste für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus gestellt hatten. Er schwankte »wie der Esel zwischen zwei Heugarben«, den wissenschaftlichen Studien, die ihn gerade gepackt hatten, und einem Abgeordnetenmandat. Er könne sich wohl nicht drücken, »weil's wichtig ist u. Holland in Not: Bebel krank, Singer krank usw. – so klaffen gar zu große Lücken; u. sich drücken hieße: Fahnenflucht u. Feigheit vor dem Feinde!« Der Parlamentarismus könnte seine ganze Kraft absorbieren, aber er versprach, höchst interessant zu werden, vor allem in Preußen mit seinem reaktionären Dreiklassenwahlrecht. Durch sein Ja könnte er sich obendrein etwas von seinem Vater befreien, der in den 1890er Jahren die Beteiligung an Landtagswahlen in Preußen für sinn- und aussichtslos gehalten und für Streit in der Partei gesorgt hatte. Andererseits aber fürchtete er, ein jämmerliches Fiasko zu erleiden. »Mein Prozess u. »Martyrertum« hat alles geblendet u. mich zu einer mythischen Person von heroischen Dimensionen gemacht, bei dem Wunder geglaubt werden! Und wenn er die Wunder nicht kann –? Wird er dann zerschlagen wie ein versagender Tongötze?, gestand er Sophie. »Scheußlich, ich hab mich gestern auf die Nachricht einer gelinden alkoholischen Betäubung in die Arme geworfen.«⁵⁹)

58 LABA Rep 038-01, Polizeiverwaltung Spandau, Nr. 170, Bl. 237, und Matthias John: Karl Liebknechts Tätigkeit in Ausschüssen der Berliner Stadtverordnetenversammlung. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 7, Weimar 1979, S. 120.

59 Karl Liebknecht an Sophie, 4. 6. 1908. In: SAPMO-BArch, NY 4001/37, Bl. 45.

Noch am 16. Juni 1908, dem Wahltag, erreichten ihn telegrafisch Gratulationen. Seine Freunde und Wähler jubelten. Erstmals schafften es sieben SPD-Abgeordnete in das preußische Abgeordnetenhaus: Hermann Borgmann, Hugo Heimann, Paul Hirsch, Adolph Hoffmann, Robert Leinert, Heinrich Ströbel und Karl Liebknecht. An Karl Kautsky schrieb er schon am 18. Juni: »Es gilt jetzt dafür zu sorgen, dass die außerparlamentarische Aktivität nicht nachlässt; dahin zu wirken, muß das A und O unserer Landtagstätigkeit bleiben.«⁶⁰

Dem Festungskommandanten von Glatz wurde vom Oberreichsanwalt und vom Reichskanzler untersagt, Karl Liebknecht für die Eröffnung des Landtags zu beurlauben. Der Antrag von Borgmann und Genossen, ihn überhaupt aus der Festungshaft zu entlassen, wurde abgelehnt. Man wollte »so schnell die böse Sieben nicht komplett werden lassen«, bemerkte Adolph Hoffmann. »Die Bande hasst mich in den Tod;« stellte Liebknecht fest, »u. das ist's, was mich immer wieder tröstet u. sicher macht [...] Ein frischer Zug kommt doch durch unsre Genossen in den Landtag: Ich wollte, dass sofort ein Wahlrechtsantrag gestellt würde; zu meinem größten Ärger ist das unterblieben. Der Antrag hätte schon als erster die einziehende Gesellschaft begrüßen müssen – als Menetekel und als unser Lösungswort.«⁶¹

Unmittelbar nach dem Ende seiner Festungshaft am 1. Juni 1909 begann er, ein bedeutsames Stück Oppositionsgeschichte zu schreiben. Bereits vor dem Reichsgericht in Leipzig hatte er seine politische Vision – Abschaffung der Monarchie und Einführung der Demokratie – kundgetan. »Mein Ziel ist eine Änderung der gegenwärtigen Verfassung von Grund auf und nicht bloß dieser, sondern auch der ökonomischen Zustände – so wahr ich Sozialdemokrat bin.«⁶²

In seiner Jungfernsrede erklärte er am 23. Juni 1909: »In Preußen ist das Parlament nichts weiter als ein Ausschuß der Verwaltungsbehörden (Abgeordneter Leinert: ›Sehr richtig!‹), und die Herren, die hier als Vertreter der maßgebenden Parteien sitzen, haben nicht eine Spur, behaupte ich, von dem Gefühl, wirklich ein Parlament zu bilden, sondern sie haben nur das Gefühl, eine Attrappe der preußischen Verwaltung zu sein, eine Art Ausschuß der preu-

60 Karl Liebknecht an Karl Kautsky, 18. 6. 1908. In: IISG Amsterdam, NL Kautsky, D XV, Nr. 294.

61 Karl Liebknecht an Sophie, 30. 6. 1908. In: SAPMO-BArch, NY 4001/37, Bl. 147.

62 GRS, Bd. II, S. 108.

ßischen Verwaltungsorgane [...] Sie vertreten die Polizei, die Bürokratie, das Militär, sämtliche Gewaltfaktoren in Preußen. Sie vertreten nicht das Volk, selbst nicht einmal, soweit es für Sie stimmt; denn soweit es für Sie stimmt, tut es das wiederum nur unter Ihrem Terrorismus (Erneutes Lachen.); unter ihrem unerträglichen Terrorismus, der jede sozialdemokratische Notwehr um das Tausendfache übersteigt. (»Bravo!« bei den Sozialdemokraten.)«⁶³

Mit dieser Rede und drei weiteren Wortmeldungen gab Karl Liebknecht vom 23. bis 26. Juni 1909 bei Debatten über die Immunität der Abgeordneten, das Dreiklassenwahlrecht und die Rechtslage der Studenten sein Debüt als Landtagsabgeordneter. Wie er meinte, waren das »ein paar ganz lustige Tage«. Er habe sich mit den Konservativen nach Herzenslust herumgepackt.⁶⁴ Für die nächste Zeit standen Versammlungen in Kiel, Altona, Hamm, Barmen, Elberfeld und Görlitz in seinem Kalender. Danach ging es mit der Familie erst einmal in den überfälligen Urlaub.

Seine Vorstellungen von einem Aktionsprogramm, das Gesetzesvorlagen und die Einbeziehung außerparlamentarischer Kräfte in die Reformarbeit konkretisierte, legte er auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Preußens in Berlin Anfang Januar 1910 dar. Die zentralen Programmpunkte – Verwaltungsreform, Wahlrecht und Kommunalprogramm – wären als Einheit zu betrachten. Daher lautete sein Antrag 25: »Der Kampf um die Demokratisierung der Staats- und Gemeindeverwaltung ist als ein integrierender Bestandteil des preußischen Wahlrechtskampfes zu führen. Die Aufklärung über die gegenwärtige preußische Verwaltung und ihre Mißstände ist durch systematisierte Agitation zur Erweckung des lebendigen Gefühls leidenschaftlicher Empörung in die weitesten Kreise zu tragen.«⁶⁵ Der dazu gehörige Antrag 28 enthielt Leitsätze zur Verwaltungsreform in Preußen, die am 5. Januar, als er sein Parteitageferat hielt, im »Vorwärts« veröffentlicht wurden.

Die Leitsätze ließen sich in 16 Forderungen zusammenfassen: 1. Trennung von Staat und Kirche; 2. Neugestaltung der Ministerien nach den sozialen und kulturellen Belangen des deutschen Volkes und mit einem von der Sozi-

63 Ebenda, S. 279 ff.

64 Karl Liebknecht an Sophie, 25. 6. 1909. In: SAPMO-BArch, NY 4001/64, Bl. 8.

65 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 3. bis 5. Januar 1910, Berlin 1910, S. 127.

aldemokratie schon oftmals geforderten Ministerverantwortlichkeitsgesetz; 3. demokratisches Wahlrecht für die Volksvertretungen auf allen Ebenen und für deren Deputationen und Kammern; 4. Wählbarkeit der leitenden Beamten der Kreis-, Provinz- und Zentralbehörden durch die Einwohner des jeweiligen Distrikts, aller übrigen Beamten durch die zuständigen Volksvertretungen, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Beamten gegenüber dem Parlament; 5. Beseitigung des Rechts der Verwaltungsbehörden auf Requirierung von Militär, des Rechts der Krone auf Verhängung des Belagerungszustandes, des Begnadigungsrechts der Verwaltungsbehörden und Übertragung derselben an demokratisch gewählte Volksvertretungen; 6. Volkswehr anstelle des stehenden Heeres nach einem besonders auszuarbeitenden Militärprogramm; 7. Dezentralisation der Polizei und Abschaffung der politischen wie der geheimen Polizei; 8. Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, Kreise und Provinzen; 9. demokratische Justiz, Unabhängigkeit und Wählbarkeit der Richter mit ausschließlicher Verantwortlichkeit vor dem Gesetz; einwandfreie Behandlung der Gefangenen in sozialer, hygienischer und geistiger Hinsicht; 10. Weltlichkeit der Schule; 11. Aufhebung aller Sondergesetze und Sondermaßnahmen gegen die nationalen Minoritäten; 12. uneingeschränkte Versammlungs- und Pressefreiheit und ein demokratisches Fremdenrecht; Aufhebung der Gesindeordnungen, Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der kleinen Landwirte; 14. staatliche Arbeitslosen- und Armenfürsorge; 15. gesetzliche Regelung des Gesundheitswesens, wirksame Bekämpfung der Volkskrankheiten; 16. Förderung der Maßnahmen im Allgemeininteresse wie Regulierung von Strömen, Kanal-, Eisenbahn-, Wege- und Städtebau, Senkung der Gebühren für Verkehrsmittel.⁶⁶

Für die Anträge 25 und 28 und einen über die Anwendung des politischen Massenstreiks hatte er sich am 28. November 1909 durch seine Wahlkreisorganisation Potsdam-Spandau-Osthavelland legitimieren lassen. Auf dem Parteitag konnte er auf die Unterstützung durch Arthur Crispian, Robert Dißmann, Hugo Haase, Paul Hirsch, Adolph Hoffmann, Georg Ledebour, August Paris, Paul Singer, Arthur Stadthagen, Heinrich Ströbel, Emanuel Wurm und Fritz Zubeil bauen.

66 GRS, Bd. II, S. 342–361.

Das erste Mal bekam Karl Liebknecht auf einem Parteitag das Referat für einen Tagesordnungspunkt zugesprochen. Seine 4½-stündige Rede war mit Beweisen über die »Fülle der Willkür, Roheit und Rückständigkeit« der preußischen Verwaltung gespickt. Keine Leporelloliste der Welt könne sich mit diesem Sündenregister vergleichen. Auch ein demokratisches Wahlrecht wäre wirkungslos, solange »draußen, außerhalb des Parlaments, die Machtverhältnisse nicht verschoben sind. Ein Parlament wird nie und nimmer imstande sein, seinen ersten Willen in ernstesten Angelegenheiten gegen die Staatsregierung und ihre außerparlamentarischen Machtmittel durchzusetzen, solange die Verwaltung keine demokratische ist. Deshalb ist der Kampf um die demokratische Verwaltung das Herz- und Hauptstück des Wahlrechtskampfes.«⁶⁷ Die Dreiteilung der Gewalten sei in Preußen nie konsequent verwirklicht worden. Der Staat verfüge von der Justiz, der Polizei und dem Militär über die Verwaltung, die Kirche und die Schule bis hin zu einem System ideologischer Beeinflussung über eine Vielzahl von Gewalt- und Verdummungsmitteln, mit denen er die Macht der herrschenden Klassen aufrechterhalte. In diesem Zusammenhang riet er, statt von Junkeralleinherrschaft nur noch von Junkervorherrschaft auszugehen. Zwar übe das Junkertum in Preußen auf die Verwaltung noch immer einen entscheidenden Einfluss aus, aber die Grubenbarone, die Großindustrie, selbst der Großhandel, die Großbanken, die großen Verkehrsunternehmer verschafften sich immer mehr Geltung.

Karl Liebknechts Vorstoß im Kampf für einen konsequenten Demokratisierungsprozess zielte auf grundsätzliche Veränderungen in Preußen ab. Hier, im größten Bundesstaat, erblickte er den Hort der Reaktion im Deutschen Kaiserreich. Dafür sorgte nicht nur die Personalunion von preußischem König und deutschem Kaiser, von preußischem Ministerpräsident und Reichskanzler, der wiederum vom Kaiser ernannt wurde. In der Verfassung waren innen- und außenpolitische Rechte des Kaisers bzw. der Regierung verankert, über die der Reichstag keine Befugnis besaß. Preußen hatte mit 17 von 58 Stimmen im Bundesrat auch de jure die Entscheidungsgewalt über Verfassungsänderungen im Deutschen Reich, denn sie galten nach Artikel 78 bei 14 Gegenstimmen im Bundesrat als abgelehnt.

67 Ebenda, S. 421 f.

Karl Liebknecht brandmarkte sowohl die Willkürherrschaft der Bürokratie als auch die Mittel, mit denen die Beamten staatstreu gemacht wurden: das Ordens-, Uniform- und Titelwesen, die scharfe Disziplinarordnung und ökonomische Macht, die Hierarchie von Kontrollinstanzen, die Gewalt und Schikane gegen jegliche freiheitliche Gesinnung und Handlung. Wohlweislich differenzierte er dabei zwischen hochgestellten, gut entlohten und armseligen Beamten. Die Sozialdemokratie müsse sich auf die niederen Beamten orientieren. Allerdings irrte er in der Annahme, durch sie könne die Verwaltung von unten demokratisiert werden.

Die politische Tragweite seiner Kritik an der preußischen Verwaltung erweiterte er erheblich, indem er auf der Grundlage seiner Schrift »Militarismus und Antimilitarismus« die Unterstützung der Bürokratie durch eine Art Halbbürokratie anprangerte. Er meinte damit »die Mitglieder der Krieger- und Flottenvereine, die Mitglieder der kaiserlichen Automobilklubs und ähnlicher schöner Einrichtungen, der Luftschiffgesellschaft, der Schützenvereine, dann die Militäranwärter und schließlich die Mitglieder gewisser Studentenkorps«. ⁶⁸ Mit der Verdummung der Massen als einer Regierungsmaxime müsse sich die Arbeiterpartei energischer auseinandersetzen.

Liebknecht warnte auch vor dem allmächtigen Regiment der Landräte, denn das Landratsamt der »Könige in ihrem Bezirk« erweise sich als »die gefährlichste Brutstätte der Ungesetzlichkeit, der politische Garten der Circe, wo Recht in Unrecht verkehrt wird«. ⁶⁹ Daher sei es eine Illusion, etwa mit einem isolierten kommunalpolitischen Programm eine tatsächliche Selbstverwaltung sichern zu können. Ebenso wies er die völlige Unzulänglichkeit der preußischen Verwaltung in sozialen Fragen nach. Die Arbeit der Sittenpolizei, die Fürsorgeerziehung, das Schulwesen, der Strafvollzug, die Handhabung des Vereinsrechts und des »Fremdenrechts« boten ihm dafür ausreichend Beispiele. Selten seien »Männer wie Liebknecht, die energisch Front machen« urteilte anerkennend Lothar Engelbert Schücking, ehemaliger Bürgermeister von Husum und Mitglied der Demokratischen Vereinigung, aus der sich linksliberale Kreise am Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht beteiligten. Anerkennung erhielt er auch von Eduard Bernstein, Paul Löbe, Max

68 Ebenda, S. 378.

69 Ebenda, S. 416.

Maurenbrecher, Wilhelm Schröder und Arthur Schulz, die sonst kaum für seine Forderungen an die Sozialdemokratie zu gewinnen waren.

Das Schlussurteil über die preußische Verwaltung sei ein miserables. »Die preußische Verwaltung ist nicht nur in bezug auf eine wirkliche Reformtätigkeit im modernen Sinne überall unfruchtbar gewesen, sie ist nicht nur durchaus unzweckmäßig eingerichtet und dabei so teuer wie möglich, sie ist nicht nur rückständig auf allen Gebieten, sondern häuft auf diese Rückständigkeit noch den brutalen Drang, mit dem Polizeiknüppel und polizeilicher Reglementierung plumper und kleinlichster Art in alle Verhältnisse einzugreifen, um alles nach den Wünschen der herrschenden Bürokratie zu fördern. [...] Ich bin fest überzeugt, man gibt uns viel eher ein demokratisches Wahlrecht als eine demokratische Verwaltung, weil man weiß, daß bei der Verwaltung schließlich doch die Macht liegt.«⁷⁰

Das Bedeutsame und Anregende von Liebknechts Demokratie-Leitsätzen und seiner Ausführungen gegen die verbürokratisierte und selbstherrliche preußische Verwaltung von Anfang des Jahres 1910 wurde weder damals noch bis heute in vollem Umfange erkannt. Selbst Rosa Luxemburg brachte kein Verständnis für Karl Liebknechts Orientierungsvorschläge zum Kampf für die Demokratisierung der Verhältnisse im Kaiserreich auf. Den konservativen Freiherr von Richthofen dagegen packte die Angst und er drohte am 10. Februar 1910 im preußischen Abgeordnetenhaus: »wenn ein Titelchen davon jemals Gesetz würde, so würde Preußen ruiniert werden und nicht mehr die Vormacht im Deutschen Reich sein!«⁷¹

Liebknecht nahm im Abgeordnetenhaus jede Chance wahr, um seine Forderungen darzulegen – Allein im 1. Halbjahr 1910 gelang ihm das mehr als zwanzigmal. In Regierungskreisen wurde jedoch bald »mit Beruhigung« festgestellt, dass Liebknechts »theoretischer Versuch, die preußische Verwaltung nach radikal-demokratischen Grundsätzen umzugestalten« außerhalb des Parteitages keine Beachtung gefunden und die Agitation weder bereichert noch befruchtet habe.⁷²

70 Ebenda, S. 411 u. 417.

71 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, III. Session 1910, 2. Bd., Berlin 1910, Sp. 1430.

72 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 3, 1906–1913. Bearb. von Dieter Fricke und Rudolf Knaack, Berlin 2004, S. 273.

Unentwegt kämpfte er weiter. Zwischendurch hielt er Thesen zum parlamentarischen Kampf fest: Das Abgeordnetenhaus sei zwar eine groteske und aufreizende Karikatur von Volksvertretung, biete aber dem halben Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneter »die vortrefflichste Tribüne der Welt, um zu den Massen zu sprechen, deren starke und zielklare Organisation jenen Sechsen inmitten einer Welt giftiger Feinde wiederum eine erstaunliche Machtstellung gegenüber dem sündenbeladenen preußischen Regime gewähren.«⁷³ Die Tätigkeit proletarischer Deputierter sei nur dann eine Farce, wenn dem Parlament die aufklärende, aufrüttelnde Wirkung auf das Volk versperrt wäre.

Die kleine sozialdemokratische Fraktion stand 1908 152 Abgeordneten der Deutschkonservativen Partei, 104 des Zentrums, 65 der Nationalliberalen Partei und 60 der Freikonservativen Partei gegenüber. Als Karl Liebknecht 1909 seinen Platz einnehmen konnte, hatte die Majorität des Hauses die Wahl von vier Sozialdemokraten aus nichtigen Gründen annulliert. Mit den beiden anderen protestierte er vergeblich dagegen. 1910 waren es dann wieder sechs, 1911 fünf, 1912 sechs und erst ab 1913/14 zehn bzw. neun: Otto Braun, Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Adolf Hofer, Adolph Hoffmann, Otto Hue, Robert Leinert, Karl Liebknecht und Heinrich Ströbel. An Diäten bekamen die Abgeordneten 15 Mark pro Sitzungstag und Reisekostenrückerstattung. Die Fraktionsstärke betrug neun; für Anträge waren nach der Geschäftsordnung des Hauses 15 Abgeordnete nötig, für Interpellationen 30. Folglich kam es auf das Engagement jedes Einzelnen an. Um ihren Stellungnahmen ordentlich Gehör zu verschaffen, waren die Sozialdemokraten gezwungen, während der Sitzungen des Hauses ständig anwesend zu sein und bei Auftritten sich gegenseitig zu unterstützen. Des Öfteren nahm Karl Liebknecht auf die Ausführungen seiner Fraktionskollegen Hirsch, Hoffmann und Ströbel Bezug. Mit Hue oder Robert Leinert kreuzte er wegen unterschiedlicher Ansichten gelegentlich die Klinge.

Karl Liebknecht stand in konsequenter Opposition zum Preußenstaat seinen Mann. Unermüdlich nahm er auch zu sozialen und kulturellen Problemen Stellung. Dazu gehörten u. a. politische und soziale Rechte der Ruhrbergarbeiter, Binnenschiffer, Dienstboten, Forstarbeiter, Bäcker, Winzer, Gastwirte

73 Ebenda, S. 273.

und ausländischen Arbeiter, Freiheit der Wissenschaft, Unabhängigkeit der Universitäten, humaner Strafvollzug, Budgetmanipulation, Polizei- und Justizwillkür, Gesinnungsterror, Behindertenrecht, Bestechungsaffären, Bürokratie, Verstaatlichung, Antisemitismus, Steuerprivilegien, Wasserwirtschaft, Lug und Trug der Herrschenden, Zensurunfug, Ausländerrecht, Theaterbauten, Freiheit der Künstler, Handlungsfreiheit der Kommunen, Interessenvertretung von Berufsgruppen wie Lehrern, Schauspielern, Bibliotheks- und Museumsangestellten, Sinn und Wert der Freien Volksbühnen und von Volkshochschulen, Wanderbibliotheken, -theatern und -ausstellungen, Nutzung von Phonographie, Photographie und Kinematographie, Architektur, Archäologie, Volks- und Völkerkunde.

Als wichtige Erfahrungen und Grundsätze fasste er Ende 1913 zusammen: »Nichts ist geeigneter, Massenbewegungen zu entfalten, als die Inangriffnahme eines einzelnen besonders aktuellen Punktes. Den Angriff jeweils mit voller Wucht auf einen solchen Punkt zu konzentrieren – das war das taktische Prinzip Lassalles. Die einzelne aktuelle Frage wird ganz konkret empfunden und verstanden. Nur muß eben eine Frage gewählt werden, die wirklich in den Massen so stark empfunden und so klar erfaßt wird, daß eine große Bewegung entsteht. In der parlamentarischen Aktion aber steht natürlich auch nichts im Wege, Einzelfragen von minder großer, minder aktueller Massenbedeutung jeweils in den Vordergrund zu stellen, sei es mit, sei es ohne Antrieb durch eine Petition.

Im proletarischen Klassenkampf muß jede Frage der Tagespolitik sub specie aeternitas, im Hinblick auf das Gesamtprogramm, als Teil des Ganzen betrachtet und behandelt werden. Jede große Frage der Tagespolitik entrollt im Grunde die Gesamtpolitik des Klassenkampfes und zwingt, uns an dieser zu orientieren; jede wichtige Einzelforderung des Programms enthält in nuce das ganze Klassenkampfprogramm. Wird der Einzelkampf und der Tageskampf in diesem Geist geführt, so verwirrt er nicht, sondern klärt auf durch lebendigsten Anschauungsunterricht.«⁷⁴

Wenn er auch bisweilen mit seinem Parlamentarier-Schicksal haderte, weil es den Rhythmus seines Lebens immer mehr bestimmte, er sich nach ruhige-

74 GRS, Bd. VI, S. 410 f.

rer Tätigkeit sehnte und mehr Zeit für die Familie wünschte, entsprachen die Turbulenz und Spontaneität durchaus seinem Naturell. Ihn bestärkte, dass er als Abgeordneter gebraucht wurde und etwas bewirken konnte. Den Kontakt zu Fraktionskollegen, den direkten Disput mit Widersachern, das Enthüllen von Missständen, die über die Presse sofort publik wurden, und die loyale Achtung, die Parlamentskollegen aus anderen Parteien ihm entgegenbrachten, mochte er in seinem Leben nicht missen.

Karl Liebnecht meldete sich oft zu Wort. Geschickt wartete er mit Einsichten aus Studien während der Glatzer Festungshaft, mit seinen Erfahrungen als Rechtsanwalt sowie als Stadtverordneter oder mit Erlebnissen in der Partei-, Gewerkschafts- und Jugendbewegung auf. In beeindruckender Zitiertkunst bewies er seine hohe humanistische Bildung, die eine erstaunliche Bibelfestigkeit einschloss. Der Advokat verzichtete natürlich auch als Parlamentarier nicht auf die juristische Begriffswelt. Er gefiel sich in der Darlegung ausgefeilter Gesetzes- und Geschichtskennntnisse und brillierte zuweilen mit geistigen Höhenflügen, die über die eigentliche Debatte hinausführten. Nicht minder bediente er sich der Ausdrucksweise des Volkes. Schließlich kam es ihm auf die Information vieler Menschen außerhalb des Parlaments an. Gekonnt spielte er auf Argumente oder Standpunkte anderer Parlamentarier an, um seine Gegenposition bzw. partielle Konformität noch augenscheinlicher darzulegen und das Weitergreifende seiner Ausführungen zu demonstrieren. Im Kontern von Entstellungen und Missdeutungen war er ein Meister. Durch strenge Geschäftsordnungen ließ er sich nicht nötigen. Nach Ordnungsrufen legte er seine Meinung meist noch leidenschaftlicher dar. Dass die kleine sozialdemokratische Fraktion im konservativ dominierten preußischen Abgeordnetenhaus natürlich immer überschrien wurde, z. B. von Sprechern des Zentrums, die ihren Wählern »Volksfreundlichkeit« vorgaukelten, irritierte ihn nicht im Geringsten. Er sei nicht zum Vergnügen der Rechten des Hauses da, entgegnete er bei häufigen Zurufen und Lachsalven. Für einen Sozialdemokraten gehe es in der Polemik stets darum, nicht nur unter den eigenen Anhängern Klarheit zu stiften, sondern auch die Wähler anderer Parteien hellhörig zu machen. »Ich bleibe dabei, wir müssen allen Parteien, die von Arbeitergefolgschaft groß gemacht wurden, und vom kleinen Bürger- und Bauerntum, verzeihen Sie das Bild, brennende Schwämme an die Hüte

stecken, wie man's wohl bei Pferden tut, indem wir ihre Gefolgschaft mit geschickter Taktik gegen sie setzen.«⁷⁵

Der Präsident und der Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses versuchten ständig, ihn mit Ordnungsrufen zu behindern. Sie entzogen ihm das Wort, weil seine Ausführungen angeblich nicht zur Sache gehörten, oder klassifizierten seine Bemerkungen als unzulässige Majestätsbeleidigungen ab. Genüsslich zitierte er dann die Ansicht der konservativen »Kreuz-Zeitung«, die Sozialdemokratie sei keine böswillige Hetzerin, sondern eine vom Himmel gesandte Gottesgeißel zur Erziehung der herrschenden Parteien in Deutschland und Preußen. »Wir sind hier in keiner Klippschule!« rief er, als ihm vorgeworfen wurde, er hätte einen Zwischenruf vom falschen Platz aus gemacht. Hörten die Ordnungsrufe überhaupt nicht auf, brachte er die Schreier zum allgemeinen Gaudium auf die Palme.

An die Minister, den Kanzler oder an Vorredner richtete er viele Fragen und deckte so krasse Widersprüche zu früheren Äußerungen auf. Seine Konfrontation mit den Machthabern Preußens war klar und unmissverständlich. Er war auch als Parlamentarier ein Revolutionär. »Der Vulkan braucht ja noch nicht zu eruptieren«, schrieb er an Paul Hirsch über den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht, »aber sie [die herrschenden Kreise] sollen doch merken, dass es ein Vulkan ist, auf dem sie tanzen, u. zwar einer, der noch tätig sein kann.«⁷⁶

Als außerparlamentarische Kampfmaßnahmen empfahl er »Boycott, Schulstreik, Steuerverweigerung, antimilit[aristische] Agitation, Spezialagitation unter den zu den anderen Parteien gehörigen Arbeitern u. sonstigen proletarischen Existenzen; u. – wo die Lage es nicht ausschließt – politischen Streik. All das muss ineinander greifen u. sich ablösen, natürlich unter möglichster Sparsamkeit; das Pulver nicht unnötig verpulvern! [...] das ganze müsste zu einer großzügigen einheitlichen Agitation über ganz Deutschland verarbeitet werden. Nur solche weitsichtige Strategie ist jetzt noch am Platz; dazu ist ›die Zeit reif‹ trotz § 86 St.G.B. u. aller Vorsichts- u. Angstmeierei. Natürlich keine ›Revolution‹.«⁷⁷

75 Karl Liebknecht an Konrad Haenisch, 12. 4. 1910. In: BA Koblenz, N2104.

76 Karl Liebknecht an Carl Herz, 27. 12. 1908. In: IISG Amsterdam, NL Carl Herz, Nr. 47/2.

77 Ebenda.

Reichstagsabgeordneter

Karl Liebknecht hatte seit Langem festen Kontakt zu seiner Wahlkreisorganisation Potsdam-Spandau-Osthavelland und er gehörte zu den aktivsten Wahlkämpfern. Der Erfolg blieb nicht aus. Er erobert am 12. Januar 1912 bei der Hauptwahl und am 25. Januar in der Stichwahl für die Sozialdemokratie den »Kaiserwahlkreis«, Potsdam hatte einen »zweiten Kaiser«. Der Jubel war groß. Selbst zahlreiche Kleinbürger der Residenz wurden von der begeisterten Stimmung der spontanen Massenkundgebungen erfasst.

Die ausländischen Sozialisten widmeten den Erfolgen der deutschen Sozialdemokratie, die mit 110 Abgeordneten in den Reichstag einzog, große Aufmerksamkeit. Elmondo Peluso, der Berliner Korrespondent der Pariser Zeitung »l'Humanité«, sollte Karl Liebknecht interviewen. »Ein ungewöhnlicher Menschenstrom bewegte sich an diesem Tage durch seine Zimmer: Freunde, die ihn beglückwünschen, bürgerliche Journalisten, die ihn aushorchen, Parteigenossen, die ihn sich als Versammlungsredner sichern wollten, und viele andere.« Da sie fortwährend gestört wurden, begleitete er ihn auf der Autofahrt nach Potsdam. »Liebknecht saß mir gegenüber, zwischen seinen beiden kleinen Jungen, die sich froh und zärtlich an ihren Vater schmiegen. In Gedanken schien er selbst mehr als fröhlich zu sein: er verstand wohl die Begeisterung seiner Wähler, aber er teilte sie nicht. Wir sprachen über die ›110‹, über den ›Sieg‹, doch er machte sich im Gegensatz zu der herrschenden Meinung keine Illusionen über das kriegsfeindliche Verhalten des Linksblocks im Reichstag.«⁷⁸

Mit den anderen 109 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nahm Karl Liebknecht unverzüglich seine Arbeit in der Fraktion auf, die von August Bebel, Hugo Haase und Hermann Molkenbuhr geleitet wurde. Seine parlamentarische Tätigkeit erhielt ungewöhnliche Dimensionen, denn er war nunmehr auf allen drei möglichen Ebenen – in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, im preußischen Abgeordnetenhaus und im Deutschen Reichstag – Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei. Das forderte von ihm ein Höchstmaß an Elan, Geist, Kraft und Verzicht auf manche Annehmlichkeit. Seine junge Frau, seine Kinder und sämtliche Angehörigen mussten viel Ver-

78 Elmondo Peluso: Erinnerungen. In: Der rote Aufbau, 5. Jg. 1932, 1. Halbj., S. 605 f.

ständnis und Unterstützung aufbringen. Die Aufgaben im Rechtsanwaltsbüro lasteten ab jetzt noch mehr auf den Schultern seines Bruders Theodor.

Im Reichstag setzten die traditionelle Aufgabenverteilung und die bisher größte Fraktionsstärke dem einzelnen Abgeordneten Grenzen, wie sie Liebknecht vom preußischen Abgeordnetenhaus her nicht kannte. Doch er wusste sich zu platzieren. Dabei konnte er auf Freunde wie Oskar Cohn, Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, August Bebel, Georg Ledebour, Arthur Stadtgagen, Emanuel Wurm, Fritz Zubeil zählen. Aber die Schar notorischer Antipoden, die sich an seinem »spektakulären« Antimilitarismus rieben, war nicht klein und von Einfluss: Eduard David, Friedrich Ebert, Richard Fischer, Wolfgang Heine, Gustav Noske, Philipp Scheidemann, Georg von Vollmar und Albert Südekum.

Laut Gesetz vom 21. Mai 1906 hatten die Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperiode freie Fahrt auf den Eisenbahnen. Die jährliche Aufwandsentschädigung betrug 3000 Mark.

Auf der Reichstagstribüne hinterließ Karl Liebknecht »stets den Eindruck eines eifernden, mit großem Schwung sprechenden, im übrigen aber seine Worte mit Geschmack und in wirksamster advokatischer Form setzenden Redners«. ⁷⁹ In seiner Jungfernrede, die er am 23. Februar 1912 zum Gesetz über die Staatsangehörigkeit hielt, wandte er sich gegen die Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter. Am 14. Mai verteidigte er die Interessen der Spandauer Rüstungsarbeiter. Und am 6. Dezember nahm er zur Jesuitendebatte Stellung.

Rüstungsskandale 1913/1914

Sein Hauptanliegen im Reichstag war es jedoch, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen und jene Kräfte und Tendenzen zu entlarven, die die Gefahr eines verheerenden Krieges in Europa heraufbeschworen. Dafür kamen ihm ein anonymes Schreiben und die Abschrift von vertraulichen Berichten mit militärischen Interna aus dem Kriegsministerium und der Heeresverwaltung zupass. Unter dem Anonymus verbarg sich Herr von Metzzen. Der im September 1912 entlassene Direktor des Berliner Krupp-Büros hatte Liebknecht ausgesucht, »als einen Vertreter derjenigen Partei, von der ich erwarte, daß die

79 Arthur Holitscher: Mein Leben in dieser Zeit. Der »Lebensgeschichte eines Rebellen« zweiter Band (1907–1925), Potsdam 1928, S. 143.

ohne Rücksicht auf die Macht u. die soziale Stellung der Schuldigen für eine strenge Verfolgung dieses schmutzigen u. gemeingefährlichen Treibens eintritt«. ⁸⁰ Karl Liebknecht nahm die Sendung zum Aufhänger für einen Enthüllungsfeldzug gegen die Friedrich Krupp AG, einen der einflussreichsten Konzerne der Rüstungsindustrie, mit dem er 1913 im In- und Ausland für Furore sorgte. Er zog dabei alle Register parlamentarischer und außerparlamentarischer Taktik. Er nahm in Kauf, dass ihm und seiner Familie unabsehbare Repressalien drohen könnten.

Um keiner Intrige aufzusitzen, wandte sich Karl Liebknecht am 8. November 1912 an den Kriegsminister Josias v. Heeringen mit der Bitte, ihm die Echtheit der Dokumente zu bestätigen, die auf Bestechung und Geheimnisverrat hinwiesen. Dieser Brief mit 15 Kopien von Geheimberichten wirbelte viel Staub auf. Bei richterlichen Durchsuchungen wurden 750 der mit dem Decknamen »Kornwalzer« gekennzeichneten Geheimberichte aus den Jahren 1910 bis 1912 beschlagnahmt. Karl Liebknecht schätzte, dass etwa 1500 solche Dokumente aus den letzten 6½ Jahren existierten. Die Voruntersuchung wurde neben dem festgenommenen Krupp-Angestellten Brandt auf zwei weitere Direktoriumsmitglieder der Firma Krupp ausgedehnt, auf Otto v. Drewitz und auf Otto Eccius.

Der Justizminister unterrichtete den Kaiser fortlaufend über die Ermittlungen. In einem Brief vom 13. Februar stellte er klar, dass sich unter den »vorgefundenen und beschlagnahmten Papieren« auch Berichte fanden, »deren Duplikate Liebknecht mit seiner Anzeige dem Kriegsminister überreicht hat und [...] deren Geheimhaltung nach dem Gutachten der zuständigen Militärbehörden im Interesse der Landesverteidigung unbedingt geboten ist«. Die Mitglieder des Kruppschen Direktoriums, zumindest v. Drewitz und Eccius, waren sich zweifellos über die Natur der Mitteilungen Brandts im Klaren. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I musste Anklage erheben. Der Leiter teilte dem Justizminister in einem geheimen Schreiben am 12. Februar mit: »Von den Mitgliedern der Direktion der Firma Krupp ist nach den mir durch mündliche Mitteilung bekannt gewordenen Erkundungen des Untersuchungsrichters der Geheimrat Hugenberg der einflußreichste und der ei-

80 SAPMO-BArch, NY 4001/38.

gentlich oberste Leiter des Unternehmens.«⁸¹ Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und Geheimrat Alfred Hugenberg, der von 1909 bis 1919 den Posten des Vorstandsvorsitzenden innehatte, hielten das Unternehmen auf Expansionskurs. Die Belegschaft wuchs bis Anfang 1914 auf 81 000 Mann, der Umsatz erreichte im Geschäftsjahr 1912/13 das Rekordergebnis von fast 431 Millionen Mark. Die leitenden Direktoren der Krupp-Werke sollten von vornherein aus dem Prozess herausgehalten werden.

Der Oberstaatsanwalt beschrieb das Material als »eine Übersicht über die gesamte Tätigkeit des Kriegsministeriums, der Feldzeugmeisterei und der Artillerieprüfungskommission auf dem Gebiet der Beschaffung von artilleristischem Material, über die gesamte Tätigkeit dieser drei Behörden in ihrem Verkehr mit anderen Firmen, über die gesamte Tätigkeit dieser anderen Firmen, soweit sie eben in Fühlung standen mit dem Kriegsministerium und seinen Behörden, und über die gesamten Beziehungen zwischen dem Kriegsministerium und den anderen Militärbehörden einerseits und den anderen Firmen andererseits.«⁸²

Im März unternahm Karl Liebknecht eine Vortragsreise nach Frankreich, Belgien, die Niederlande und England, die den außerparlamentarischen Kampf gegen das internationale Rüstungskapital forcieren sollte. In seinem Vortrag über den Rüstungswahnwitz und die räuberische Weltpolitik erklärte er in Brüssel u. a.: »Der Schuß eines einzigen Irrsinnigen auf irgendeinen Potentaten, durch den Chauvinismus aufgestachelt, kann das Pulverfaß zur Explosion bringen.«⁸³

Im April 1913 organisierte die Sozialdemokratie eine große Kampagne unter der Losung »Nieder mit der Militärvorlage!« bzw. »Keinen Mann und keinen Groschen für neue Rüstungen!«. Allein in Berlin und Umgebung protestierte die Bevölkerung am 6. April 1913 in 60 Volksversammlungen gegen die steigenden Rüstungslasten. In seinem Wahlkreis Potsdam-Spanndau-Osthavelland sprach Karl Liebknecht mehrmals nach der Rückkehr von der Reise.

81 GStA PK, I. HA Rep 84a Justizministerium 5a, Bd. 1.

82 GRS, Bd. VII, S. 264.

83 Karl und Rosa. Erinnerungen, 2. Aufl., Berlin 1978, S. 192.

Am 18. April 1913 fanden sowohl im Preußischen Abgeordnetenhaus als auch im Deutschen Reichstag Sitzungen statt. Im Abgeordnetenhaus ging es um den Staatshaushalt. Liebknecht ergriff sofort nach der Eröffnung um 12.15 Uhr das Wort, eilte dann zum Reichstag, wo die Sitzung 13.05 Uhr begann und die neue Wehrvorlage der Regierung zur Debatte stand, die die umfangreichste Aufstockung des Heeres seit 1871 vorsah. Die Friedenspräsenzstärke sollte bis zum Herbst 1915 von 683 000 auf über 800 000 Mann erhöht werden. Die Mehrausgaben für die enorme Aufrüstung betragen 1291 Millionen Mark. Die Regierung musste die einmalige Ausgabe von einer Milliarde Mark durch einen außerordentlichen Wehrbeitrag decken lassen, zu dem alle Vermögen über 10 000 Mark herangezogen werden sollten.

Sechs Konzerne – die Gelsenkirchner Bergwerks-AG, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, die Phönix-AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, Krupp, Thyssen und die Vereinigte Burbach – kontrollierten im Jahre 1913 45 Prozent der Produktion im Stahlwerksverband, 25 Prozent der Produktion im Roheisensyndikat und 22 Prozent der Produktion des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats. Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände verschmolzen im April 1913 zur Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, bezeichnete den Krieg unverhohlen als den Erwecker aller guten, gesunden und starken Kräfte im Volke. Es erschien eine Vielzahl chauvinistischer und militaristischer Bücher und Broschüren. Diese Pamphlete mit so bezeichnenden Titeln wie »Deutschland und der nächste Krieg«, »Frankreichs Ende 19?? Ein Zukunftsbild«, »Der ›bevorstehende‹ Weltkrieg als Vorläufer des Weltfriedens, zugleich ein Kampf ums Deutschtum« wurden in hohen Auflagen gedruckt und brachten »Theorien« von der »Überlegenheit der deutschen Rasse«, vom »Volk ohne Raum« unter die Leute. Feindselige »Vaterlands«-Parolen schürten Nationalismus und Chauvinismus.

Karl Liebknecht trug auf dem Weg zu den Parlamentsstätten stets Notizen, Pressemitteilungen, Statistiken, Verlautbarungen von Freund und Feind mit sich. Aus diesem Wust von Materialien, die er oft unter den Arm geklemmt hatte, fischte er meist im richtigen Augenblick rasch das Wichtigste heraus. So auch für seine Rede am 18. April 1913, als er zunächst einige Bemerkun-

gen zur Jugendpolitik und zur rechtlichen Regelung der Duellfrage vortrug und dann die brisanten Tatsachen über die Machenschaften des Krupp-Konzerns unterbreitete: »In einer Zeit, in der in der ›Kreuz-Zeitung‹ ein Regierungsrat schreiben konnte: ›Herr, gib uns wieder Krieg!‹«, hob Liebknecht an; »in der die ›Konservative Korrespondenz‹ schreiben konnte: ›Ein Krieg käme uns gerade recht‹, in der Herr von der Goltz sagen konnte: ›Wenn es doch endlich einmal losginge!‹, in einer Zeit, die den gefährlichen Gedanken des Präventivkrieges durch die fortgesetzten Rüstungen geradezu provoziert«, sei es dringend geboten, auf einem bisher unterbelichteten Gebiet eine der Wurzeln der Kriegsgefahren bloßzulegen.⁸⁴ Sofort kam er auf die Praktiken der Rüstungsindustriellen zu sprechen: »Das sind dieselben Kreise, die die Zwietracht der Völker zu Gold münzen [...] Das sind dieselben Leute, für die Zwietracht zwischen den Völkern säen und schüren, gleichviel aus welchem Grunde, Geld verdienen heißt. Das sind dieselben Leute, deren Profit völlig unbeeinflusst ist von dem Anlaß eines Zwistes zwischen den Völkern und seinem Erfolge, bei denen die Höhe des Profits schlechthin proportional ist dem Grade der Zwietracht, des Hasses zwischen den verschiedenen Völkern [...] Mit diesem System muß ein Ende gemacht werden!«⁸⁵ Das hieße, zumindest die Firma Krupp und die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken dürften keinerlei Aufträge aus der künftigen Wehrvorlage bekommen und die gesamte Rüstungsindustrie müsse schleunigst verstaatlicht werden. Nur so könne eine Interessentenklasse ausgemerzt werden, deren Existenz eine ständige Kriegsgefahr, eine Wurzel des Rüstungswahnsinns und des Völkerzwistes darstelle. Diese Rede schockierte. Selbst Konservative konnten die Enthüllungen nicht ignorieren.

Der Kriegsminister von Heeringen behauptete zunächst, Karl Liebknecht habe die Sache übertrieben. Es sähe fast so aus, als traue er der Firma Krupp zu, europäische Geschichte zu machen oder gar Kriegskonflikte herbeizuführen. »Machen Sie keine faulen Witze!«, fiel Georg Ledebour dem Kriegsminister ins Wort, worauf er mit einem Ordnungsruf des Präsidenten zu rechtgewiesen wurde. Die Obstruktion der Sozialdemokraten animierte von Heeringen, die Zusammenarbeit des Kriegsministeriums mit dem Generalstab

84 Siehe GRS, Bd. VI, S. 259.

85 Ebenda, S. 267 u. 269 f.

bei der Vorbereitung der zur Beratung stehenden Heeresvorlage zu verteidigen und ein Hohelied auf die Firma Krupp und deren schon ein Jahrhundert währende Zusammenarbeit mit dem Heer vorzutragen. Georg Ledebour versuchte, Karl Liebknecht durch einen Geschäftsordnungsantrag ein zweites Mal den Weg zur Tribüne zu bahnen. Der Antrag scheiterte jedoch an der Mehrheit des Hauses.

Am folgenden Tage wagte es kein Redner, die »Ehre« des Rüstungskapitals direkt zu verteidigen. Karl Liebknecht ergriff erneut das Wort. August Bebel war mit dem Verlauf der ersten Beratungstage zufrieden. Er schrieb Heinrich Angst, dem britischen Generalkonsul in der Schweiz, am 21. April 1913, mit der letzten Militärvorlage sei der Höhepunkt erreicht, »weiter geht's nicht mehr, und daß es uns gelang, das Treiben der Rüstungsinteressenten schonungslos an den Pranger zu stellen u[nd] den ›Patriotismus‹ dieser Herren vor der ganzen Nation bloß zu stellen, ist ein gewaltiger moralischer Erfolg«. ⁸⁶

Im »Vorwärts« vom 21. April bekräftigte Karl Liebknecht in dem Artikel »Was ist? Was wird sein?« seine Anklage: »Brutal, robust, voll zynischen Hohns gegen alle Argumente und Methoden einer sozusagen feineren Gesittung, wie der Militarismus selbst, diese konzentrierte, systematisierte Roheit der Gewalttätigkeit – so ist die Rüstungsindustrie. Ungeheuerlich in ihren Kräften, unersättlich in ihren Ansprüchen, leidenschaftlich in ihrem Profitwillen. Gefüttert mit dem saueren Groschen der Armen, die sie in süße Millionen für Geldfürsten wandelt. Umflossen von dem Heiligenschein eines teils philisterhaften, teils marktschreierischen, teils in trüben Spekulationen entarteten ›Patriotismus‹, dessen heuchlerische Verächtlichkeit vielfach so weit geht, daß die Heuchelei aufhört, bewußt zu sein. Und nicht gedeihend bei Glück, Freiheit und Frieden der Völker, sondern bei Zwietracht, Kriegsgefahr, Krieg, die ihre Nahrung bilden: Je mehr Völkerhaß, um so mehr Profit.« ⁸⁷ Es sei fast stets nur durch einen Glückszufall möglich, »in das Geheimkabinett des Kapitalismus so hineinzuleuchten, wie es uns in den letzten Tagen und Wochen vergönnt war«. Wütend balle die Sippe der vaterlands-

86 Helmut Bley: Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung. 1910–1913, 2., erw. Aufl., Hannover 2014, S. 228.

87 GRS, Bd. VII, S. 297 f.

feindlichen Patrioten die Fäuste. Die Betroffenen seien mit viel Eifer bemüht, die ganze Angelegenheit zu verschleiern und wichtiges Belastungsmaterial verschwinden zu lassen.

Am 26. April appellierte Karl Liebknecht an die Abgeordneten: Vor aller Welt müsse mit Fingern auf jene Kapitalcliquen hingewiesen werden, deren Interesse und deren Nahrung der Völkerunfriede sei. Den Völkern müsse zugerufen werden: »*Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor dem äußeren Feinde, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem vor der internationalen Rüstungsindustrie.*«⁸⁸ Während die Sozialdemokraten lebhaft Beifall klatschten, taten die Konservativen und Nationalliberalen ihr Missfallen mit Zischen und Unruhe kund. An diesem Tag sprachen auch die Sozialdemokraten Eduard Bernstein, Bernhard Böhle, Oskar Cohn, Hugo Haase, Wilhelm Keil, Daniel Stücklen, Emanuel Wurm und Fritz Zubeil. Sie äußerten sich aber vorwiegend zu Spezialfragen. Nur Wilhelm Keil bekräftigte wesentliche Gedanken Liebknechts und richtete heftige Angriffe gegen die Regierung.

Im »Vorwärts« vom 27. und 28. April 1913 popularisierte Karl Liebknecht seine Enthüllungen im Artikel »Hokuspokus«. Er habe am 18. April über Krupp nackte, kalte Tatsachen berichtet. »Das Idol des Hurrapatriotismus, der im Nimbus einer schrankenlosen Gnade, ja Liebe der kaiserlichen Majestät verklärte Krupp, die Zierde und der Ruhm Deutschlands, der heiligste Nationalheilige, lag im Staub niederer kapitalistischer Menschlichkeit. Krupp der gehätschelte Liebling des Staats, des Kriegsministeriums, dieses täuschend, die Pest der Korruption systematisch in die deutsche Beamtenschaft, die deutsche Militärverwaltung, die deutsche Armee tragend! – Und in derselben Nacht kam der Krupp-Direktor Hugenberg nach Berlin gejagt.«⁸⁹

Weiteres Material über Bestechungen von Heeresangehörigen, die bei Krupp die Lieferung von Kriegsmaterial abnahmen, veröffentlichte der »Vorwärts« vom 5. und 9. Mai 1913. Im gleichen Monat erschien das Flugblatt »Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie.« Die gegnerische Presse versuchte krampfhaft, aus dem Krupp-Skandal einen »Fall Liebknecht« zu konstruieren. Karl Liebknecht wurde

88 GRS, Bd. VI, S. 296.

89 Ebenda, S. 372.

bezichtigt, durch maßlose Übertreibungen im Reichstag eine »Orgie des Antimilitarismus« veranstaltet zu haben. Eher werde daraus wohl »Der Fall Hugenberg«, konterte die »Leipziger Volkszeitung« am 26. April 1913. Genau das sollte jedoch verhindert werden. Wie sehr sich Hugenberg getroffen fühlte, zeigte nicht nur sein sofortiges Erscheinen in Berlin, sondern auch seine telegrafisch verbreitete Erklärung, die die Zeitung glossierte. »Die Genossen sind wirklich fast so weit, daß sie ihre neue ›proletarische Moral‹ der großen Masse der bürgerlichen Welt aufzwingen [...] Welche Moral aber vertritt Herr Hugenberg? Die Moral, wonach es gestattet sein soll, für private Zwecke der Firma Krupp geheime Dokumente zu stehlen? Die Moral, wonach es gängig ist, bei Lieferungen für den Staat diesen Staat zu bestehen, um ihn dann erfolgreich bewuchern zu können? ›Lappalien‹, erklärt der Herr Geheimrat. Waren es auch Lappalien, als nachgewiesen wurde, daß die Firmen Krupp und Stumm bei den Lieferungen von Panzerplatten das Deutsche Reich um Millionen und aber Millionen bewuchert haben?« Später äußerte Hugenberg, Karl Liebknecht habe ihm durch die Anzettelung »des sogenannten *Krupp-Prozesses* nebst Rüstungskommission und dgl. die Zeit und Bewegungsfreiheit« für eine zügige »›wirtschaftliche Mobilmachung«« genommen.⁹⁰

Hellmuth v. Gerlach empfand es als einen »wahren Segen«, dass es Sozialdemokraten wie Karl Liebknecht gab. Bertha v. Suttner schrieb: »[...] wie die internationale Waffenindustrie das Schüren nationaler Furcht- und Trutzgefühle betreibt, um den Absatz der vertrusteten Mordware zu sichern, das hat der Abgeordnete Liebknecht dokumentarisch aufgedeckt. In Pazifistenkreisen wurde schon längst auf das Bestehen des über alle Landesgrenzen verzweigten Kriegssyndikats hingewiesen; [...] aber natürlich dringen die Lehren und Warnungen der Friedensliteratur nicht so weit in die Öffentlichkeit wie solche im Parlament vorgebrachte sensationelle Enthüllungen.«⁹¹

Auch namhafte Pazifisten wie Kapitänleutnant Hans Paasche oder Kavallerieoffizier Kurt von Tepper-Laski sympathisierten mit Karl Liebknecht. Sie

90 Geschäft und Politik Hugenbergs. Sonderausgabe 4 der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz, Berlin, 20. Oktober 1929, S. 5. Zit. nach Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 3, Berlin 2004, S. 552.

91 Sturm läutet das Gewissen, Berlin 1980, S. 256.

erneuerten wie Bertha von Suttner ihre Proteste gegen das Wettrüsten und unterbreiteten Ideen, wie die Beziehungen der Völker durch die Macht des Geistes statt durch die Schärfe des Schwertes geregelt werden sollten. Die einen forderten die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, andere hofften, Diplomaten und Regenten der europäischen Großmächte zum friedlichen Interessenausgleich bekehren zu können.

In der sechsteiligen Artikelfolge Rosa Luxemburgs über »Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage« in der »Leipziger Volkszeitung« vom Juli 1913 ging es hauptsächlich darum, die durch Beschluss der Fraktionsmehrheit erzwungene Zustimmung zur Deckungsvorlage für die Militärvorlage zu kritisieren. Sie sah darin zu Recht eine Preisgabe des Prinzips »diesem System keinen Mann und keinen Groschen«. Noch immer hatte sie aber Karl Liebknecht nicht genauer im Blick, obwohl er zu den 37 Abgeordneten gehörte, die sich gegen die Zustimmung zur Deckungsvorlage ausgesprochen hatten, und mit seinen Krupp-Enthüllungen ein Beispiel gab, wie zwischen den Bourgeois nach dem Anteil an den Kriegsvorbereitungen differenziert werden müsse. Karl Liebknecht wiederum, dessen Angriff sich schließlich gegen das Rüstungskapital richtete, war so auf seine Aktionen fixiert, dass er sich mit den Vorgängen in der Fraktion nicht speziell auseinandersetzte.

Sein »Feldzug gegen die Rüstungsindustrie und ihre friedensgefährdenden Tendenzen war nur zu berechtigt, was freilich damals nicht einmal die Partei richtig begriffen hatte, die in L's Vorgehen Eitelkeit und Sensationslust witterte«, schrieb Heinrich Ströbel am 14. Mai 1916 an Maximilian Harden.⁹² Dabei hätte Karl Liebknecht im Jahre 1913 jedwede Unterstützung gebrauchen können, denn die gegnerischen Verleumdungen überschlugen sich. Ein höherer Krupp-Beamter bat gar »den Genossen Liebknecht um Genugtuung mit der Waffe«.⁹³

Das parlamentarische Meisterstück war Liebknecht so gut gelungen, dass gegen einige der in den Skandal verwickelten Personen prozessiert werden musste. Vom 31. Juli bis zum 5. August 1913 fand der erste Krupp-Prozess statt und am 23. Oktober bis zum 8. November 1913 der zweite. Sie wurden zu einer Farce. »Was aufgedeckt werden sollte«, schrieb Bertha von Suttner,

92 BA Koblenz, N. 1062, Nr. 103, Bl. 15.

93 Vorwärts, 8. 9. 1913.

»die große internationale, mit Milliarden-Interessen die ganze Welt umspannende Zusammenarbeit von Waffenindustrie und hohen und höchsten Kreisen, das hat sich im Gerichtssaal in das Vergehen einiger subalternen Angestellter verwandelt, die über belanglose Fabrikationsdetails ein paar indiskrete Aufschlüsse gegeben hätten. Die eigentliche, unheimliche Frage von der Verbindung der Kriegsfurchtmache mit der Kriegswerkzeug-Industrie – die ist gar nicht zur Sprache gekommen.«⁹⁴ Karl Liebknecht war sich von vornherein darüber im Klaren gewesen, dass es der Klassenjustiz nicht um Wahrheitsfindung und Bestrafung der Schuldigen ging. Die Prozessführung und die offizielle Berichterstattung zeigten, erklärte er im »Vorwärts« vom 27. August 1913, wie begierig man »nach irgendeinem Mauselloch suchte, um aus der militaristischen Blamage zu entschlüpfen«.

Als er im zweiten Krupp-Prozess selbst als Zeuge vor das Landgericht I in Berlin-Moabit geladen wurde, denunzierte er den Überbringer der Geheimdokumente nicht. Vertraulichkeit und Verschwiegenheit waren für ihn auch vor Gericht Ehrensache. Vielmehr versuchte er weitere Enthüllungen darzulegen, Doch diese Aussagen wurden als nicht zum Verfahren gehörend erklärt. Schließlich seien nur zwei Personen wegen bestimmter Handlungen angeklagt, hieß es. Seine Vernehmung wurde zu einer Formsache heruntergespielt, nachdem man nicht hatte verhindern können, dass er überhaupt gehört werden musste.

Das Tauziehen um die parlamentarische Untersuchungskommission zeigte, dass die herrschenden Kreise alles darauf anlegten, Liebknecht zu isolieren. Vor allem sollte ihm untersagt werden, vor der Öffentlichkeit weitere Interna darzulegen. Der Reichskanzler und in seinem Auftrag Vertreter des Reichsamts des Innern versuchten in mehreren Vorverhandlungen, die sozialdemokratische Fraktion zum Verzicht auf die Mitgliedschaft Liebknechts in der parlamentarischen Untersuchungskommission bzw. Liebknecht zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Das gelang nicht. »Wird der gesamte Reichstag oder wenigstens seine gesamte Linke soviel Kraft und Mut haben, diesen unerhörten Übergriff zurückzuweisen?«, fragte die »Volksstimme«, Frankfurt (Main), am 10. November 1913 in ihrem Artikel »Der verhaßte Liebknecht«

94 Sturm läutet das Gewissen, S. 256.

skeptisch. Am 12. Dezember interpellierte Georg Ledebour vergeblich über die Ablehnung Liebknechts als Kommissionsmitglied. Aus Protest zog die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch den zweiten von ihr benannten Vertreter, Gustav Noske, zurück. Sie behielt sich weitere Schritte vor, die jedoch zu keinem Ergebnis führten.

Ein Jahr lang führte Karl Liebknecht mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln – internationaler Zusammenarbeit, Kundgebungen, Eingaben an den Kriegsminister, Parlamentsreden, Presseartikeln, Zeugenaussagen – einen entschiedenen Kampf gegen das Rüstungskapital. Damit rückte er schlagartig in den Mittelpunkt des Kampfes gegen die den Frieden in Europa aufs höchste gefährdenden Machenschaften der in Wirtschaft, Politik und Ideologie herrschenden Kreise Deutschlands und fand auch in anderen Ländern Anerkennung. Auf diesem Feld übertraf er das väterliche Vorbild und setzte für die parlamentarische Taktik Akzente von bleibender Bedeutung. Am Ende des Jahres 1913 zog er folgendes Resümee: »Kein Parlament, auch nicht das mächtigste, das über Gesetzgebung und Verwaltung ›gebietet‹ ist, von seiner Bedeutung als organisatorischer Faktor abgesehen [...] an und für sich selbst eine wesentliche Macht. Das Häuflein Deputierter ist eine Macht durch die realen außerparlamentarischen Mächte, die es repräsentiert. Solche realen Mächte sind vor allem a) die Menschen, b) die sachlichen Machtfaktoren [...]; kein Parlament repräsentiert mehr Macht, als diejenigen Teile des Volkes besitzen, von deren Vertrauen es getragen wird; die wesentliche Macht jedes Parlaments liegt außerhalb des Parlaments.« Politik heißt Interessenvertretung, »da gibt es kein Überreden und kein Überzeugen, da gibt es nur Machtkampf [...] um das Vertrauen, um die ›Seele‹ der Träger der außerparlamentarischen Macht – das ist der Kern jedes parlamentarischen Ernstkampfes...«⁹⁵

Auf dieser Grundlage betätigte sich Karl Liebknecht als immer wieder Aufseher erregender Parlamentarier, bis ihm unmittelbar nach seiner Verhaftung am 1. Mai 1916 die Immunität genommen wurde. Er nahm an der Berner Konferenz im Mai 1913 teil, auf der sich mit ihm 156 sozialdemokratische und bürgerliche Parlamentarier aus Deutschland, dem Elsass und aus Frank-

95 GRS, Bd. VI, S. 407 f., vgl. auch Bd. IX, S. 366 ff.

reich gegen chauvinistische Kriegshetze und für die Beilegung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte aussprachen.

Seit 1910/1911 war er Mitglied des »Komitees Konfessionslos« und trat 1913 u. a. mit Prof. Dr. Wilhelm Ostwald als Redner auf einer Großkundgebung in der »Neuen Welt« in der Hasenheide auf. Die von Freidenkern getragene Kirchenaustrittsbewegung mit Boykott gegen die dem preußischen Staat dienende Landeskirche respektierte er. Den politischen Kirchenboykott verstand er jedoch ausschließlich als ein Mittel im Kampf gegen die Staatskirche und gegen den preußischen Staat. In seiner Achtung vor Weltanschauungsfragen waren für ihn Religion und Kirche zweierlei. Die Religionen wie die Religiösität der Menschen betrachtete er als unangreifbar.

Als Karl Liebknecht erfuhr, dass die Amnestie, die Zar Nikolaus II. 1913 anlässlich des 300. Herrschaftsjubiläums der Romanows erließ, politische Gefangene und Verbannte ausschloss, ergriff ihn große Empörung. Zusammen mit Wilhelm Buchholz, Minna Cauer, Oskar Cohn und Bernd Kampffmeyer sorgte er für einen zündenden Aufruf »Für die politischen Gefangenen Russlands«. Weit über 500 Schriftsteller, Künstler, Musiker, Wissenschaftler, Universitätsprofessoren, Pastoren sowie Politiker und Parlamentarier bürgerlicher Parteien unterschrieben die Protesterklärung vom 25. November 1913 gegen die fortgesetzten Gräueltaten in den russischen Gefängnissen. In Deutschland erschien der Aufruf im »Vorwärts«, im »Berliner Tageblatt«, in der »Frankfurter Zeitung«, in der »Vossischen Zeitung« und in anderen bürgerlichen Blättern, in Frankreich in »L'Humanité«, in England im »Manchester Guardian« und »Daily Citizen« und in den Niederlanden in »Het Volk«. Zum ersten Mal wurde eine von Sozialdemokraten initiierte politische Aktion gegen die brutale Verletzung von Menschenrechten im zaristischen Russland so breit in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Noch im November 1913 bildete sich der »Deutsche Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Russlands«. Dazu hatte vor allem der in Paris lebende Russe Alexander Stein angeregt. Karl Liebknecht gehörte neben Eduard Bernstein, Alfred Blaschko, Oskar Cohn und Hugo Heinemann dem vielköpfigen Beirat an, in dem das Bürgertum durch Lujo Brentano, Hellmut v. Gerlach, Gustav Radbruch und Theodor Heuss vertreten war. Im Vorstand wirkten Minna Cauer, N. H. Witt, Eduard Fuchs, der Bankier Hugo Simon, Graf Georg v.

Arco, die Schriftsteller Bernhard Kampffmeyer und Dr. Alfred Kerr, die Künstlerin Käthe Kollwitz, der Pfarrer Nithack-Stahn und Rittmeister a. D. Kurt v. Tepper-Laski. Der Verein war eine Art Vorläufer des »Bundes Neues Vaterland«.

Auch an der von der Zabernaffäre ausgelösten Protestbewegung gegen den Militarismus und für die Verteidigung der Rechte nationaler Minderheiten, d. h. der Elsässer, beteiligte sich Karl Liebknecht aktiv als Redner auf Kundgebungen in den Pharussälen und im Moabiter Gesellschaftshaus.

Durch seine Recherchen für eine Anklageschrift gegen die »Internationale der Rüstungsindustrie« und seine Arbeit als Verteidiger von Karl Richter am 20. Januar 1914 vor dem 6. Strafsenat des Berliner Landgerichts III kam er an neue Geheimdokumente. Karl Richter hatte als ehemaliger Angestellter in der Tokioter Filiale von Siemens-Schuckert Briefe gestohlen. Sie belegten, dass die Firma systematisch hohe japanische Offiziere und Staatsbeamte bestach, um ein Monopol für Lieferungen zu erlangen und Höchstpreise zu erzielen. Richter hatte das Unternehmen mit den Briefen erpresst. In seinem Bericht über die skandalösen Vorgänge während der Gerichtsverhandlungen im Preußischen Abgeordnetenhaus am 20. Mai 1914 führte er auch die Schlussbemerkung des Staatsanwalts an: »Wenn der Liebknecht uns nicht dazwischengekommen wäre, wäre die Sache längst vorbei gewesen«⁹⁶.

Von hasserfüllten Blicken begleitet, war Karl Liebknecht bereits am 11. Mai 1914 während der Beratung des Militäretats mehrmals zur Reichstagstribüne geschritten. Die Vorredner seiner Fraktion hatten sich speziellen Anliegen zugewandt. Albrecht und Thöne trugen z. B. die Wünsche der Schuhmacher und Schneider in der Militärbekleidungsindustrie vor, und der Abgeordnete Schulz regte an, die Soldatenbibliotheken neu zu gestalten, um die Schundliteratur aus den Kasernen zu verdrängen und den Soldaten das Kasernenleben erträglicher zu machen.

Der Kontrast zu Karl Liebknechts Auftritt hätte kaum größer sein können, denn er rollte »in einer großzügigen Rede erneut die ganze Frage der Rüstungskorruption auf [...] und verwies für die ausführliche Darstellung auf eine größere literarische Darstellung, die er unter der Feder hat«.⁹⁷ Diesen

96 GRS, Bd. VII, S. 380.

97 Vorwärts, 12. Mai 1914.

Kampf führe die internationale Sozialdemokratie in allen Ländern mit der gleichen Energie. In seinem Manuskript prangerte er an: »Das Rüstungskapital ist nicht nur vaterlandslos, das Profitinteresse geht ihm sogar über die politischen Prinzipien [...] Die Rüstungskapitalisten haben im Grunde ganz recht; man darf von der Krähe keinen Nachtigallenschlag verlangen: sie sind eben nichts als gewöhnliche Landsknecht, Condottieri des Profits.«⁹⁸ Erich v. Falkenhain, Generalmajor Adolf Wild v. Hohenborn, Matthias Erzberger, Theodor Liesching, Ernst Bassermann und andere führende Politiker der bürgerlichen Parteien bezichtigten ihn, die deutsche Wirtschaft, ja selbst die deutschen Arbeiter zu schädigen. Die französische Rüstungsindustrie werde von seinen Enthüllungen profitieren, und die deutsche Arbeitswelt werde den ganzen Schaden zu tragen haben, empörte sich der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger. Liebknechts Rede dürfe nicht unwidersprochen aus dem Hause hinausgehen. Öffentliche Reaktionen wie im Falle seiner Antikrupprede dürften sich nicht wiederholen.

Karl Liebkecht blieb die Antwort auf die Demagogie in den Reden seiner Gegner nicht schuldig. Sie sollten sich nicht einbilden, die Sozialdemokratie möchte einen Arbeiter arbeitslos machen. Statt in der Rüstungsindustrie würden sie für bessere Zwecke, für die Gesamtkultur nützlicher verwendet werden.

Neun Stunden dauerten an diesem 11. Mai 1914 die Reichstagsdebatten. Mit Unterstützung Georg Ledebours kam Karl Liebkecht mehrfach zu Wort. Erregt, jeden Zwischenruf gekonnt parierend, legte er vor den Abgeordneten sein schier unerschöpfliches Material dar. Er zeigte die Verbindung der Rüstungsmonopole zu den Großbanken auf, ihre Verflechtung mit der Sprengstoff-, Motoren- und optischen Industrie. Er gab Dutzende von Namen von Ministern, bürgerlichen Parlamentariern, Offizieren, Generalen und Admiralen preis, die in den Leitungsgremien der Rüstungskonzerne Sitz und Stimme hatten. Und er deckte auf, wie viele ausländische Kapitalisten den Aufsichtsräten der »patriotischen« Firmen der deutschen Waffen- und Sprengstoffindustrie, der Kriegswerften und Panzerplattenfabriken angehörten. Berechtigt das nicht, vom »Teufelstrust« des internationalen Rüstungskapitals, von einer

98 Zit. nach Erna Herbig: Über Karl Liebkechts unveröffentlichtes Fragment »Die Internationale des Rüstungskapitals«. In: Karl Liebkechts Vermächtnis für die deutsche Nation, Berlin 1962, S. 108.

»Kanoneninternationale in Reinkultur« zu sprechen? Er könne die Strukturen der »Rüstungsinternationale« belegen: »einmal insofern die einzelnen Rüstungsunternehmungen selbst international ausgestaltet sind [...], weiter insofern sich die einheimischen Rüstungsunternehmungen mit Kapital, mit Patenten usw. an ausländischen Rüstungsunternehmungen beteiligen und schließlich, indem die einzelnen deutschen Rüstungsunternehmungen sich den internationalen Verbänden, Kartells, Trusts usw. anschließen. Dazu tritt die Internationale des *Rüstungshandels* und die Internationale des Handels mit militärischen Konstruktionen, Patenten, Lizenzen, Erfindungen. Und schließlich die Internationale des Finanzkapitals in der Rüstungsindustrie, die gewissermaßen die Krönung bildet.«⁹⁹ Gestützt auf die Einblicke in die Affäre mit dem Siemens-Schuckert-Konzern griff er die Justiz- und Kriegsminister an. Mit Erzberger vom Zentrum kam es zu mehreren Rededuellen. Fortwährend durch Ordnungsrufe und die Glocke des Präsidenten unterbrochen, konnte er nicht alles darlegen, was er untersucht hatte. Auf der Suche nach anderen Wegen, um die schändlichen Praktiken der Rüstungsindustrie publik zu machen, wünschte er sich »nichts mehr, als daß ich wegen der Veröffentlichung dieses Materials angeklagt werde, Herr Justizminister! Ich hoffe, daß das geschehen und damit mir die Möglichkeit gegeben wird, all das in voller Öffentlichkeit einmal zu erörtern. Man hat bisher dergleichen in Deutschland nicht für möglich gehalten, meine Herren.«¹⁰⁰

Seine Untersuchungen erstreckten sich auf die Geschäftsgebaren der Rüstungskonzerne Krupp, Erhardt, Loewe, Goerz, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Daimler-Benz und Nobel-Dynamit AG. Eine außerordentliche Expansion dieser großen Unternehmungen sei eine Signatur der letzten Jahre. Die Mordindustrie schieße in die Halme bei der verfluchten Witterung nach Blut, die die Atmosphäre überziehe. Und die Rüstungsfirmen arbeiteten zusammen, »um Geld zu münzen aus dem Völkermord«. Er hielt fest: »Die Waffen- und Munitionsfabriken und ihr Anhang in Deutschland sind mit österreichischen, belgischen, französischen und russischen Firmen zusammengeschlossen; sie haben den ganzen Erdball in Interessenssphären zur Exploitation unter sich verteilt. Wie sonst die Ausnutzung von Bodenschätzen

99 GRS, Bd. VII, S. 258.

100 Ebenda, S. 379.

Gegenstand von kapitalistischen Abmachungen ist, so hier die Ausbeutung des Völkerhasses [...] Sie garantieren sich gegenseitig das Recht auf diese Ausbeutung, die Möglichkeit, in der jeweiligen Interessenssphäre den Krieg und seine Vorbereitungen in Entreprise zu nehmen, und unterstützen einander, auf daß der Weizen der Rüstungsindustrie immer weiter blühe und Früchte trage [...] Diese Räubergesellschaft ist eben international wie die Räubermoral. Sie ist einfach eine Eigenschaft der hochkapitalistischen, imperialistischen Weltentwicklung.«¹⁰¹ Er enthüllte, welche Stellung die in Aufsichtsräten und Direktorien sitzenden Personen im Staat, in der Armee und in der Flotte sowie in den Parlamenten innehatten und dass Wirtschaft und Politik immer enger miteinander verquickt waren.

Das Vorhaben mit dem Buch wurde durch den Kriegsbeginn unterbrochen und nicht wieder aufgenommen. Schlagartig trat eine völlig neue Situation ein. Der Signalwirkung seiner Antikriegshaltung waren durch den Belagerungszustand, die Gestellungsbefehle an viele Sozialdemokraten und die Zensur krasse Grenzen gesetzt. Das traf auf die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Fraktion am 3. und 4. August 1914 zu, auf sein allein gebliebenes Nein am 2. Dezember 1914, auf das Zustandkommen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und seine verschiedenen Versuche zur Entfaltung einer Antikriegsbewegung bis zum 1. Mai 1916 zu.

Anfragenfeldzug 1915/1916

Am 20. August 1915, als im Reichstag die vierte Kriegskreditvorlage zur Abstimmung vorlag und Karl Liebknecht diese wiederum als Einziger ablehnte, stellte er das erste Mal eine Kleine Anfrage. Sie lautete: »Ist die Regierung bei entsprechender Bereitschaft der anderen Kriegführenden bereit, auf der Grundlage des *Verzichts auf Annexionen* aller Art in *sofortige Friedensverhandlungen* einzutreten?«¹⁰² Zornig hatte er die Aufforderung von Parteivorstand, Parteausschuss und Reichstagsfraktion abgelehnt, seine Anfrage zurückzuziehen, weil sie keinen Sinn habe und die Sozialdemokratische Partei

101 Zit. nach Erna Herbig: Über Karl Liebknechts unveröffentlichtes Fragment »Die Internationale des Rüstungskapitals«. In: Karl Liebknechts Vermächtnis für die deutsche Nation, Berlin 1962, S. 105 und 110.

102 GRS, Bd, VIII, S. 297.

unnötig bei der Regierung in Misskredit bringe. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow verweigerte die Antwort. Im Hohen Haus prasselten auf Karl Liebknecht ironische Zurufe und Hohngelächter ein. Er jedoch folgte, Herrn v. Jagows »Bekanntnis« bestätigten die Friedensfeindlichkeit der Herrschenden und die Uneinsichtigkeit der »Burgfriedenspolitik« in der Sozialdemokratie. Ungeachtet der Widerstände wolle er auch künftig als einzelner Abgeordneter Kleine Anfragen stellen, um allmählich Mitstreiter unter den oppositionellen Fraktionskollegen zu gewinnen. Er müsse zwar mit einer Verschwörung des Verschweigens und der Entstellung durch seine auf Eduard Davids Leitsätze zum Krieg eingeschworenen Gegner leben, fühle sich aber in dieser »Einsamkeit« mit seiner Neinstimme und der Kleinen Anfrage weder unsicher noch unglücklich. Es sei auf jeden Fall richtig und für ihn unumgänglich gewesen, schrieb er an Clara Zetkin.¹⁰³ Er erhielt nicht wenige Glückwünsche zu seiner konsequenten Haltung.

In seinem Artikel »Antimilitarismus« zum Jahrestag des Kriegsausbruchs, der unter dem Pseudonym »Implacabilis« (Unversöhnlich) in der Zeitschrift »Jugend-Internationale« in Zürich im September und Dezember 1915 erschien, bilanzierte Karl Liebknecht: »Tötung, Verstümmelung, Erkrankung, Verseuchung von Millionen der kräftigsten Männer; Ausrottung der Menschenblüte Europas; moralische Rebarbarisierung der Völker; Verwüstung geheiligter Kulturschöpfungen von Generationen; Verschleuderung Hunderter von Milliarden; Dezimierung des von der Vergangenheit gespeicherten gesellschaftlichen Reichtums zu Lasten der Zukunft; Teuerung; Hungersnot; eine Sintflut von Kummer und Tränen; ein endloser Gespensterzug trauernder Mütter und Väter, Witwen und Waisen.«¹⁰⁴ Er hielt weiter an dem Gedanken der Regenerierung und Reaktivierung der deutschen Sozialdemokratie fest, die als Organisation seit Beginn des Krieges versagt hatte. Einzelhandlungen standen angesichts dessen vornan im Forderungskatalog. »Der erste Anstoß ruht stets beim einzelnen oder mehreren einzelnen; seine oder ihre Initiative ist das Signal für andere, und deren Eingreifen das Signal für die übrigen. Ein Funke ist's, der zündet, wenn auch erst der Brand der entzündeten Massen die Feu-

103 Siehe RGASPI, Moskau, f. 528, op. 2, d. 358.

104 GRS, Bd. VIII, S. 266.

ersbrunst bildet.«¹⁰⁵ Seit seinem »Nein!« am 2. Dezember 1914 hatte er genug erfahren müssen, wie stark die Kriegführenden die Wirkung individueller Auffassungen und Handlungen gegen den Krieg zu minimieren verstanden. Seine Gedanken von Spontaneität des Einzelnen und der Massen umschlossen: »Spontaner Parallelismus von Empfindungen, Gedanken, Zielen, Forderungen, Taten; spontan erwachsende Koaktion, Kooperation bilden die wichtigste Grundlage, die einzige Dauergewähr des künftigen Sieges.«¹⁰⁶

Karl Liebknecht war, allen Widerständen zum Trotz, entschlossen, solange wie möglich einen regelrechten Anfragenfeldzug zu führen. Seit er ab November 1915 im Reservelazarett in Berlin-Schöneberg lag, war er hauptsächlich mit den Anfragen beschäftigt. Seine Stube verwandelte sich für kurze Zeit in ein Korrespondenzbüro. Briefe und Telegramme häuften sich. Boten vom Reichs- und Landtag brachten Unterlagen. Seine Sendungen mit Appellen und Kritiken wurden hinausbefördert. Franz und Eva Mehring zählten neben den Angehörigen zu den häufigsten Besuchern und standen ihm beratend zur Seite. Seine Aktion wurde durch illegale Schriften unterstützt, so durch Hermann Duncikers »Annexionswahnsinn«, Julian Marchlewskis »Leitsätze zur Friedensfrage« und »Wer hat die Schuld am Kriege?« sowie durch das Flugblatt »Ein Ende dem Winterfeldzug!«.

Die Anfragen verhießen im parlamentarischen Kampf keine großen Erfolge. Aber sie mussten dennoch immer wieder gestellt werden, weil der einzelne Abgeordnete sich dadurch eine Wortmeldung erkämpfen könne. Eine Interpellation könne nach der Geschäftsordnung nur von einer größeren Anzahl von Abgeordneten eingebracht werden, eine Rede stets verhindert werden, wenn die Fraktion oder die Mehrheit es will. Wie bei der ersten Anfrage im August 1915 musste Karl Liebknecht mit Gegnerschaft in allen Leitungsgremien der Partei und mit Unverständnis bei Fraktionskollegen rechnen. Folglich bemühte er sich, unter anderem Wilhelm Dittmann, Otto Rühle und Hugo Haase für die Unterstützung seiner Anfragentaktik zu gewinnen. Eile war geboten, denn ihm drohten ein militärisches Strafverfahren und der Verlust der Abgeordnetenimmunität. Der Fraktionsvorstand sandte Hugo Haase zu ihm

105 Ebenda, S. 272.

106 Ebenda, S. 393.

ins Lazarett, um ihn von neuen Anfragen abzubringen. Seine Kleinen Anfragen unterminierten angeblich das Vorhaben der Fraktion. Sein ärgster Widersacher, Eduard David, resümierte nach den Fraktionssitzungen vom 24. bis 27. November 1915: »Hohn auf die Fraktion [...] Ein Mann bietet hundert Trotz. Respekt vor der inneren Kraft dieser Persönlichkeit; was wäre sie uns wert, wenn auf unserer Seite.«¹⁰⁷ Mit Esprit entledigte sich Karl Liebknecht seines Zornes über die Fraktionsmehrheit. Nicht minder habe sich die Minderheit zum Gespött gemacht.

In einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstages vom 1. Dezember 1915 pochte Karl Liebknecht auf sein geschäftsordnungsmäßiges Anfragerrecht und beschwerte sich über die Ablehnung der für ihn wichtigsten Anfrage: »1. Ist der Regierung bekannt, daß die Masse des deutschen Volkes in und außerhalb der Armee – ähnlich der Bevölkerung der übrigen kriegführenden Länder – dringend fordert: daß ihr die Schrecknisse eines neuen Winterfeldzuges erspart werden und dass gegenüber diesem Ziele alle Eroberungspläne und alle kapitalistischen Rücksichten schlechthin zurückzutreten haben? 2. Was hat die Regierung bisher zur Erfüllung dieser Forderung getan? 3. Ist die Regierung bereit, dieser Forderung wenigstens noch in letzter Stunde zu genügen?«¹⁰⁸

Die »Berliner Neuesten Nachrichten« verunglimpften am 2. Dezember 1915 sein Vorgehen als »warnendes Fanal draußen am Kreuzweg der äußersten Linken«. Nur »ausnahmsweise« nehme man von dem Herrn Abgeordneten Liebknecht Notiz, »der es scheinbar gar nicht lassen kann, zwischen der Eitelkeit hohen Spiegeln auf und ab zu spazieren, und den der Vorwurf herostratischen Tuns auch dann nicht zu zügeln vermag, wenn er ihm aus den Kreisen der eigenen Parteigenossen in die Ohren dröhnt. [...] Jung-Liebknecht freilich wird unbelehrbar bleiben, solange nicht alles Spiegelglas auf der Erde in kleinen Scherben liegen wird. Aber als Kraft, die das Böse will, und doch das Gute schaffen kann, sollte er genutzt werden.«

Kurz danach informierte Karl Liebknecht am 5. Dezember 1915 alle Reichstagsmitglieder über die Ablehnung seiner Anfrage zum Winterfeldzug

107 Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David, 1914 bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Düsseldorf [1966], S. 145.

108 GRS, Bd. VIII, S. 413.

durch den Reichstagspräsidenten und die Mehrheit des Seniorenkonvents am 30. November. Die Denkschrift über die Zensur und die Geschäftsordnungskniffe gegen die Kleinen Anfragen enthielt seinen Briefwechsel mit dem Reichstagspräsidenten vom 10. November bis 5. Dezember 1915. Eine zweite Denkschrift vom 5. Dezember mit Dokumenten über militärgerichtliche Verfolgungen belegte den mehrfachen Bruch seiner Immunität. Sämtliche Abgeordneten sollten sich herausgefordert fühlen, zur Unterwerfung des Reichstags unter die Diktatur des Generalstabs Stellung zu nehmen.

Otto Rühle informierte Liebknecht detailliert über den »Mordskrach« in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der die heftigsten Kämpfe um die Interpellation tobten »Ebert tobte u. paukte die Einheit, Einheit der Partei. [...] Dabei weicht die Linke zusehends zurück. Für ein selbständiges Vorgehen entgegen dem Mehrheitswillen würden kaum 12–15 Mann sein. Die übrigen starben den Tod der Fraktionsdisziplin. Das ist das Letzte, das endgültige Fiasko der Opposition.«¹⁰⁹

Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg ergriff im Reichstag am 9. Dezember 1915 das Wort zur Lage Deutschlands im Kriege. Während sämtliche Abgeordneten die Friedensheuchelei der deutschen Kriegspartei eher befangen als feierlich gestimmt über sich ergehen ließen, machte sich Karl Liebknecht mit empörten Zwischenrufen bemerkbar. Zentrumsführer Spahn verlas eine gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Parteien zu den Kriegszielen. Philipp Scheidemann unterbreitete die »Friedens«-Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die mit Fraktionszwang durchgesetzt worden war. Darin wurde die Regierung lediglich gefragt, unter welchen Bedingungen sie zur Aufnahme von Friedensverhandlungen bereit sei. Alle waren über Karl Liebknechts Aufbegehren empört. Ein Schlussantrag der bürgerlichen Vertreter vereitelte sein Auftreten in der Interpellationsdebatte. Geschickt vermochte er jedoch noch an diesem Tage eine Geschäftsordnungsdebatte zu entfachen, in der er das Recht auf Anfragen meisterhaft verteidigte und gegen den neuen Winterfeldzug protestierte.

Am 14. Dezember 1915 konnte Karl Liebknecht endlich von der Tribüne aus seine Anfragen stellen: »Weiß die Regierung«, ist im Reichstagsprotokoll

109 SAPMO-BArch, NY 4001/44, Bl. 183 ff.

festgehalten, »in welcher schwerer wirtschaftlicher Not sich die Masse des Volkes infolge des Krieges, der Gewinnsucht kapitalistischer Interessengruppen und des Versagens der Regierung befindet? – Ist die Regierung endlich bereit, zur Steuerung dieser Not bei energischer Steigerung der allgemeinen Kriegsfürsorge ohne weiteres Zögern unter Beiseiteschiebung aller Sonderinteressen die erforderlichen Schritte zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Heizung, Beleuchtung) zu tun, und zwar durch Regelung der Produktion nach den Interessen der Allgemeinheit, durch Beschlagnahme der Vorräte und ihre gleichmäßige Verteilung auf die Gesamtbevölkerung, so zwar, daß sie den Bedürftigen bei einfachster und weitherzigster Prüfung der Bedürftigkeit, unter scharfer Anspannung öffentlicher Mittel, aber unter grundsätzlicher Ausschaltung der Armenfürsorge auf diesem Gebiete, kostenlos oder zu leicht erschwinglichen Preisen in ausreichender Menge zur Verfügung stehen?«¹¹⁰ Als die Beantwortung durch den Regierungssprecher abgelehnt wurde, erbat sich Karl Liebknecht das Wort zur Ergänzung, die als nicht erlaubte neue Anfrage abgelehnt wurde. Eine zweite Ergänzung zur Anfrage wurde wiederum im Namen des Reichskanzlers abgelehnt. »Das wird das Volk verstehen!«, war Liebknechts letztes Wort dazu.

Hermann Duncker schrieb am 16. Dezember aus dem Felde an seine Frau: »Ich hörte heute schon von zwei mir unbekanntem Kameraden: ›Ja, die Fragen von Karl Liebknecht waren das Richtige, und man kann sich denken, warum die Regierung nicht antworten wollte. Gerade da hätten wir Antworten hören sollen usw.‹ Die Abschüttelung von Liebknecht wird überall bitter empfunden. Soweit so gut. Die Minderheit soll sich im übrigen begraben lassen. Skandalös, zu schweigen!«¹¹¹ Seine Frau hielt es für angemessener, dass sich die radikale und gemäßigte Opposition zu gemeinsamem Handeln verband, als sich zur Freude der Gegner zu zerstreiten. »Da sind natürlich wieder von beiden Seiten grobe Fehler gemacht worden. K[arl Liebknecht] geht in s[einem] Reklamebedürfnis über jedes zulässige Maß hinaus, und die anderen sind so er-

110 GRS, Bd. VIII, S. 432 und 434.

111 »Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten.« Briefwechsel zwischen Käthe und Hermann Duncker 1915 bis 1917. Hrsg. von Heinz Deutschland, Bonn 2005, S. 41.

bittert über verschiedene Wortbrüche usw., daß man nicht mit ihnen reden kann. Hier haben Georg [Ledebour] und Joseph [Herzfeld] scheint's (wenn man ihnen glauben darf) zu vermitteln versucht. [...] K[arl Liebknecht] wollte einige Anfragen einreichen und damit die geplante ›große‹ Aktion der Min[derheit] arg stören.«¹¹²

Am 21. Dezember 1915 entschlossen sich 19 oppositionelle Sozialdemokraten, mit Karl Liebknecht gegen die Bewilligung weiterer Kriegskredite zu stimmen. Es waren Eduard Bernstein, Wilhelm Bock, Otto Büchner, Oskar Cohn, Wilhelm Dittmann, Friedrich Geyer, Hugo Haase, Alfred Henke, Joseph Herzfeld, Georg Horn, Fritz Kunert, Georg Ledebour, Otto Rühle, Theodor Schwartz, Arthur Stadthagen, Wilhelm Stolle, Ewald Vogtherr, Emanuel Wurm und Fritz Zubeil. Sie begründeten ihren Schritt damit, dass im gegebenen Moment die deutschen Grenzen gesichert wären. Diesen Standpunkt betrachtete Karl Liebknecht als inkonsequent, so erfreulich und wertvoll die Abstimmung auch war. Das »Gebot der Stunde«, schrieb er noch am selben Tag an Eduard Bernstein, sei doch vielmehr, eine wirklich konsequente, unerbittliche Opposition im Reichstag, und zwar gegen den Willen der Fraktionsmehrheit, aufzubringen. Nur wenn sich die Abstimmung durch die künftige Politik »als Kundgebung des entschlossenen Willens zur Aufnahme des Klassenkampfes, zur grundsätzlichen Zerstörung des parlamentarischen Burgfriedens« erweise, »wird sie mehr sein als eine ›schöne Geste‹«¹¹³

Für weitere Anfragen im Januar 1916 erhielt Karl Liebknecht von den »Dezembermännern« keine Unterstützung. Er klagte darin die Unterdrückung Hunderttausender Armenier durch die mit Deutschland verbündete Türkei an, forderte Informationen über die Lage der Bevölkerung in den von Deutschland besetzten Gebieten und prangerte die politischen und sozialen Auswirkungen des Belagerungszustandes auf die Menschen in Deutschland an. Aber immer und immer wieder versuchte man ihn der Lächerlichkeit preiszugeben. Seine Fragen wurden nicht beantwortet. Der am 11. und 12. Januar 1916 tagende Seniorenkonvent nahm Karl Liebknecht endgültig das Anfragenrecht. Mit aller politischen Entschiedenheit lehnte er sich noch mehrmals gegen die Knebelung auf und erklärte schließlich am 18. Januar: »Meine Herren, ich

112 SAPMO-BArch, NY 4445/132, Bl. 273.

113 IISG Amsterdam, NL E. Bernstein, D 410a.

ziehe vor, von Ihnen Landesverräter und wer weiß was sonst gescholten zu werden als Ihren Beifall zu finden, wie gewisse Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. [...] Meine Herren, durch Ihr Verhalten beweisen Sie nur, daß Sie die Wahrheit scheuen – (Glocke des Präsidenten. Große Unruhe und Lachen.)«¹¹⁴

Durch die Reichstagsprotokolle und Journalisten, so sie es wagten, darüber zu berichten, konnte Karl Liebknechts Anfragenfeldzug als ein kühnes Friedensengagement wahrgenommen werden. Er widerlegte den Einwand, »es sei von vornherein sicher gewesen, daß die Regierung nicht antworten oder durch nichtssagende Antworten den Zweck der Frage vereiteln würde; daher sei es überflüssig zu fragen« im Politischen Brief der Spartakusgruppe vom 27. Januar 1916. Zur Reaktion auf seine Anfrage vom 14. Januar 1916 erklärte er z. B.: »Die türkische Regierung hat ein furchtbares Gemetzel unter den Armeniern angerichtet; alle Welt weiß davon und – in aller Welt macht man Deutschland dafür verantwortlich, weil in Konstantinopel die deutschen Offiziere die Regierung kommandieren. Nur in Deutschland weiß man nichts, weil die Presse geknebelt ist. Auf diese Schandtaten hinzuweisen war ein Verdienst.«¹¹⁵ Und dann stellten sich »parlamentarische Klopffechter hin und behaupten, Liebknecht diskreditiere und gefährde die parlamentarischen Rechte! Ach nein! Das Verhalten des Reichstags beweist nur, daß der Deutsche Reichstag im Kriege sich zum Troßknecht der Generalstäbler herabgewürdigt hat [...] Leider haben auch Mitglieder der parlamentarischen Opposition sich an der Hetze gegen Liebknecht wegen der Kleinen Anfragen beteiligt, haben mit helotischem Eifer ihre Reisigbündel zu dem Scheiterhaufen geschleppt, auf dem der Frevler gegen den heiligen Parlamentarismus verbrannt werden sollte. [...] Der ungestüme Frager hat auf solche Weise den Parteigenossen durch sein Vorgehen auch in dieser Hinsicht gezeigt, wohin der Kurs geht.«¹¹⁶

Diese Vorgänge um die Kleinen Anfragen unterstreichen abermals den hohen Aktualitätswert von Erfahrungen und Erkenntnissen aus Karl Liebknechts parlamentarischem Kampf.

114 GRS, Bd. VIII, S. 446 f.

115 Ebenda, S. 462.

116 Ebenda, S. 462 f.

Nationalversammlungswahlen 1919

Einen I-Punkt setzte er als Parlamentarier noch einmal, indem er auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) um die Jahreswende 1918/1919 zusammen mit Rosa Luxemburg für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung focht. Aus fast zwanzig Jahren parlamentarischer Tätigkeit auf verschiedenen Ebenen und in völlig unterschiedlichen Situationen wusste er, auch die kleinste Möglichkeit im Wahlkampf wie im Parlament dürfe nicht missachtet, sondern müsse genutzt werden. Oft biete die geringste Handhabe eine Chance, Menschen über Ursachen und Ausweg aus Krisen bzw. Niederlagen aufzuklären und zum Aufbegehren gegen jedwede Ungerechtigkeit anzuregen. Es gehe bei der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung darum, die eigene Position vorzustellen und Stimmen zu gewinnen. »Schickt uns hinein«, appellierte Karl Liebknecht, »nicht damit wir dort parlamentarisieren, damit wir dort Vorteile ergattern, damit wir in irgendwelche Verhandlungen eintreten mit den Scheidemännern, wie von irgendeiner Seite gemeint worden ist, sondern damit wir mit Zähnen und Nägeln darin sitzen zur Vernichtung der Nationalversammlung«, hinter der sich 1918/1919 die Konterrevolution zu verschanzen suchte.¹¹⁷

Selbstverständlich werde das bei weitem wichtigste Mittel für Spartakus sein, betonte Karl Liebknecht in revolutionärer Hochstimmung, die nicht mehr den obwaltenden Machtverhältnissen entsprach, »die Massen bei ihren direkten Aktionen, die die Revolution geboren hat und die nimmer unterdrückt werden können, auf den Straßen, in den Fabriken zu unterstützen und voranzutreiben.«¹¹⁸ Nach wie vor focht er für in den Massen verwurzelte und aktiv tätige Arbeiter- und Soldatenräte. Aber der Ruf nach einer Nationalversammlung und die Aussicht auf eine Republik hätten in der Öffentlichkeit einen so hohen Stellenwert erhalten, dass es verfehlt sei, dem Wahlkampf fernzubleiben und ihn nicht für außerparlamentarische Aktionen zu nutzen. Doch die Delegierten entschieden sich mit 62 gegen 23 Stimmen gegen die Beteiligung am Wahlkampf für eine Nationalversammlung. Niemand möge sich durch die Hetze der bürgerlichen Presse gegen diesen Beschluss nervös

117 Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 30. Dezember 1918–1. Januar 1919, 2. erw. Aufl., Berlin 1985, S. 139.

118 Ebenda, S. 138.

machen lassen, riet Liebknecht am nächsten Tag. »Wir haben alle einstimmig beschlossen, den Casus nicht zur Kabinettsfrage zu machen und nicht tragisch zu nehmen«, schrieb Rosa Luxemburg an Clara Zetkin, die bestürzt reagiert hatte. Die Niederlage sei der vorübergehende Triumph eines etwas unausgegorenen Radikalismus. Die Spartakisten seien eben zu einem großen Teil eine frische Generation, »frei von den verblödenden Traditionen der ›alten bewährten‹ Partei«, und müsse mit Licht- und Schattenseiten genommen werden.¹¹⁹

Das Proletariat wünsche und brauche aber auf jeden Fall keinen Terror, stimmte Karl Liebknecht als Korreferent der Programmrede von Rosa Luxemburg zu. Allerdings müsse die revolutionäre Bewegung gerüstet sein, um den Widerstand der herrschenden Klassen niederhalten zu können. Noch bevor das alles bewerkstelligt werden konnte, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Schergen der Konterrevolution am 15. Januar 1919 bestialisch ermordet.

Mit der Schilderung des gefürchteten Rechtsanwalts und des rebellischen Parlamentariers sind zwei Tätigkeitsfelder aus Karl Liebknechts Biografie aufgegriffen worden, die er mit viel Respekt und großer Risikobereitschaft in seinem Wirken für die Linken in der deutschen Sozialdemokratie wirksam ausgesprochen hat. Darin vor allem widerspiegelt sich sowohl sein persönlicher Werdegang als auch sein Kampf für Demokratie und Gerechtigkeit, für Frieden und Völkersolidarität besonders konkret. Sein Vermächtnis auf diesen Gebieten weist reichlich ungeahnte Anregungen von aktuellem Wert auf, die möglichst in vielfältiger Art wahrgenommen und beachtet werden sollten.

119 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, S. 426.

Personenverzeichnis

- Angst, Heinrich 58
 Arco, Graf Georg von 65
 Baruch, Max 12
 Bassermann, Ernst 66
 Bauer, Gustav 33
 Bebel, August 8 9 12 19–21 41 53 58
 Bethmann Hollweg, Theobald von 72
 Bernstein, Eduard 47 59 65 74 75
 Bismarck, Otto, Fürst von 8
 Blaschko, Alfred 65
 Bley, Helmut 58
 Bock, Wilhelm 74
 Böhle, Bernhard 59
 Borchardt, Julian XVII
 Borgmann, Hermann 42
 Braun, Otto 48
 Brentano, Lujo 65
 Buchholz, Wilhelm 64
 Büchner, Otto 74
 Cauer, Minna 64 65
 Claß, Heinrich 56
 Coerrens, Martin 29
 Cohn, Oskar 13 53 59 64 65 74
 Crispian, Arthur 45
 David, Eduard 53 69 71
 Deutschland, Heinz 74
 Dißmann, Robert 45
 Dittmann, Wilhelm 33 53 71 74
 Drewitz, Otto von 54 55
 Duncker, Hermann 70 74
 Duncker, Käte 74
 Ebert, Friedrich 33 53 72
 Eccius, Otto 54 55
 Ehrhardt 68
 Einem, Karl von 17
 Eisner, Kurt 33
 Engels, Friedrich 12
 Erzberger, Matthias 66 67
 Falkenhain, Erich von 66
 Fischer, Richard 53
 Fricke, Dieter 48
 Friedlaender, James 13
 Fuchs, Eduard 65
 Gerlach, Helmut von 61 65
 Geyer, Friedrich 74
 Goerz 68
 Haase, Hugo 19 45 53 59 71 74
 Haenisch, Konrad 48 51
 Harden, Maximilian 26 27 62
 Heeringen, Josias von 54 58
 Heine, Wolfgang 53
 Heinemann, Hugo 65
 Heimann, Hugo 42
 Henke, Alfred 74
 Herbig, Erna 66 68
 Herz, Carl 51
 Herzfeld, Joseph 74
 Heuss, Theodor 65
 Hezel, Kurt 19
 Hirsch, Paul 42 45 48 49 51
 Hofer, Adolf 48
 Hoffmann, Adolph 41 42 45 48 49
 Holitscher, Arthur 53
 Horn, Georg 74

- Hue, Otto 48 49
Hugenberg, Alfred 55 60
Jacob, Mathilde 7
Jagow, Gottlieb von 69
Jagow, Traugott von 25 27
Jogiches, Leo 33
John, Matthias 41
Kampffmeyer, Bernhard 64 65
Kautsky, Karl 20 22 42
Keil, Wilhelm 59
Kerr, Alfred 65
Knaack, Rudolf 48
Kollwitz, Käthe 65
Krupp, Friedrich 54
Krupp von Bohlen und Halbach
(Krupp), Gustav 55 59–62 68
Kunert, Fritz 74
Land 14
Lassalle, Ferdinand 49
Ledebour, Georg 40 45 53 58 63 67
74
Leinert, Robert 42 43 48 49
Liebknecht, Curt 7
Liebknecht, Julia 8 9
Liebknecht, Nathalie 8 12
Liebknecht, Otto 7 8
Liebknecht, Robert (Bobbi) 8 9
Liebknecht (geborene Ryss), Sophie 8 9
13 18 26 30 32 42 43 XVIII XXX
Liebknecht, Theodor 7 8 12–14 24 30
53
Liebknecht, Vera 8
Liebknecht, Wilhelm 8 39 III
Liebknecht, Wilhelm (Helmi) 7–9 13
14 XXXII
Liesching, Theodor 66
Löbe, Paul 47
Loewe 68
Luxemburg, Rosa 7 9 26 28 32 47 61
76 77 XXXV
Marchlewski, Julian 70
Marßolek, Inge 14
Matthias, Erich 71
Maurenbrecher, Max 47
Max von Baden, Prinz 33
Mehring, Eva Anna Charlotte 70
Mehring, Franz (Franziskus) 11 70
Metzen von 54
Meurer, Christian 12
Miller, Susanne 71
Milz, Erna 8
Molkenbuhr, Hermann 53
Nikolaus II. 64
Nithack-Stahn, Walther 65
Noske, Gustav 53 63
Nothnagel, Martha 14
Olshausen, Philipp Justus von 17–21
Ostwald, Wilhelm 64
Paradies, Julia 7
Paradies, Louis 7
Paradies, Rosina 7
Paris, August 45
Paasche, Hans 61
Peluso, Elmonde 52
Radbruch, Gustav 65
Radek, Karl 78 202
Richter, Karl 65
Rosenberg, Curt 19
Rühle, Otto 71 72 74
Ryss, Sophie siehe Liebknecht, Sophie
Scheidemann, Philipp 33 53 73
Schelz-Brandenburg, Till 14
Schiel, Ilse 8
Schröder, Wilhelm 47

Schücking, Lothar Engelbert 47
Schulz, Arthur 47
Schwartz, Theodor 74
Schweiger, Robert 8
Simon, Hugo 65
Singer, Paul 8 41 45
Stadthagen, Arthur 41 45 74
Stein, Alexander 65
Steinberg, Hans-Josef 14
Stolle, Wilhelm 74
Ströbel, Heinrich 25–27 42 45 48 49 62
Stücklen, Daniel 59
Stumm 60
Südekum, Albert 53
Suttner, Bertha von 61 62
Trepper-Laski, Kurt von 61 65
Vogtherr, Ewald 74
Vollmar, Georg Heinrich von 53
Wild von Hohenborn, Adolf 66
Wilhelm II. 16
Winckler, Alexander XXVI
Wurm, Emanuel 41 45 53 59 74
Zetkin, Clara 7 28 69 77
Zubeil, Fritz 41 45 53 59 74

Ausgewählte Literatur zu Leben und Werk von Karl Liebknecht

Bibliografische Hilfsmittel

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg. Ein Auswahlverzeichnis der Schriften von und über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. [Verantwortlich: Heinz Gittig], Berlin: Gesellschaftswissenschaftliche Beratungsstelle der Deutschen Staatsbibliothek 1956, 62 S. (Schriftenreihe des Arbeitskreises der gesellschaftswissenschaftlichen Beratungsstellen an den dem Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstellten wissenschaftlichen Bibliotheken, H. 3.)

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg. Bibliográfia [Osszealliotta Katalin Lakos], Budapest: Fővárosi Szabó Ervin Könyvtár 1972, 35 S.

... leben wird unser Programm trotz alledem! – Karl und Rosa. Eine empfehlende Bibliographie, Programmvorschlag, Berlin: Berliner Stadtbibliothek [u. a.] 1983, 30 S. (Bibliothek aktuell 16.)

Karl Liebknecht – Rosa Luxemburg. Veröffentlichungen von und über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der DDR. Bibliographie. Zusammengestellt von Helga Kögler. Eingeleitet von Gabriele Schumacher, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED Bibliothek, Berlin 1988, 145 S., Ill. (Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 5.)

Karl Liebknecht. 13. 8. 1871–15. 1. 1919. Auswahl aus den Beständen der Bibliothek. [Bearb.: Margitta Jarling], Berlin: SAPMO, Bibliothek 2007, 7 S. (Bibliotheksbrief 11/2007.)

Karl Liebknechts Werke

Compensationsvollzug und Compensationsvorbringen nach gemeinem Rechte, Paderborn: R. Heydeck 1897, VII, 127 S.
[zugl. Diss., Univ. Würzburg 1897.]

Vorbehaltzahlung und Eventualaufrechnung nach heute geltendem und künftigem Reichsrecht, Berlin: Verlag von R. L. Prager 1899, XII, 217 S.

Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Leipzig: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft 1907, VII, 126 S.;
²1908, verm. Aufl., Zürich: Verlag der Buchhandlung des Schweizer Grütlivereins 1908, VII, 140 S.;
³1911; 1919, Berlin: A. Hoffmann, VII, 129 S., 2 Tafeln.

- Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht 1907 vor dem Reichsgericht. Verhandlungsbericht nebst einem Nachwort, Berlin: Buchhandlung »Vorwärts« 1907, 87 S.; [Neuaufgabe u. d. T.:] Der Hochverratsprozeß gegen Karl Liebknecht ... hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED], Berlin: Dietz Verlag 1957, 222 S., 7 Ill.
- Rechtsstaat und Klassenjustiz. Vortrag, gehalten zu Stuttgart am 23. August 1907, Stuttgart: Singer 1907, 30 S.
- Antimilitarismus und Hochverrat. Das Hochverratsurteil gegen Karl Liebknecht nebst einem kritischen Beitrag zur Naturgeschichte der politischen Justiz, Berlin: Buchhandlung Vorwärts 1908, 34 S.
- Das Zuchthausurteil. Wörtliche Wiedergabe der Prozess-Akten, Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts, Berlin-Wilmersdorf: Verlag der Wochenschrift »Die Aktion« (Franz Pfemfert) 1919, 168 S. (Politische Aktionsbibliothek); [elektr. Repr., Online-Ressource], Leipzig, Frankfurt am Main: Deutsche Nationalbibliothek 2016, urn: nbn: de: 101:1-201706118824 (Deutsche Bücherei: Weltkriegssammlung.)
- Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus. [Dieses Werk wurde unter Mitarbeit der Frau Karl Liebknechts herausgegeben von Franz Pfemfert], Berlin-Wilmersdorf: Verlag der Wochenschrift »Die Aktion« (Franz Pfemfert) 1919, 138 S., 9 Tafeln mit Abbildungen.
- Militarism and antimilitarism. With special regard tot he international young socialioist movement. [Transl. by A Sirnis], Glasgow: Socialist Labiour Press [1919], XV, 176 S., 1 Portr.
- Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917–1918. [Unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht hrsg., mit einem Vorwort und mit Anmerkungen versehen von Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf: Verlag der Wochenschrift »Die Aktion« 1921, X, 162 S. (Politische Aktions-Bibliothek, Bd. 10.)
- Reden und Aufsätze. Hrsg.: Julian Gumperz, [St. Petersburg]: Verlag der Kommunistischen Internationale; für Deutschland: Hamburg: C. Hoym Nachf. 1921, VII, 374 S.
- Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. [Aus dem wissenschaftlichen Nachlaß hrsg. von Dr. [Max] Morris], München: K. Wolff Verlag 1922, 367 S. – ... Neu hrsg. und mit einem Vorwort versehen von Ossip K[urt] Flechtheim, Hamburg: Hoffmann und Campe 1974, 281 S. (Hoffmann und Campe Kritische Wissenschaft); [Ausgabe in niederländischer Sprache] Baarn: Het Wereldvenster 1976, 321 S. – Thomas Schulze: Karl Liebknecht. Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Fragment, [Hrsg.:] Thomas Schulze, Frankfurt am Main [u. a.]: Peter Lang 1995, 379 S. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 20, Bd. 480.)

Lettres du front et de la géôle, 1916–1918. Trad. par Francis Treat et P. Vaillant-Couturier, Paris: Libr. de l'Humanité 1924, XXXVI, 203 S.; [Repr.:] Paris: Ed. du Sandre 2007 (Bibliothèque rouge.)

Karl Liebknecht. Mit Einleitung von Willi Münzenberg, Berlin: Neuer Deutscher Verlag 1926, 99 S. (Redner der Revolution, Bd. 9.)

Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze. Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED. Mit einer Rede von Wilhelm Pieck, Berlin: Dietz Verlag 1952, 551 S., 4 Faksimiles und Bildbelagen.

Gesammelte Reden und Schriften. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I–IX, Berlin: Dietz Verlag 1958–1988. (Die in der vorliegenden Darstellung aus den *Gesammelten Reden und Schriften* ohne Angabe des jeweiligen Titels zitierten Werke [z. B. GRS, Bd. IX, S. 395 f.] werden hier nochmals vollständig aufgeführt.)

Bd. I: September 1900 bis Februar 1907 [mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck], 1958, 68, 492 S. [4 Tafeln, 1 Titelbild, 5 Bilder und Faksimiles]; ²1983.

Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, S. 249–456.

Bd. II: Februar 1907 bis Februar 1910, 1960, 19, 512 S. [1 Titelbild, 7 Bilder und Faksimiles]; ²1985.

Rechtsstaat und Klassenjustiz. Bericht über einen Vortrag in einer Massenversammlung in Stuttgart, 23. August 1907, S. 17–42.

Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht vor dem Reichsgericht. Aus dem Prozeßbericht, S. 81–162.

Antimilitarismus und Hochverrat. Das Hochverratsurteil gegen Karl Liebknecht nebst einem kritischen Beitrag zur Naturgeschichte der politischen Justiz, S. 163–220.

Universitäten sind keine Drillanstalten. Rede zu einer Petition im preußischen Abgeordnetenhaus, 25. Juni 1909, S. 300–307.

Für die volle Immunität der Abgeordneten! (Begründung eines sozialdemokratischen Antrages im preußischen Abgeordnetenhaus, 23. Juni 1909, S. 272–281.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Preußens, Berlin, 3. Bis 5. Januar 1910. Zur Verwaltungsreform in Preußen, S. 342–424.

Bd. III: Februar bis Dezember 1910, 1960, 12, 540 S. [1 Titelbild, 2 Bilder und 1 Karten-Skizze]; ²1988.

Bd. IV: Januar 1911 bis Februar 1912, 1961, 15, 528 S. [1 Titelbild, 2 Bilder und 1 Faksimile].

Bd. V: Februar bis Dezember 1912, 1963, 21, 506 S. [1 Titelbild, 2 Bilder und 1 Faksimile]; ²1977; ³1987.

Bd. VI: Januar bis Dezember 1913, 1964, 17, 441 S. [1 Titelbild, 3 Bilder]; ²1974; ³1983.

Die Internationale des Rüstungskapitals. Reden im Deutschen Reichstag in der zweiten und dritten Lesung des Reichsheeresetats. I, 18. April 1913, Der Feind im eigenen Land, S. 258–270.

Zur Taktik im parlamentarischen Kampf, 11. Dezember 1912, S. 407–411.

Bd. VII: Januar bis August 1914, Militarizim, 24, 460 S.; ²1974 [Mit 3 Bildern und Faksimiles. Redaktion: Erna Herbig. Vorwort: Georg Adler]; ³1985.

Der Teufelstrust der internationalen Rüstungsindustrie. Reden im Deutschen Reichstag zur Beratung des Reichshaushaltsetats für 1914, S. 241–309.

Justizwillkür gegen Arbeiterorganisationen, Jugendbewegung und politische Gleichberechtigung (Reden im preußischen Abgeordnetenhaus zum Justizetat, 20. Mai 1914), S. 362–389.

Bd. VIII: August 1914–April 1916, 1966, 29, 655 S. [1 Titelbild, 8 Bilder und Faksimiles]; ²1972; ³1974; ⁴1982.

Antimilitarismus! Artikel, Anfang August 1915, S. 266–283.

Verzicht auf Annexionen – sofortige Friedensverhandlungen. Kleine Anfrage im Deutschen Reichstag, 20. August 1915, S. 297.

Änderungsvorschläge Karl Liebknechts zu dem Entwurf der Leitsätze der Gruppe Internationale, Anfang Dezember 1915, S. 383–400.

Denkschrift über die Kleinen Anfragen. Korrespondenz mit dem Direktor und dem Präsidenten des Deutschen Reichstages, 4. Dezember 1915, S. 404–418.

Der Anfragenfeldzug. Kleine Anfragen im Deutschen Reichstag, 14. Dezember 1915, S. 428–434.

Unter Zensur sechsfachen Grades. Reden zur Geschäftsordnung im Deutschen Reichstag. Iv. Persönliche Bemerkung, 18. Januar 1916, S. 446/447.

Liebknechts Kleine Anfragen, S. 458–463.

Bd. IX: Mai 1916–15. Januar 1919, 1968, 46, 734 S. [1 Titelbild, 15 Bilder und Faksimiles]; ²1971 (ergänzte Aufl.); ³1974; ⁴1982 [Leitung der Red. und Vorw.: Horst Schumacher], 51, 768 S.

Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und Eingaben Liebknechts, S. 5–262.

Militarizim i antimilitarizim. V svjazi s rassmotreniem internacional'nogo dviženija rabočeje molodeži, Moskva: Gozpolitizdat 1960, 189 S. (Bibliotečka po naučnomu socializmu 35.)

Liebknecht contra Rüstungskapital. Karl Liebknechts Kampf gegen Krupp, Imperialismus und Kriegsgefahr 1913/1914. [Ausgew., eingel. und mit Zwischentexten vers. von Werner Otto], Berlin: Dietz Verlag 1961, 110 S., 2 Ill. (Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse 3.)

Izbrannye reči, pis'ma i stat'i, Moskva: Gozpolitizdat 1961, 510 S.

Ausgewählte Reden und Schriften I. Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Böhme, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt; Wien: Europa Verlag 1969, XXVI, 318 S. (Politische Texte.)

Militarisme, guerre, révolution. Choix de textes et présentation de Claudie Weill, trad. de l'allemand par Marcel Ollivier, Paris: Maspéro 1970, 270 S. (Bibliothèque socialiste 17.)

Militarism and antimilitarism. With special regard to the international Young Socialist Movement. Transl. and with an introduction by Grahame Lock, Cambridge: Rivers Press 1973, XXXVII, 162 S.; [2]1980. – ... Transl., with a pref. by Alexander Sirnis. With a new introd. for the Garland edition by Marian A. Low, New York, London: Garland Publishing 1973, 19, XV, 176 S., 1 Portr. (The Garland Library of war and peace.)

Gedanke und Tat. Schriften, Reden, Briefe zur Theorie und Praxis der Politik. Hrsg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt am Main [u. a.]: Ullstein Verlag 1976, 260 S. (Ullstein-Bücher 3282.)

Gedanken über Kunst. Schriften, Reden, Briefe. Herausgegeben und mit einer Einführung und Kommentaren versehen von Marlen Michailowitsch Korallow, Dresden: Verlag der Kunst 1988, 363 S. (Fundus-Bücher 116/117.)

[Die Vorbemerkung, die Einführung sowie die Kommentare und Anmerkungen des Herausgebers wurden aus dem Russischen übersetzt von Lena Schöche. Für den Abdruck der Seiten aus den Exzerpte-Heften wurden Fotokopien der im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau, Karl-Liebknecht-Fonds 210, befindlichen Originale verwendet.]

Militarism and antimilitarism. New introduction by Dimitrios Roussopoulos, Montreal [u. a.]: Black Rose Booke 2012, 164 S.

[Auch als Online-Ressource verfügbar.]

»Der Hauptfeind steht im eigenen Land«. Reden und Schriften gegen Militarismus und Krieg. Mit einer Einleitung von Wolfgang Klein, Berlin: Manifest Verlag 2017, 293 S. (Manifest. Dokumente der Arbeiterbewegung.)

Militarismi ja antimilitarismi, Helsinki: Into 2017, 304 S. (Intopokkari.)

Biografische und Forschungsliteratur

Albrecht, Richard: Karl Liebknecht und Genossen. Die »Ausrottung der Armenier« während des Ersten Weltkrieges und die deutsche politische Linke. In: BzG, Jg. 47, 2005, H. 2, S. 119–141.

Armierungssoldat Karl Liebknecht ist in Untersuchungshaft zu nehmen! Dokumente zum 1. Mai 1912 und zum Liebknecht-Prozeß. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. [Zsgest. Von Hans-Joachim Bernhard und Joachim Riess], Berlin: Dietz Verlag 1956, 104 S., [1] Bl.

- Badia, Gilbert: *Le Spartakisme. Les dernières années de Rosa Luxemburg et de Karl Liebknecht 1914–1919*, Paris: L'Arche 1967, 438 S., 16 Bl. Abb.
- Bartel, Walter: *Karl Liebknecht gegen Krupp*, Berlin: Dietz Verlag 1951, 43 S.; 21951.
- *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, Berlin: Dietz Verlag 1958, 640 S.
 - *Unbekannte Briefe an Karl Liebknecht anlässlich seiner Ablehnung der Kriegskredite im Deutschen Reichstag am 2. Dezember 1914*. In: *ZfG*, Jg. 7, 1959, H. 3, S. 597–629.
 - *Karl Liebknecht. Sein Leben in Bildern. Bildteil Karl Wiegel*, Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie 1961, 71 S., [24] Bl. mit 78 Abb.; ²1971; ³1974, 95 S.
- Benjamin, Hilde: *Karl Liebknecht zum Wesen und Erscheinungen der Klassenjustiz*, Potsdam-Babelsberg: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR 1976, 112 S. (Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft 145.)
- Bernhardi, Peter: *Karl Liebknecht. Eine biographische Skizze. Mit einem Beitrag von Karl Retzlau*, 3., überarb. und erw. Aufl., [Frankfurt am Main]: Arbeitskreis Karl Liebknecht 1984, 48, IV Bl., Ill.
- Buse, Dieter K.: *Blick nach Amerika: Karl Liebknecht, Carl Legien und Friedrich Ebert, 1900 bis 1925*. In: *Am Sternenbanner das Geschick der Arbeiterklasse. 150 Jahre Beziehungen zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USDA*. Hrsg.: Werner Kremp, Trier 2013, S. 67–90 (Atlantische Texte 7.)
- Dietel, Heinz: *Zur Argumentation Karl Liebknechts und ihrer Wirksamkeit in Reden zur Rolle des Rüstungskapitals und der Armee des Jahres 1913*, Diss. A, Pädagogische Hochschule Dresden 1976, IV, 215, 34 Bl.
- Drabkin, Jakow: *Die Aufrechten. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring*. [Aus dem Russischen übersetzt von Ines Mietkowska-Kaiser und Gerhard Kaiser], Berlin: Dietz Verlag 1988, 511 S., 58 Abb.
- Fischer, Alexander: *Sozialistische Agitation in der »Neuen Welt«*. Karl Liebknechts Reise in die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1910. In: *Rußland, Deutschland, Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag*, Wiesbaden 1978, S. 131–162 (Frankfurter historische Abhandlungen 17.)
- Flechtheim, Ossip K.: *Karl Liebknecht zur Einführung*, Hamburg: Junius Verlag 1985, 85 S., Ill. (SOAK-Einführungen 19); ²1986.
- Foner, Philip S.: *Karl Liebknecht und die Vereinigten Staaten von Amerika. Eine dokumentarische Studie*. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Berlin, Jg. 9, 1968, T. 3, S. 11–71.
- *Karl Liebknecht an the United States*, Chicago: Greenleaf Press 1978, 44 S., Ill.

- Führer, Karl Christian: Als Gäste im »Hexensabbat«. Die Amerikareisen der deutschen Sozialdemokraten Karl Liebknecht und Carl Legien. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, Jg. 22, 2011, H. 1, S. 64–86.
- Gutsche, Willibald: Neues Dokument zum Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. In: BzG, Jg. 30, 1988, H. 3, S. 346–348.
[Otto Runge an Wilhelm II., 18. März 1928.]
- Herbig, Erna: Über Karl Liebknechts Referententätigkeit. In: BzG, Jg. 13, 1971, H. 4, S. 581–598.
- Herbig, E[rna] / W[ilfriede] Otto: Liebknecht, Karl Paul August Friedrich. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon [Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED]. Berlin: Dietz Verlag 1970, S. 288–293.
- Hoffmann, Michael: Linguostilistische Untersuchungen an ausgewählten politischen Texten Karl Liebknechts, Phil. Diss. A, Univ. Leipzig 1978, 234 Bl.
- Jahnke, Karl-Heinz / Horst Pietschmann: Zur Bereicherung der marxistischen Auffassung über Krieg und Frieden durch Karl Liebknecht. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 32, 1983, H. 1, S. 61–66.
- Jelowik, Lieselotte: Der Kampf Karl Liebknechts gegen die imperialistische deutsche Strafrechtsreform. In: Staat und Recht, Berlin, Jg. 31, 1982, H. 2, S. 133–141.
- Jemnitz, János: Der Widerhall der Rede Karl Liebknechts im Reichstag am 2. Dezember 1914. In: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, Budapest, Bd. 20, 1974, S. 411–419.
- John, Matthias: Karl Liebknecht über die Zentralisierung des Polizeiwesens im System des deutschen Militarismus. In: Militärgeschichte, Berlin, Jg. 16, 1971, H. 1, S. 69–73.
- Karl Liebknecht zu einigen Fragen des Städtebaus und der kapitalistischen Stadt. In: Sächsische Heimatblätter, Dresden, Jg. 23, 1977, H. 1, S. 8–15.
 - Karl Liebknechts Tätigkeit in Ausschüssen der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Ein Beispiel revolutionärer Kommunalpolitik der deutschen Linken. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 7, Weimar 1979, S. 92–120.
 - Karl Liebknecht als Student an der Leipziger Universität. In: BzG, Jg. 23, 1981, H. 4, S. 556–561.
 - Karl Liebknecht – ein bedeutender Student der Leipziger Universität. In: Leipzig. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte 1, Leipzig: VEB Fachbuchverlag [1981], S. 189–205.
 - Karl Liebknechts Tätigkeit als Berliner Stadtverordneter, Phil. Diss., Univ. Leipzig 1982, 392 Bl.; [Teilveröffentlichung u. d. T.]: Karl Liebknecht im »Roten Rathaus«. Sein Wirken in ständigen und zeitweiligen Ausschüssen sowie in Deputationen der Berliner Stadtverord-

- netenversammlung 1901–1913. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 25, Berlin 1982, S. 215 bis 257.
- Höhere Bildung in Leipzig. Karl Liebknecht als Nicolaitaner und Studiosus, Leipzig: Universitäts-Verlag 1998, 176 S., Ill., Tab., Faks., Kt.-Skizzen.
 - Karl Liebknecht in Leipzig, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 1999, 69 S., Ill.
 - Die Brüder Karl und Theodor Liebknecht als Rechtsanwälte. In: BzG, Jg. 48, 2006, H. 4, S. 3–100, und Jg. 49, 2007, H. 1, S. 3–115.
 - Karl Liebknecht – ein Staranwalt oder / und Anwalt der Armen und Entrechteten. In: »Militarismus und Antimilitarismus«. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift anlässlich des 100. Jahrestages ihres Erscheinens. Hrsg. von Klaus Kinner, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2008, S. 65–75.
 - Übersicht über die Prozesse, an denen Karl Liebknecht als Angeklagter, Klagevertreter oder Zeuge beteiligt war, ebenda, S. 133–152.
 - Dokumentation ausgewählter Prozesse, ebenda, S. 153–176.
 - Die Anwälte Karl und Theodor Liebknecht mit einer vollständigen Dokumentation ihrer Prozesse von 1900–1916, Berlin: trafo Verlag [2014], 271 S. Ill.
- Kaiser, Andreas: Rechtstheorie und Rechtsmethodik Karl Liebknechts. In: Wider die »herrschende Meinung«. Beiträge für Wolfgang Abendroth, N[orman] Peach, G[erhard] Stuby (Hg.), Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 1982, S. 169–189 (Demokratie und Rechtsstaat.)
- Karl Liebknecht. Ein Gedenkbuch. Mit Beiträgen von Willi Münzenberg, Franz Fischer, Karl Radek, Werner Hirsch, Otto Franke, Berlin: Jugendinternationale 1931, 64 S.
- Karl Liebknechts Vermächtnis für die deutsche Nation. Protokoll des wissenschaftlichen Seminars des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin: Dietz Verlag 1962, 150 S.
- Karl und Rosa. Erinnerungen. [Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Hrsg. von Ilse Schiel und Erna Milz], Berlin: Dietz Verlag 1971, 299 S.; 21978, 270 S., Ill.
- Kerff, Willy: Karl Liebknecht: 1914 bis 1916. Fragment einer Biographie. [Bearbeitet und Herausgegeben von Annelies Laschitz], Berlin: Dietz Verlag 1967, 337 S.
- Könczöl, Barbara: Märtyrer des Sozialismus: Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt am Main [u. a.]: Campus-Verlag 2008, 361 S. [Zugl. Diss., Univ. Leipzig 2007].
- Kuczynski, Jürgen: Zur Veröffentlichung von Karl Liebknecht »Militarismus und Antimilitarismus« in Großbritannien im Ersten Weltkrieg. In: BzG, Jg. 15, 1973, H. 6, S. 1003–1006.

- Laschitzka, Annelies: Zum internationalen Widerhall von Karl Liebknechts Kampffaktionen 1914/1915 gegen den imperialistischen Krieg. In: BzG, Jg., 4, 1962, H. 1, S. 102–107.
- Eine unbekannte Flugblattskizze Karl Liebknechts. In: Karl Liebknechts Vermächtnis für die deutsche Nation, Berlin 1962, S. 45–57.
 - »... wenn du den Frieden willst, mußt du den Sozialismus bereiten ...«. Gedanken zum 45. Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. In: BzG, Jg. 6, 1964, H. 1, S. 3–21.
 - Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Stellung zu den Räten. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Deutschen Historiker-Gesellschaft, Berlin, Jg. 1969, H. 1, S. 105–115.
 - Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus. In: ZfG, 1971, H. 7, S. 861–890.
 - Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg über die Dialektik von Frieden und Sozialismus. In: ZfG, Jg. 19, 1971, H. 9, S. 1117–1138.
 - Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten. ... unter Mitwirkung von Elke Keller, [Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Wissenschaftlich-technische Mitarbeit: Marianne Dingel], Berlin: Dietz Verlag 1982, 476 S., 40 Abb.; 21987.
 - Karl Liebknecht contra Preußenreaktion. In: Preußen. Legende und Wirklichkeit, Berlin: Dietz Verlag 1983, S. 185–198.
 - Es begann mit einem anonymen Brief Karl Liebknechts. Enthüllungen über das internationale Rüstungskapital 1913. In: Bilder aus der Kaiserzeit. Historische Streiflichter 1897 bis 1917, Leipzig–Jena–Berlin: Urania-Verlag 1985, S. 186–196.
 - Der Platz der Großen Französischen Revolution im Geschichts- und Revolutionsverständnis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. In: Große Französische Revolution und revolutionäre Arbeiterbewegung. Geschichtsbewußtsein, Gesellschaftstheorie und revolutionärer Kampf. Hrsg. von Walter Schmidt, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber, Berlin: Akademie-Verlag 1989, S. 207–227.
 - Lebt wohl, ihr lieben Kerchen! Briefe an seine Kinder. [Herausgegeben von Annelies Laschitzka und Elke Keller. Mit 17 Fotos. Mit Zeichnungen von Robert Liebknecht und dem Porträt Karl Liebknechts], Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 1992, 189 S.
 - Neue Dokumente über den Mordkomplizen Otto Runge. In: BzG, Jg. 40, 1998, H. 1, S. 81 bis 87.
 - Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein biographischer Vergleich. In: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel, Berlin: Karl Dietz Verlag 2002, S. 215–237; Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 2002, S. 21–37.
 - Rosa Luxemburg, Karl und Sophie Liebknecht. Einblicke in eine entstehende neue Liebknecht-Biographie. In: »Mensch sein, das heißt ...« Rosa Luxemburg und ihre Freunde in Geschichte und Gegenwart. Internationales Kolloquium anlässlich des 70. Geburtstages von Annelies Laschitzka, Berlin: Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. 2004, S. 23–33 (Pankower Vorträge, Heft 65/1.)
 - Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin: Aufbau Verlag 2007; Aufbau Taschenbuch Verlag 2009; Aufbau Digital 2019 (epub.)
 - Der Hochverratsprozess gegen Karl Liebknecht 1907. In: »Militarismus und Antimilitarismus«. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift anlässlich des

100. Jahrestages ihres Erscheinens. Hrsg. von Klaus Kinner, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2008, S. 11–21.
- Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in den Wochen der Revolution. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Frankfurt am Main, Nr. 77, März 2009, S. 23–39.
 - Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Kampf gegen den drohenden Krieg 1911 bis 1913. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, Jg. 13, 2014, S. 7–20.
 - Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Anliegen im Kampf gegen den Krieg 1911–1913. In: Hundert Jahre Basler Friedenskongress (1912–1913). Die erhoffte »Verbrüderung der Völker«, Basel, Zürich 2015, S. 263–274.
- Liphardt, Elizaveta: Aporien der Gerechtigkeit. Politische Rede der extremen Linken in Deutschland und Eussland zwischen 1914 und 1919, Tübingen: Niemeyer 2005, XI, 255 S. (Reihe Germanistische Linguistik 261) [Zugl. Diss., Techn. Univ. Dresden 2003.]
- Lucas-Busemann, Erhard: Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Auch nach 70 Jahren Anlaß der Trauer und des Nachdenkens, Oldenburg 1990, 70 S. Ill. (Oldenburger Universitätsreden 34.)
- Maur, Hans / Müller Horst H.: Gedenkstätten für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der DDR, Berlin: Kulturbund der DDR 1976, 96 S., Ill.
- »Militarismus und Antimilitarismus«. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift anlässlich des 100. Jahrestages ihres Erscheinens. Hrsg. von Klaus Kinner, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2008, 177 S.
- Der Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (Tatsachenmaterial). Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), [Rothenburgsort: Kommunistische Arbeiterzeitung] 1919], 16 S.; [elektr. Repr., Online-Ressource], Leipzig, Frankfurt am Main: Deutsche Nationalbibliothek 2016, urn: nbn: de: 101:1-201703263351; ..., Petrograd: Verlag der Kommunistischen Internationale 1920, 31 S.
- Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens. Hrsg. von Elisabeth Hannover-Drück und Heinrich Hannover, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1967, 185 S. (Edition Suhrkamp 233); ²1968; ³1972; ⁴1979.
- Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials mit ausführlichem Prozeßbericht. Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten, Berlin: Verlagsgesellschaft »Freiheit« 1920, 114 S.; [elektr. Reprint, Online-Ressource], Leipzig, Frankfurt am Main: Deutsche Nationalbibliothek 2016, urn: nbn: de: 101:1-201703193437.
- Piazza, Hans: Die russischen Arbeiter kämpfen für Karl Liebknecht. In: ZfG, Jg. 7, 1959, H. 4, S. 857–868.

- Reisberg, Arnold: Liebknechts Rede in der Sowjetbotschaft 1918. In: BzG, Jg. 15, 1973, H. 6, S. 947–949.
- Rössler, Johannes: Karl Liebknecht. Das Leben eines patriotischen Kämpfers für Frieden und Demokratie, gegen imperialistische Kriege und Militarismus. Berlin: Verlag Volk und Wissen 1952, 64 S.
- Rückert, Otto: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (1871–1917) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Karl Liebknechts, [Hrsg.: Bezirksheimatmuseum Potsdam / Bezirksleitung Potsdam der SED], Teil 1-3, Potsdam 1966, 400 S. III. (Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam H. 8.)
- Karl Liebknecht zur Stellung und Rolle der Arbeiterklasse. In: BzG, Jg. 14, 1972, H. 2, S. 179 bis 192.
- Scharrer, Manfred: Karl Liebknecht (1871–1919). In: Michael Fröhlich (Hrsg.): Das Kaiserreich. Porträt einer Epoche in Biographien, Darmstadt: Primus-Verlag 2001, S. 431–442.
- »Freiheit ist immer ...« Die Legende von Karl & Rosa, Berlin: Transit Buchverlag 2002, 190 S.
- Schmidt, Sigurd und Hildegard Voigt: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin 1914–1919, Berlin 1971, 71 S. (Beiträge, Dokumente, Informationen des Archivs der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Jg. 8, 1971, H. 1.)
- Schneider, Kurt: Die Herausbildung der Leipziger Liebknechtgruppe und ihre Entwicklung zu einem Glied der Spartakusgruppe (1914–1916). In: BzG, Jg. 9, 1967, H. 5, S. 763–781.
- Die Leipziger »Liebknechtgruppe« während des Ersten Weltkrieges. In: »Militarismus und Antimilitarismus«. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift anlässlich des 100. Jahrestages ihres Erscheinens. Hrsg. von Klaus Kinner, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2008, S. 65–75.
- Schölzel, Arnold: Liebknecht, Karl. In: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Manfred Asendorf, Rolf von Bockel (Hrsg.), Stuttgart, Weimar: J. E. Metzler 1997, S. 388–390.
- Schöneburg, Volkmar: Karl Liebknecht und der Strafvollzug. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, Jg. 12, 2013, H. 3, S. 144–150.
- Scholze, Siegfried: Karl Liebknecht und die Jenaer Jugendkonferenz Ostern 1916. In: ZfG, Jg. 19, 1971, H. 8, S. 1016–1033.
- Karl Liebknecht und die revolutionäre Arbeiterjugendbewegung in den Jahren des ersten Weltkrieges. In: BzG, Jg. 14, 1972, H. 1, S. 20–34.

- Schröder, Wolfgang und Volker Külöw: Das Liebknecht-Haus Leipzig. Eine Chronik. Mit einem Vorwort von Hans Modrow. [Hrsg. vom PDS-Stadtverband Leipzig], Beucha: Sax-Verlag [1996], 36 S.
- Schulze, Thomas: Zur Entstehung der philosophischen Studien Karl Liebknechts. In: BzG, Jg. 32, 1990, H. 1, S. 90–98.
- Karl Liebknecht. Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Fragmente, Bern [u. a.] 1995, S. 347–372 (Europäische Hochschulschriften 20.)
- Schumann, Harry: Karl Liebknecht. Ein unpolitisches Bild seiner Persönlichkeit. Mit 12 Bildern und Faksimiles, Dresden: Verlegt bei Carl Reißner 1919, 214 S.; neue, umgearb. Ausg. 1923; Neuaufll. u. d. T.: Karl Liebknecht. Ein Stück unpolitischer Weltanschauung, Paderborn: Salzwasser Verlag 2012, 212 S
- Schwarz, Helga: Karl Liebknecht – Krieg dem Kriege! Berlin: Militärverlag der DDR 1986, 63 S., Ill. (Militärgeschichtliche Skizzen.)
- Spata, Manfred: Karl Liebknechts Festungshaft in Glatz 1907/09. In: AGG-Mitteilungen, Köln, Nr. 11, 2012, S. 13–19.
- Stenkewitz, Kurt: Die Karl-Liebknecht-Gedenkstätte in Leipzig. Nach der Neugestaltung anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Liebknecht. [Hrsg.: Rat der Stadt Leipzig, Abteilung Kultur], Leipzig 1971, 31 S., Ill.
- Syrbe, Horst: Zur nationalen Bedeutung von Karl Liebknechts Schrift »Militarismus und Antimilitarismus«. In: BzG, Jg, 3, 1961, H. 3, S. 573–592.
- Trotnow, Helmut: Karl Liebknecht. Eine politische Biographie, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1980, 387 S., Ill. [Zugl. Diss. Univ. London 1974]; München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1982, 378 S., Ill.; Köln: Kiepenheuer & Witsch [2017], 378 S.
- Ulle, Dieter: Der theoretisch-philosophische Kampf Karl Liebknechts gegen die militaristische Ideologie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, Jg, 10, 1962, H. 11, S. 1371 bis 1385.
- Weber, Hermann: Liebknecht, Karl. In: Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 14, Berlin: Duncker & Humblot 1985, S. 505/506.
- Wegner, Arthur: Karl Liebknechts Gedanken zum Strafrecht. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Halle, Jg, 21, 1972, H. 2, S. 65–78.
- Westphal, Werner: Untersuchungen zur Komposition und sprachlichen Gestaltung polemischer Redetexte Karl Liebknechts, Phil. Diss. A, Univ. Greifswald 1978, VII, 320 u. 53 Bl.

- Wirth, Günter: Karl Liebknecht über Christentum und Kirche. Eine Studie zu seinem 100. Geburtstag am 13. August 1971, Berlin: Christlich Demokratische Union 1971, 47 S. (Hefte aus Burgscheidungen. Hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands 180.)
- Wohlgemuth, Heinz: Burgkrieg, nicht Burgfriede. Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914–1916. [Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED, Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung], Berlin: Dietz Verlag 1963, 318 S.
- Das Echo auf die Entlassung Karl Liebknechts aus dem Zuchthaus Luckau 1918. In: ZfG, Jg. 17, 1969, H. 3, S. 331–341.
 - Karl Liebknecht. Eine Biographie. [Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED], Berlin: Dietz Verlag 1973, 533 S., 48 Bilds.; ²1975.
 - Karl Liebknecht. Stationen seines Lebens, Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaft 1977, 172 S., Ill.
 - Liebknecht, Karl. In: Philosophenlexikon von einem Autorenkollektiv hrsg. von Erhard Lange und Dietrich Alexander, Berlin: Dietz Verlag 1982, S. 568–673.

Karl Liebknecht in Film, Kultur, Kunst und Literatur

- Döblin, Alfred: Karl und Rosa. [Eine Geschichte zwischen Himmel und Hölle], Freiburg, München: Verlag Karl Alber 1950, 682 S. (November 1918, Bd. 3.) – ..., Berlin: Rütten & Loening 1981, 835 S. (November 1918. Romantetralogie. Hrsg. von Manfred Beyer, Bd. 4.) – ... Nach dem Text der Erstausgabe (1950), München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1995, 804 S. – ... Mit einem Nachwort von Helmuth Kiesel, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch 2013, 796 S.
- F. K.: Das Bildnis Karl Liebknechts in der deutschen Kunst. In: Kunsterziehung. Berlin, 1959, H. 1, S. 12–13.
[Alfred Frank: Karl Liebknecht, Radierung; Walter Arnold: Karl Liebknecht, Bronzestatuette; Fritz Duda: Liebknecht spricht im Tiergarten, Gemälde; Käthe Kollwitz: Gedenkblatt für Karl Liebknecht; Louis Corinth: Lithographie nach der Totenmaske; Ruth Hahne: Karl Liebknecht, Bronzestatuette.]
- Greulich, E[mil] R[udolf]: Der anonyme Brief. Ein Liebknecht-Roman, Berlin: Verlag Neues Leben 1971, 367 S.; 21972; 31975; 41979; [elektr. Neuausg., Online-Ressource u. d. T.:] Der Anonyme Brief. Ein Roman um Karl Liebknecht, Göttingen: HeRaS Verlag 2014, urn:nbn:de:101:1-201410209206.
- Herder, Heinz: Karl Liebknechts Verhältnis zu Büchern und Bibliotheken. Zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht. In: Zentralblatt Bibliothekswesen, Leipzig, Jg. 85, 1971, H. 12, S. 732 bis 734.

- Hermlin, Stephan: Corneliusbrücke (1968). In: Ders.: Erzählungen, 2., erw. Aufl., Berlin, Weimar: Aufbau-Verlag 1970; 81988, S. 259–[268].
- Hexelschneider, Erhard: Karl Liebknecht – Russland – russische Kultur. In: BzG, Jg. 48, 2006, H. 4, S. 101–123; [Nachdr.:] »Militarismus und Antimilitarismus«. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift anlässlich des 100. Jahrestages ihres Erscheinens. Hrsg. von Klaus Kinner, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2008, S. 31–64.
- Kösser, Uta: »... sondern Herstellung einer vollkommenen Welt«. Zum Ästhetik-Konzept von Karl Liebknecht. In: Weimarer Beiträge, Jg. 35, 1989, H. 12, S. 1941–1960.
- Nündel, Harri: Zu zwei Zeichnungen von Käthe Kollwitz im Museum der bildenden Künste Leipzig. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 12, 1963, H. 2, S. 337–342.
- Raschke, Werner: Karl Liebknechts letztes Gedicht »Zuversicht« und seine musikalischen Fassungen. Ein Beitrag zum 100. Geburtstag Karl Liebknechts am 13. 8. 1971. In: Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus. Niederlausitzer Studien, Cottbus, H. 5, 1971, S. 75 bis 80.
- Schiller, Dieter: Ästhetische Korrektur der Wirklichkeit. Zu Karl Liebknechts Kunstanschauungen, Berlin: Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V. 1999, 28 S. (Vielfalt sozialistischen Denkens 8.)
- Serebrov, N.: Karl Liebknecht über das künstlerische Schaffen. In: Sowjetwissenschaft. Kunst und Literatur, Berlin. Jg. 9. 1961. H. 7. S. 727–737.
- Süden, Richard: Liebknecht und Corinth. In: Bildende Kunst, Berlin, Jg. 1959, H. 1, S. 19–22.
- Tschesno-Hell, Michael: Solange Leben in mir ist. Ein Film über Karl Liebknecht. Literarisches Szenarium, Berlin: Henschelverlag 1966, 88 S. Ill.
- Trotz alledem! Eine Filmerzählung über Karl Liebknecht [Fotos: Klaus Mühlstein], Berlin: Henschelverlag 1971, 71 S., Ill.
- Unvergessen. Gedichte über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ausgewählt von Karl Wiegel, Berlin: Aufbau-Verlag 1961, 99 S.
- Wirth, Günter: Zu den kulturpolitischen Auffassungen und Aktivitäten Karl Liebknechts. In: Jahrbuch des Märkischen Museums 1, Berlin 1975, S. 25–37.

(Zusammengestellt von Manfred Neuhaus.)

Zur Autorin



Annelies Laschitza 2014, Foto: Christine Krauss

Annelies Laschitza, geboren am 6. Februar 1934 in Leipzig, ist eine deutsche Historikerin. Bekannt wurde sie als Herausgeberin der Werke und Briefe Rosa Luxemburgs sowie als Biografin sowohl von Rosa Luxemburg als auch von Sophie und Karl Liebknecht. In der internationalen Rosa Luxemburg-Forschung gilt Annelies Laschitza als eine der führenden Autoritäten.

Siehe auch Annelies Laschitza: *Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren*, zweite, korrigierte und erweiterte Auflage Leipzig 2018, und Manfred Neuhaus: *Ein Forscherleben für Rosa Luxemburg. Prof. Dr. sc. phil. Annelies Laschitza zum 80. Geburtstag*. In: *Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte*, Heft 12, Leipzig 2014, S. 79-81.

Die bisher erschienenen Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Heft 1: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2., korrigierte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 53 S., ISBN 978-3-89819-272-9.

Heft 2: Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur russischen Revolution. Textkritische Ausgabe (Manuskriptdruck.) Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. 2., unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 123 S., ISBN 978-3-89819-273-6.

Heft 3: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. 2., unveränderte Auflage. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2004. 230 S. ISBN 978-3-89819-170-2.

Heft 4: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2007. 131 S., ISBN 978-3-89819-269-9.

Heft 5: Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. 2., unveränd. Aufl. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 109 S. ISBN 978-3-89819-274-3.

Heft 6: Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Leipzig: Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen e. V. 2008. 314 S., ISBN 978-3-89819-301-6.

Heft 7: Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Hrsg. von Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2010. 203 S., ISBN 978-3-89819-333-7.

Heft 8: Neue Texte von Rosa Luxemburg. Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2011. 100 S., ISBN 978-3-89819-356-4.

Heft 9: Rosa Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach ihrem Tod (die Luxemburg-Rezeption nach 1945). Hrsg. von Klaus Kinner. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2012. 125 S., ISBN 978-3-89819-375-7.

Heft 10: Holger Politt: Wegmarkierungen. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahre 1903. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2013. 68 S. ISBN 978-3-89819-393-1.

Heft 11: Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Maxim Gorki. Begegnungen und Widersprüche. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2013. 116 S. ISBN 978-389819-394-8.

Heft 12: Im Licht der Revolution. Zwei Texte Rosa Luxemburgs aus dem Jahr 1906 und Paralipomena zu Leben und Werk. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2015. 113 S. ISBN 978-3-89819-420-4.

Heft 13: Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2017. 91 S. – Zweite, erweiterte Auflage 2018. 106 S. ISBN 978-3-947176-00-7

Heft 14: Annelies Laschitza: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren. Hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2017. 232 S. – Zweite, korrigierte und erweiterte Auflage 2018. 260 S. ISBN 978-3-947176-05-2